

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



17. April 1987
Jg. 8 Nr. 8

G 7756 D

Preis:
2,50



München, 4. April: Demonstration gegen die AIDS-Politik der bayerischen Regierung. Über 10000 Leute demonstrierten.



Hessen-Wahl: Der bürgerliche Block wurde durch das Wahlergebnis deutlich gestärkt Seite 7



NPD-Landesparteitag: Anstrengungen der Antifaschisten verhindern den Aufmarsch der NPD Seite 20



Kommission von BWK und VSP: Klassenanalyse und das Verhältnis revolutionärer Sozialisten zu anderen politischen Kräften Seite 27

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Abrüstungsinitiativen der UdSSR: Bundesregierung sieht NATO-Doppelbeschluß erfolgreich und rüstet ungerührt weiter 4

Tariffbewegung Metall: Keine Öffnung für Samstagsarbeit! 7

Hessen-Wahl: Der bürgerliche Block wurde gestärkt 7

Konzertierte Aktion: Die reaktionäre Strukturreform im Gesundheitswesen nimmt Gestalt an . . . 8
Steigende Sterblichkeit der unteren Arbeiterschichten 9

BRD-Kapitalexport: Umsatz westdeutscher Auslandswerke jetzt höher als BRD-Warenexport 10
Westdeutsches Auslandskapital 1976 und 1985, nach Regionen und Branchen 11

Auslandsberichterstattung

Ägypten: Opposition gegen Mubarak – wachsender Einfluß der Moslembroderschaft 12
Interessen Ägyptens im Krieg Iran-Irak 13

Japan: Frühjahrsoffensive: Lohnsenkungen durchgesetzt 13

Indien: Wahlniederlage der Kongress-I-Partei 14

Österreich: Im Dreisprung in die EG 14

Frankreich: Kostendämpfung im Gesundheitswesen 15

Großbritannien: Arme sind mehr krank und sterben eher als Reiche . 15

Internationale Meldungen 16

Reportagen und Berichte regional

Boxberg-Urteil: Arbeitsmarktstruktur nicht von Teststrecke abhängig 18

Regionale Nachrichten 19

NPD-Landesparteitag: Anstrengungen der Antifaschisten verhindern den Aufmarsch der NPD . . . 20

Mai-Aufruf des DGB

Der diesjährige Maiaufruf des DGB erschien einen Tag nach der Regierungserklärung. Trotzdem hat es der DGB-Vorstand fertiggebracht, im Aufruf die Politik der Regierung und ihre nächsten Pläne mit keinem Wort anzugreifen. „Heute ist die Gefahr offenbar, daß sich der Konjunkturaufschwung dem Ende zuneigt. Obwohl für einige Jahre die Zeichen günstig standen – Ölpreisverfall, Exportzuwächse –, sind die Möglichkeiten vertan worden, die Arbeitslosigkeit entscheidend einzuschränken . . . Oberstes Ziel aller Politik muß es sein, die Arbeitslosigkeit endlich zu beseitigen.“ Einer weiteren Förderung der Weltmarktexpansion der Kapitalisten will der DGB nicht entgegenreten. Das wird den Kapitalisten erleichtern, mit Hinweis auf Erfordernisse dieser Weltmarktkonkurrenz den Lohn weiter zu senken und die Arbeitszeit weiter zu flexibilisieren. Gesetzliche Forderungen, soweit der DGB sie überhaupt erhebt, sind auffällig ungenau: „Der DGB fordert die drastische Senkung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit!“ Von den Plänen der Kapitalisten mit der Wochenendarbeit kein Wort. Den ausländischen Arbeitern erklärt der DGB: „Die Fähigkeit, miteinander zu arbeiten und miteinander zu leben, ist daher ein Prüfstein für alle.“ Statt Zimmermanns Gesetzespläne anzugreifen, ein „Prüfstein“ für Westdeutsche und Ausländer gleichermaßen? Das ist ein starkes Stück. – (rül)

Kein Verbot kurdischer Organisationen!

Die Innenministerkonferenz verabschiedete eine Entschließung, die als Vorbereitung zum Verbot kurdischer Organisationen in der BRD verstanden werden muß. Man sei über „zunehmende Gewalttätigkeiten türkischer Extremisten besorgt“, über die „jüngsten Auseinandersetzungen zwischen extremistischen türkischen – insbesondere kurdischen – Gruppierungen“ sowie über „die Ausschreitungen gegen türkische Einrichtungen in der BRD“. Ganz deutlich: Hierbei handele es sich „um eine eklatante Verletzung des Gastrechts“. (Pressemitteilung v. 3.4.87) Die Verbotsdrohungen gehen mit eklatanten Provokationen v.a. gegen die dem bewaffneten Befreiungskampf in Kurdistan nahestehenden Arbeitervereine einher. So ist zu erinnern an die wohl vom türkischen Konsulat fingierte „Verabredung zu einem Sprengstoffattentat“, für die der kurdische Arbeiterverein Hamburg verfolgt und sein Mitglied Bozkurt monatelang eingesperrt wurde. So drohte im März NRW-Innenminister Schnoor mit der Abschiebung von Kurden, die aus Protest gegen Massaker der türkischen Armee kurzzeitig eine Autobahn be-

setzt hatten. So kündigte die Polizei Wesel einen massiven Einsatz gegen das Newroz-Fest des „Kurdistan-Volkskulturvereins“ vorher öffentlich an, „da . . . Störungen nicht auszuschließen sind“ (Pressemitteilung v. 29.3.), und führte dann die „Störungen“ selbst herbei. – In dieser Situation, in der es dringend ist, den Verbotsdrohungen entgegenzutreten, tut sich der „Arbeiterkampf“ des KB (Nr. 281) mit „Enthüllungen“ über PKK und die kurdischen Arbeitervereine hervor. Bei Auseinandersetzungen beim Newroz-Fest



der kurdischen Organisation KOMKAR am 7.3. in München wurde ein Mitglied der kurdischen Befreiungsfront ERNK getötet und ein Ordner von KOMKAR so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus mußte. Wir bedauern das. Die revolutionären Sozialisten tragen mit Verantwortung dafür, daß Verhältnisse geschaffen werden, in denen die kurdischen Organisationen ihre Widersprüche politisch austragen können. Der „Arbeiterkampf“ jedoch nimmt die traurigen Ereignisse von München zum Anlaß, ungeprüfte und unbewiesene Behauptungen zu verbreiten. Damit schürt er die Widersprüche und trägt zu Verhältnissen bei, in denen der Staatsschutz seine Politik der Unterdrückung ausländischer Arbeiterorganisationen durchführen kann. – (sc)

Besserer Tarifaabschluß bei Prozentforderung nicht drin

3,4% mehr Lohn und Gehalt! Auf den ersten Blick erscheint das Ergebnis beachtlich. Warum? Weil die Interessen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen und der Teilzeitbeschäftigten an einer kräftigen Mindesterhöhung, die auch für die Teilzeitbeschäftigten gilt, von vornherein nicht berücksichtigt wurden und deshalb eine große Kampfkraft der ÖTV nicht zu erwarten war. Für die Besserverdienenden wird der Reallohn tatsächlich steigen. Diejenigen bei Bund/Ländern allerdings, die wegen zu geringem Einkommen darauf angewiesen sind, in einem Personalwohnheim zu wohnen (z.B. Beschäftigte im Krankenhaus, Auszubildende), müssen sich zugleich 3,4% mehr für Kost und Wohnung abziehen

lassen. Etwa als Preis für die unveränderte Wiederinkraftsetzung der Anlage 1b zum BAT (Vergütungsordnung Krankenpflegepersonal)? Oder dafür, daß Auszubildende künftig auf den 749,- DM überschreitenden Bruttolohnbetrag verzichten können, damit die Eltern nicht das Kindergeld und damit den kinderbezogenen Bestandteil im Orts- bzw. Sozialzuschlag verlieren? Die beiden letzten Punkte sind tatsächlich ein Verhandlungserfolg. Schlimm ist, daß es dabei bleibt, daß die ausländischen Beschäftigten aus Nicht-EG-Ländern geringere kinderbezogene Orts- und Sozialzuschläge beziehen. Deutsche Familienförderung? Ein bitterer Nachgeschmack bleibt. - (Irs)

Volkszählungsboykott wird kriminalisiert

Die Kriminalisierung der Gegner der Volkszählung ist mittlerweile in vollem Gange. Personen, die sich weigern, als Zähler zwangsverpflichtet zu werden, erhalten Bußgeldbescheide von 200 DM aufwärts. Ermittlungen der Staatsanwaltschaften gegen Einzelne wegen Aufrufs zum Boykott der Volkszählung mehren sich, Strafanordnungen um 10000 DM und mehr sind ausgesprochen. Informationsstände der Grünen zum Thema Volkszählung werden fast überall nur mit der Auflage genehmigt, nicht zum Boykott aufzurufen. Bei Zuwiderhandlung erfolgt Räumung durch die Polizei sowie eine Strafanzeige. Dem geschlossenen Vorgehen der Staatsmacht steht ein einzelner Widerstand der Betroffenen gegenüber, welcher sich meistens im Begehen des Rechtsweges erschöpft.

Die Losung Boykott als individuelle Form des Widerstandes entpuppt hier ihre negativen Seiten: Der dringend benötigte kollektive Zusammenschluß gegen die Volkszählung und Schutz vor Strafverfolgung kommt schwer zustande. Im Augenblick führt dies zu

einer Zersplitterung, wo nur ganz Hartnäckige den Boykott(aufruf) durchziehen werden. An denen wird der Staat ein Exempel statuieren können. Die meisten werden nach den ersten 200 DM Ordnungsgeld dann doch Zähler, auf den Informationsständen der Boykottgruppen wird nicht zum Boykott aufgerufen, usw. Unseres Wissens gab es im gesamten Bundesgebiet bisher keine größere Demonstration o.ä. gegen die Volkszählung und das Vorgehen des Staatsapparates.

Eine Niederlage in dieser Auseinandersetzung wird nicht nur für Einzelpersonen Folgen haben. Es wird in der öffentlichen Meinung installiert sein: Der Staat hat das Recht, von seinen Bürgern mit Gewalt gewünschte Informationen zu erzwingen. Er kann seine Angestellten (nicht nur Beamte) zu Spitzeltätigkeiten gegenüber der Bevölkerung verpflichten. In der Perspektive des schrittweisen Inkrafttretens der Sicherheitsgesetze öffnet dies staatlicher Überwachung Tür und Tor. Gerade hat Zimmermann bei der Einsetzung des neuen Verfassungsschutz-Präsidenten erklärt, daß Innere Sicherheit vor Datenschutz geht. Mit dem neuen Personalausweis kann über dessen nur ein einziges Mal vorkommende Nummer sämtliche Information über den Inhaber in staatlichen Datenbanken (Finanzamt, Meldeamt, Arbeitsamt, Polizei, etc.) gespeichert und abgerufen werden. Das Zusammenarbeitsgesetz (der staatlichen Dienststellen mit dem Verfassungsschutz) verpflichtet die Bediensteten der Behörden, von sich aus alle Erkenntnisse an den Verfassungsschutz weiterzuleiten.

Es ist dringend nötig, gegen diese Vorhaben eine öffentliche Kampagne zu entwickeln. Gerade in den nun schärfer werdenden Tarifausschreitungen wird sich zeigen, wie diese Mittel des Staatsschutzes gegen die Arbeiterbewegung eingesetzt werden. - (thh, uld)

Kinderkrippen: Münchner Beiräte fordern gesetzliche Absicherung . . . 20

Beschäftigteninteressen: Antrag der Opposition setzt CDU/FDP unter Druck 21

Hamburg-Wahl: Diskussion über linke Wahlbündnisse 21

Betriebsratswahl bei Bosch Feuerbach: Die „Betriebsgemeinschaft“ wird brüchig, Arbeiterinteressen formieren sich 22

Polizeikessel gegen AJZ: Polizeiaktion im Widerspruch zu Ratsbeschuß 23

Schülerstreik: 20000 Schüler boykottieren den Unterricht 23

Norddeutschland: Nach längerer Flaute entwickelt sich verstärkt eine Zusammenarbeit revolutionärer Jugendlicher 24
Aus dem RJP/ND-Flugblatt zur Jugendunterdrückung 25

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 26

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Kommission von BWK und VSP: Klassenanalyse und das Verhältnis revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten zu anderen politischen Kräften 27

Spezialberichte

Demnächst: 50 Jahre Volkswagen-Legenden: „Freudenspende“, „Volksaktie“, „Sozialmodell“. Imperialistische VW-Tradition – schon immer fein verpackt 34
Zwangsarbeit und Vernichtung durch Arbeit 35
„Was gut ist für VW, ist gut für Niedersachsen“ 36
Ausländer – harte Arbeit auf Schleudersitz 37
VW: Imperialistischer Ausbeuter in Brasilien 38
Ein halbes Berufsleben arbeiten bei VW 39

Titelbild: München, 4.4.87. Demonstration gegen die AIDS-Politik der bayerischen Regierung mit 10000 Teilnehmern. Foto: jüt

Privatanzeige

Original-Silbermünze „Hindenburg“ des 3. Reiches

Gesuchte Rarität!

In den Wirren des Zweiten Weltkrieges ging der größte Teil der Silbermünzen verloren. So sind die Münzen des 3. Reiches gesuchte Raritäten!

Hohe Wertsteigerung!

Der Wert der 2-Reichsmark-Silbermünze stieg in nur 2 Jahren um 41%! Sichern Sie sich diese wichtige Silbermünze aus 8g massivem Silber. Im Etui!

Vorzugspreis DM



MDM
MÜNZHANDELSGESELLSCHAFT MBH
DEUTSCHE MÜNZZE
Theodor-Heuss-Str. 7, 33100 Braunschweig
Telefon (05 31) 80 99-331

Bestell-Coupon

Ja, bitte senden Sie mir 10 Tage zur Ansicht gegen Rechnung ohne Nachnahme die 2-DM-Silbermünze „Hindenburg“ des 3. Reiches im Etui zum Vorzugspreis von nur DM 7,90 + 1,10 DM Porto bei vollem Rückgaberecht. Best.-Nr. 46 477-0015.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____ 2755

Die Bundespost wirbt auf ihren Umschlägen für Telefonrechnungen usw. mit einer Privatanzeige für faschistische Münzen zum Gedenken an den reaktionären Kriegstreiber Hindenburg, Mitglied der Obersten Heeresleitung des Deutschen Reiches im ersten Weltkrieg und der Präsident der Weimarer Republik, der die Machtergreifung Hitlers mit einleitete. Losungen gegen reaktionäre Umtriebe auf Briefumschlägen hat das Postministerium gerichtlich verbieten lassen. - (uld)

Abrüstungsinitiative der UdSSR

Bundesregierung sieht NATO-Doppelbeschluß erfolgreich und rüstet ungerührt weiter

Die sowjetische Abrüstungsinitiative für die Genfer Verhandlungen hat unter dem Stichwort „Nulllösung“ weltweit Aufsehen erregt. Der unterbreitete Vorschlag für den Abbau sämtlicher Mittelstreckenraketen größerer Reichweite in Europa enthält eine Reihe großer Zugeständnisse und Verschlechterungen der sowjetischen Verteidigungsfähigkeit und ist deshalb durchaus als ernstzunehmende Abrüstungsabsicht einzuschätzen. Konkret sieht der Vorschlag vor, daß die USA und die UdSSR ihre Mittelstreckensysteme (Pershing II, Cruise Missile bzw. SS 20) verschrotten bis auf jeweils 100 Sprengköpfe, die jedoch aus Europa abgezogen werden müssen. Mit diesem Vorschlag hat sich die UdSSR auf die jahrelange Forderung der NATO nach der „Nulllösung“ eingelassen. Sie hat auf die Koppelung mit der Forderung nach Einstellung des einseitigen US-Projekts SDI verzichtet. Sie hat die Einbeziehung der in Asien stationierten SS 20 in die „europäische Rechnung“ zugelassen, obwohl diese Systeme sich gegen Bedrohungen aus dem pazifischen Raum richten. Sie hat auf die Einbeziehung der französischen und britischen Mittelstreckenraketen verzichtet, die nach vollzogener Abrüstung in Europa eine gewisse Monopolstellung hätten. Sie hat schließlich auch von den 640 nuklearen Gefechtsköpfen der „Poseidon“-U-Boote abgesehen, die dem europäischen Kriegsschauplatz zugeordnet sind. Würde es also zu einem solchen Abkommen kommen, wären die Nachteile einseitig

und drastisch auf der Seite der UdSSR.

Dennoch haben viele Vertreter der NATO und der einzelnen Mitgliedsregierungen den Abrüstungsvorschlag der UdSSR abgelehnt bzw. unternehmen viel, um ihn nicht Wirklichkeit werden zu lassen. Dabei wird nicht mehr verschwiegen, daß der Grund für den NATO-Doppelbeschluß nie die SS 20-Raketen waren. Angriffsziele der NATO-Raketen waren und sind die tiefgestaffelten Teile der sowjetischen Verteidigungsstreitkräfte. Die Linie der Bundesregierung und in etwa auch der ganzen NATO zeigt ein Kommentar des Verteidigungsministeriums in dem Informationsblatt „bundeswehr-aktuell“ vom 5.3.87:

„Wesentlich für einen Erfolg ist:



Michail Gorbatschow

– eine Übereinkunft zur Aufnahme von Abschlußverhandlungen über Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite,
– eine wirksame Nachprüfbarkeit des Abbaus und der Vernichtung aller auf Europa gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen und ihrer Infrastruktur. Diese Frage ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die Sowjetunion im asiatischen Teil SS-20-Raketensysteme mit insgesamt 100 Gefechtsköpfen belassen bleiben.

– Die Beseitigung der nuklearen Mittelstreckenwaffen verschiedener Reichweiten oder deren Begrenzung dürfen nicht dazu führen, daß ein entnuklearisierter Kriegsschauplatz Europa geschaffen wird, auf dem die konventionelle Überlegenheit und Invasionsfähigkeit des Warschauer Pakt erlaubte, den Krieg wieder als ein kalkulierbares Risiko einzuschätzen und führbar werden zu lassen.“

Hier sind die Sollbruchstellen genannt, an denen die NATO ein Abkommen möglicherweise scheitern lassen könnte: an der Frage der sog. Verifikation, also der Überprüfbarkeit von Abrüstungsschritten, wobei die bisher geäußerten Vorstellungen der US-Regierung eher den Charakter von Spionage haben; hinzu kommt die Koppelung mit weiteren einseitigen Abrüstungsschritten der UdSSR im Bereich der Kurzstreckenraketen und der konventionellen Bewaffnung. Die Position der Bundesregierung, vereinheitlicht mit der französischen und britischen Regierung, besteht aus einer Zustimmung zur „Nulllösung“, allerdings ver-

Neue VS-Chefs: Bombenspezialisten

Die Bundesregierung will die SPD auch weiterhin in der Großen Koalition der Inneren Sicherheit behalten und sie für eine Hatz auf die Grünen gewinnen. Kurz vor Einführung des neuen Verfassungsschutzchefs Boeden ins Amt gab Zimmermann bekannt, daß der Leiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes, SPD-Mitglied Frisch, Vizepräsident werden soll und damit dem SPD-Mitglied Pelny, der in Lafontaines Staatskanzlei wechselt, folgt. Während der Einführung von Boeden und Frisch am 9. April rief Zimmermann kaum verhüllt zur verfassungsschützenden Verfolgung der Grünen und der gesamten politischen Opposition auf. Die Auswahl der Verfassungsschützer ist interessiert. Beide, Präsident und Vizepräsident, waren an der Vorbereitung des Sprengstoffanschlags durch einen Verfassungsschutz-

Spitzel auf die Justizvollzugsanstalt Celle beteiligt. Boeden hat an der Vorbesprechung als Mitarbeiter des BKA teilgenommen, Frisch legte ein Rechtsgutachten vor, in dem dem Anschlag Legalität bescheinigt wurde. Das kam am 1. April bei einer Sitzung des niedersächsischen Untersuchungsausschusses heraus. – (uld)

BRD-Denkmal für faschistischen Piloten

Nach Berichten der Kairoer Zeitung „Al Achbar“ will die Bundesregierung in Ägypten ein Denkmal für den Kampfflieger Marseille errichten. Marseille war Soldat in der Afrika-Truppe Rommels und für besonderen Einsatz im Dienste der Faschisten mit dem Namen „Stern von Afrika“ versehen. Er wurde im September 1942 bei El Alamein abgeschossen, wenige Monate vor der Niederlage der Faschisten in El Alamein. Die Faschisten führten den Krieg in Nordafrika gegen die damali-

gen britischen und französischen Kolonialherren mit dem Ziel, eine weitgehende Neuaufteilung der Kolonialherrschaft in Afrika zu erreichen: ganz Nordafrika, der Süden und Osten Afrikas sollten unter deutsche Oberherrschaft kommen. Mit der Errichtung eines Denkmals für die Truppe, die diese Vorhaben durchfechten sollte, knüpft die Bundesregierung an die faschistischen Kolonialträume an. Wie die ägyptische Regierung dazu steht, ist nicht bekannt. – (uld)

CDU/CSU im Europarat: „Befreit das Baltikum!“

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat in einer Resolution die Sowjetunion aufgefordert, die „gewaltsame Eingliederung der drei baltischen Staaten“ Estland, Lettland und Litauen rückgängig zu machen. Hauptbetreiber dieser dreisten Forderung war die BRD, deren Vertreter Jäger (CDU/CSU) pathetisch die „tiefe Not“



NATO-Generalsekretär Carrington und Außenminister Genscher bei einer NATO-Tagung. Sie übernehmen unterschiedliche Aufgaben bei der Sicherung des Kriegskurses der NATO.

bunden mit der Notwendigkeit weiterer Verhandlungen über Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (bis 1000 km) und Kurzstreckenraketen. Eine neue Nulllösung für diese Mittelstreckenraketen kurzer Reichweite (ein solches Angebot der UdSSR wird befürchtet) wird die Regierung nicht zulassen. Staatssekretär Rühl vom Verteidigungsministerium erklärte in der „Welt“ sicherheitshalber: „Wir können nicht von Null-Lösung zu Null-Lösung auf all die nuklearen Waffen verzichten, die unser einziges Mittel der Rückversicherung im Kriegsfall gegen die überlegenen konventionellen Angriffskräfte des Warschauer Paktes in Europa sind.“ Bei möglichen weiteren Verhandlungen wird die UdSSR also vor die Wahl gestellt, einseitige Aufrü-

stungsmaßnahmen der NATO in diesem Bereich zuzugestehen oder aber selbst einseitig auf Null zu gehen und der NATO Raketen solcher Art zu belassen.

Die NATO-Rüstung im Kurzstreckenbereich läuft ohnehin auf Hochtouren. Die bestehenden Pershing 1a werden durch an Reichweite und Zielgenauigkeit bessere Pershing 1b ersetzt, die „Lance“-Raketen für kürzere Distanzen sollen ebenfalls ein verbessertes Nachfolgemodell erhalten. Außerdem wird die Luftabwehr (Abwehr von Flugzeugen durch Raketen) durch Einführung des „Patriot“-Systems gesteigert, und in der BRD und in den USA wird an verschiedenen Abwehrsystemen für gegnerische Raketen gearbeitet. Die NATO rüstet also im Kurz-

streckenbereich „doppelt“ auf: „offensiv“ und „defensiv“.

Der Vorschlag der UdSSR hat bei vielen hierzulande zu der Einsicht geführt, daß die UdSSR ernsthaft an Abrüstung interessiert ist und daß die NATO-Länder mit der BRD weiter auf Rüstungskurs fahren. Aber es hat keine große öffentliche Empörung gegeben wie noch beim „Nachrüstungsbeschluß“ der NATO. Stattdessen gelingt es Leuten wie Genscher, sich als Verfechter der „Nulllösung“ und damit als Hüter der Entspannung zu profilieren. Vor dem Bundestag führte er am 12.3. aus: „Unsere Politik, den Doppelbeschluß von 1979 in seinen beiden Teilen konsequent zu verwirklichen, hat sich auf eindrucksvolle Weise bestätigt. Wo wären wir heute, hätten wir denen unser Gehör geschenkt, die sich unter Verzicht auf die westliche Nachrüstung mit mehreren hundert atomaren Sprengköpfen auf sowjetischen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite, die uns bedrohen, abfinden wollten.“ Ganz offensichtlich hat die Behauptung, die unbeirrte Aufrüstung der NATO bei den Mittelstreckenraketen habe die UdSSR weichgeklopft und schließlich zu diesem Abrüstungsvorschlag gebracht, öffentlich eine beruhigende Wirkung. Für die möglichen Verhandlungen im Bereich der Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite zeichnet sich ja, wie oben dargestellt, ein ähnliches Vorgehen der NATO ab.

Vor diesem Hintergrund ist also ernsthaft die Frage zu stellen, ob der Gorbatschow-Vorschlag tatsächlich zu einer Entspannung der Kriegsgefahr beigetragen hat. Die Teile der Friedensbewegung, die gegenwärtig die Ostermärsche vorbereiten, sehen das so und stellen bis in die Regierung hinein einen Kreis von Entspannungsbeurworthern fest, die dem Rüstungskurs

der „baltischen Völker“ beschwor. Die „Befreiung der baltischen Völker“ war eine der Losungen für den faschistischen Überfall auf die UdSSR. Daß die BRD für solche Propaganda im Europarat Mehrheiten findet, ist beunruhigend. (BT-Ds. 11/47 - rül)

Bundesregierung sperrt sich gegen ILO-Bericht

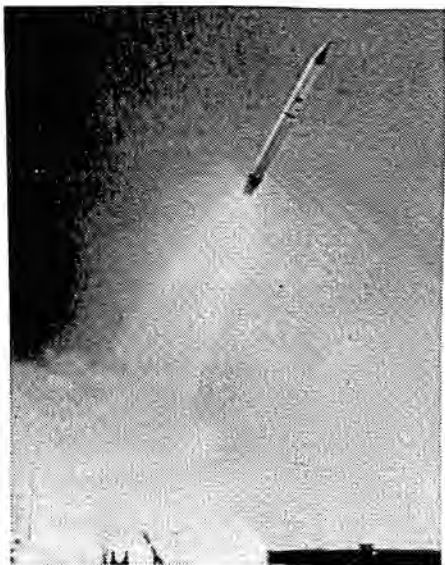
Befragt, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dem Untersuchungsbericht des Internationalen Arbeitsamtes (ILO) über Berufsverbote in der BRD ziehen wolle, verteidigte Staatssekretär Dr. Waffenschmidt die Berufsverbotepraxis und erklärte, daß „der Grundsatz der ‚wehrhaften Demokratie‘ und das Gebot der Verfassungstreue im öffentlichen Dienst Verfassungsrang“ hätten. Der ILO-Prüfungsausschuß hatte nach eineinhalb-jähriger Untersuchung zahlreicher Fälle nachgewiesen, daß die BRD gegen die ILO-Konvention 111 über die

Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf verstößt. Die Bundesregierung versucht sich nun damit herauszureden, es sei wegen eines Minderheitenvotums des Vertreters Venezuelas in der Kommission „zu keiner einheitlichen Wertung gekommen“, weswegen der Bericht als „nicht bindend“ zu betrachten sei. Da die Bundesregierung die ILO-Konvention ratifiziert hat, muß sie spätestens Ende Mai sich zu den Forderungen des Berichts verhalten oder den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anrufen. (Bundestagsdrucksache 11/71, UZ vom 4.4. 87 - rad)

FDP und kath. Kirche gemeinsam für freie Schulen

Eine aus Vertretern von FDP und kath. Kirche zusammengesetzte Kommission Liberalismus/Kirchen hat gemeinsame Aktionsmöglichkeiten in der Unterstützung privater Schulen und Hochschulen ausgemacht. Den

Kirchenvertretern waren Genschers Vorstöße in Richtung stärkerer Konkurrenz staatlicher und privater Systeme und Elitebildung in angenehmer Erinnerung. Die FDP hat ein Programm zur Unterstützung freier Schulen angekündigt. Die Kommission soll weitere Themen, wie etwa das Subsidiaritätsprinzip, befassen. Dominkanerpater und CDU-Mitglied Streithofen erklärte, „die Anhänger der Freiheit müßten zusammenhalten. Liberalismus und katholische Kirche verbinden das grundsätzliche Mißtrauen gegen alle kollektivistischen Regelungen“. Beiden gehe es um Regelungen, „mit denen der Staat möglichst zurückgehalten werde“. (freie demokratische korrespondenz 77/87) Es soll die Möglichkeit gegenseitiger Einflußnahme auf gesellschaftliche Gruppen eröffnet werden, die entweder der Kirche oder den Liberalen historisch eher distanziert gegenüberstanden hatten. - (rad)



Unbeirrt halten die BRD und die USA an ihren Rüstungsprojekten fest. Im Rahmen von Wörner Raketenabwehrprogramms werden verschiedene Systeme erprobt; hier das US-System FLAGE. Auch die Ausrüstung der Soldaten wird kriegstauglicher, wie z.B. durch die Einführung der Splitterschutzwesten fürs Gefecht.

von Kohl, Wörner und Dregger entgegengetreten. Tatsächlich ist eine Minderung der Kriegsgefahr nicht in Sicht. Im Gegenteil.

– Die Aufrüstung der Bundeswehr und anderer NATO-Armeen für eine konventionelle Überfallskriegsführung läuft ungebrochen. Der „Schlag in die Tiefe“ des Gegners zur Absicherung der „Vorneverteidigung“ durch Luftwaffe, Raketen und Artillerie wird waffentechnisch vorbereitet und verbessert durch Einführung neuer Raketensysteme, sog. intelligenter Munition sowie durch Steigerung der Beweglichkeit in den Panzerverbänden. Auch die Ausrüstung der Soldaten wird kriegstauglicher. Nach winter- und regenfesten Kampfanzügen hat die Bundeswehr jetzt Splitterschutzwesten für die Kampftruppen eingeführt.

– Die Maßnahmen zur personellen Absicherung der Kriegsführung laufen ebenfalls planmäßig. Die Anzahl der zu Manövern eingezogenen Reservisten steigt jährlich, kaum ein junger Mann kann noch dem Wehrdienst entgehen, Frauen werden absehbar in der Bundeswehr Dienst tun, und schließlich hat der Bundestag beschlossen, ab 1989 den Wehrdienst von 15 auf 18 Monate zu verlängern.

– Die Bundesregierung arbeitet weiter an Kriegsgründen. Neben Goebels- und KZ-Vergleichen läßt sie keine Gelegenheit aus, ihre „gesamtdeutsche Verantwortung“ zu betonen, wie Kohl es gerade in seiner Regierungserklärung getan hat. Die 750-Jahrfeier in Westberlin wird auf jeden Fall für die Postulierung der BRD-Ansprüche auf die DDR weidlich genutzt werden.

Selbst wenn es zu dem vorgeschlagenen Abrüstungsabkommen käme, wären die genannten Maßnahmen zur Kriegsvorbereitung davon unberührt. Der Vorschlag macht die Aufgaben für die Kriegsgegner in der BRD keineswegs leichter. Es genügt nämlich nicht, jetzt das Eingehen darauf durch die Regierung zu verlangen. Nach wie vor sind eine verstärkte Kritik der BRD-Kriegsziele und Maßnahmen gegen die Kriegsvorbereitungen der NATO notwendig.

Quellenhinweis: Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V., Gorbatschows neuer Vorschlag und die Reaktion der NATO, in: Ziviler Ungehorsam 1/87; FAZ und „Die Welt“, div. Ausgaben; Europ. Wehrkunde 3/87; Österr. Milit. Zeitschrift 2/87 – (jok)

Verfassungsgericht sichert Privatschulen Existenz

Die staatlich anerkannten Privatschulen haben „bis zur Höhe des Existenzminimums“ ein Recht auf gleichberechtigte finanzielle Förderung durch den Staat. Mit dieser Begründung hob das Bundesverfassungsgericht Teile des Hamburger Privatschulgesetzes von 1977 auf, das für konfessionelle und Waldorfschulen Kostenunterstützung bis zu 82 Prozent vorsah, weltanschaulich ungebundenen Schulen jedoch nur Finanzierung zu 25 Prozent gewährte. Nach Auffassung der Verfassungsrichter wird durch Art. 7, Abs. 4 GG das Recht auf Gründung privater Schulen gewährleistet. Das bedeute für den Staat nicht nur eine formale Verpflichtung, vielmehr müsse er den Privaten die Chance geben, „sich ihrer Eigenart entsprechend zu verwirklichen“. Das sei „ohne staatlichen Beistand“ nicht möglich. Es werde so

auch gesichert, daß diese Schulen „grundsätzlich allen Bürgern ohne Rücksicht auf ihre persönlichen finanziellen Verhältnisse“ offenstünden. Auch bei evtl. geringerem Schulgeld muß dies bezweifelt werden. Sicher ist, daß die Konkurrenzposition der nichtstaatlichen Schulen durch das Verfassungsgericht gestärkt wurde. – (rad)

Vertriebene: Österreich war immer „deutsch“

Im „Deutschen Ostdienst“ vom 2.4. meldet der Bund der Vertriebenen eine Premiere: Erstmals habe der Gesamtdeutsche Studentenverband (GDS) in Österreich getagt. Mit der Salzburger Burschenschaft sei man dort der Frage „Österreich und die deutsche Nation“ nachgegangen und zu folgendem Ergebnis gekommen: „Die Propagierung der ‚österreichischen Nation‘ beruht auf kommunistischer Diktion der 20er und 30er Jahre und konnte damals

ebensowenig wie heute den historischen Beweis erfolgreich antreten.“ Auch das Verhältnis BRD-Österreich sei Teil der „deutschen Frage“. Die Tagung dürfte – wie fast alle Aktivitäten von BdV und GDS – durch Mittel der Bundesregierung für „Vertriebene“ gefördert worden sein. So betreibt die Regierung nun auch über den Vertriebenenverband langsam und stetig die Anzettlung einer großdeutschen „Anschluß“-Stimmung in Österreich. – (rü)

Vorstöße zur Abstimmung mit den Kirchen beim Asylrecht

Caritas, Diakonisches Werk und EKD sehen in Stellungnahmen zu dem Diskussionspapier „christlich-soziale Positionen für eine rationale und ethisch verantwortbare Asylpolitik“ der CDU-MdB Limbach, Müller, Schreiber, Graf Waldburg-Zeil und JU-Vorsitzenden Böhr, weitgehende Übereinstimmung mit ihren Positionen. Die Autoren wol-

Tarifbewegung Metall

**Keine Öffnung für
Samstagsarbeit!**

Die IG Metall hat das Scheitern der Tarifverhandlungen in Nordwürttemberg/Nordbaden vor allem mit der Verweigerung eines Stufenplans hin zur 35-Stunden-Woche und mit der erneuten Ausschließung der Auszubildenden von jeder Arbeitszeitverkürzung begründet. Nicht etwa mit den Forderungen von Gesamtmetall nach weiterer Differenzierung und Flexibilisierung der Arbeitszeit. Im Gegenteil, zu diesen Fragen hat eine gemeinsame Textkommission bereits einen Tarifentwurf ausgearbeitet. Beide Seiten loben ihn, ohne ihn zu veröffentlichen. Die „Formulierungsarbeit war sicherlich nicht umsonst“, hat der Verhandlungsführer der Kapitalisten, Stihl, erklärt und dabei gewiß auch an eine mögliche Schlichtung gedacht. Worüber ist er so zufrieden?

Aus einer Reihe problematischer Punkte hier der schwerwiegendste: Für Samstagsarbeit soll tariflich und betrieblich eine Öffnung geschaffen werden. Direkt im Tarif soll – nach mündlichen Berichten aus der IG Metall – regelmäßige Samstagsarbeit für Reparatur- und Wartungsarbeiter, Pförtner und Werkschutzleute zugelassen werden. Darüberhinaus soll bei Produktionsausweitung eine betriebliche Öffnung für regelmäßige Samstagsarbeit eingeführt werden. Bedingung soll die Zustimmung des Betriebsrats sein, die in diesem Fall nicht durch den Spruch einer Einigungsstelle ersetzt werden kann.

Der Samstag ist in der Metallindustrie seit 1967 arbeitsfrei, in Baden-Württemberg, Hessen/Rheinland-

Pfalz/Saarland und Westberlin durch tarifliche Regelung, in den anderen Tarifgebieten durch entsprechende Handhabung. Er würde damit für erhebliche Teile von Belegschaften wieder ein Regelarbeitstag. Der bisherige Charakter von Samstagsarbeit als Ausnahme, die mit Zuschlägen zu bezahlen ist, wäre verändert. Der Samstag wäre Normalarbeitstag.

Die Möglichkeit der betrieblichen Öffnung würde die Unternehmensleitungen ermuntern, die Betriebsräte unter Druck zu setzen von wegen „überlebenswichtige Aufträge“ usw. Die Betriebsräte müßten sich jeweils einzeln an einer Front wehren, an der eigentlich alle Kräfte der Arbeiterbewegung gemeinsam Widerstand leisten müssen, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Zugleich wäre die gewerkschaftliche Unterstützung für den betrieblichen Widerstand gegen Samstagsarbeit geschwächt: Die IG Metall hat erklärt, daß sie als Tarifvertragspartei regelmäßiger Samstagsarbeit zustimmen werde, wo die Betriebsräte einverstanden sind.

Die Kapitalisten verlangen die Samstagsarbeit als Preis für Arbeitszeitverkürzung. Sie stützen sich dabei auf die Zustände, die sie schon durchgesetzt haben: 40% aller Lohnabhängigen müssen heute gelegentlich an Wochenenden, also samstags und sonntags, arbeiten. Auch in der Metallindustrie wird häufig samstags gearbeitet, aber oft nur bis Mittag und mit Zuschlägen. Die Kapitalisten wollen mit der zeitlichen Beschränkung und den Zuschlägen Schluß machen und die Belegschaften zum Antreten verpflichten können.

Der Widerstand in der Arbeiterbewegung gegen diese Sorte Flexibilisierung ist stark. Das haben die Warnstreiks der letzten Wochen gezeigt. Das

hat auch der Gewerkschaftstag der IG Metall im letzten Oktober gezeigt, der beschlossen hat, den freien Samstag zu verteidigen und gegen betriebliche Öffnungen und für abschließende Regelungen in den Tarifverträgen einzutreten.

Wichtig wäre jetzt, daß die gemeinsamen Interessen aller Lohnabhängigen beim Samstag zur Geltung gebracht werden. Der Samstag soll kein Normalarbeitstag werden, auch nicht durch betriebliche Öffnung. Andernfalls würden weitere Branchen wie der Einzelhandel mit Samstagsarbeit bis in den Abend überzogen, und viele Arbeiten würden in den Sonntag geschoben.

Die unterschiedliche Tariflage in den Tarifgebieten der IG Metall (nur teilweise Schutz des arbeitsfreien Samstags) könnte durch die Forderung berücksichtigt werden, daß nirgends aus Anlaß der Arbeitszeitverkürzung die Maschinenlaufzeit verlängert, also auch auf den Samstag erstreckt werden darf. – (rok)

Hessen-Wahl

**Der „bürgerliche“ Block
wurde gestärkt**

42,1% für die CDU, 7,8% FDP, 40,2% SPD und 9,4% für die GRÜNEN – das ist das Ergebnis der Landtagswahlen am 5. April, genug, um einen rechten Regierungswechsel herbeizuführen. Die DKP erreichte 0,3% – das sind absolut 9185 Stimmen, 500 Stimmen mehr als 1983. Nur 1502 Stimmen entschieden die Wahl für die CDU/FDP. Ausschlaggebend dafür war im wesentlichen Frankfurt und die größeren

len mit Kirchen und Wohlfahrtsverbänden in den Dialog treten, um Diskrepanzen in der Flüchtlingspolitik zu überwinden. Kritisiert werden u.a. die Zahlen von Zimmermann, sprachliche Übertreibungen von Politikern und Medien sowie schwerwiegende Fehler bei der Verteilung und Behandlung von Flüchtlingen; gefordert u.a. Beschränkung des Arbeitsverbotes auf maximal ein Jahr, der Unterbringung in Sammelunterkünften auf maximal sechs Monate. Der Bezug von Sozialhilfe in Bargeld soll grundsätzlich von der Leistung gemeinnütziger Arbeit abhängig gemacht werden. Neben richtigen Positionen enthält das Papier eine Reihe Forderungen, die überhaupt nicht akzeptiert werden können. Für die Regierung bleibt der Protest folgenlos, ein Diskussionspapier ist kein Gesetzentwurf; die Autoren können sich allerdings das Verdienst anheften, der Union christliche Wähler zu sichern.

– (ti)



Aufrufe zur weiteren Unterstützung Israels im Krieg gegen die arabischen Staaten, speziell gegen das palästinensische Volk; Hetze gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten; Kritik wegen fehlender Entschädigung der Opfer des Faschismus ausgerechnet an der DDR, statt an der BRD – der israelische Staatspräsident Herzog hat seinen Besuch in der BRD genutzt, um zu unterstreichen, daß der Zionismus ein enger Verbündeter des Imperialismus bleibt. Die Bundesregierung sagte eine Steigerung der Wirtschaftshilfe zu. – (rül)

Städte und dabei eher solche, wo der sogenannte Dienstleistungsbereich besonders stark vertreten ist. Hier hat die SPD im Vergleich zu den Landtagswahlen 83 die meisten Stimmen verloren und die CDU die stärksten Einbrüche erzielt. Z.B. Frankfurt: SPD minus 8,1%, CDU plus 4,2%, FDP plus 0,7%, GRÜNE plus 5%. Anders Rüsselsheim (Opel): SPD minus 5,2%, CDU plus 2,2%, FDP plus 0,5%, GRÜNE plus 3%.

In der öffentlichen Diskussion werden verschiedene Gründe für das Ergebnis verantwortlich gemacht. Viel deutet darauf hin, daß die Wahl durch die werktätige Intelligenz entschieden wurde, deren Anteil an der Bevölkerung in Hessen, speziell Frankfurt besonders hoch ist. Reine Industriearbeiter werden nach Untersuchungen in Frankfurt schon 1984 nur noch 48000 vermutet, hingegen Bank- und Versicherungsangestellte allein schon 52000. Bereits 1978 waren von Frankfurts Haushaltsvorständen der Industriearbeiter nur 13% Deutsche und 81% Einwanderer. Solange diese kein Wahlrecht haben, wird die SPD auch kaum mehr gewinnen können. Walter Wallmann's CDU hat in Frankfurt eine Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Kulturpolitik betrieben, die auf Attraktion der hochqualifizierten werktätigen Intelligenz ausgerichtet ist.

Vermutlich war eins der wichtigsten Motive für die Wahl der CDU die Schulpolitik. In ihrem Programm zieht sich die Schulpolitik als roter Faden hindurch, nach dem Motto: „Jedem das Seine“. 9 statt 10 Jahre Hauptschule für die Minderbegabten, Sonderklassen für Ausländerkinder, Eliteschulen und -Hochschulen auf der anderen Seite. „Der aufstiegsorientierte, karrierebewußte Mittelstand legt besonderen Wert auf gute Schulen für seine Kinder“ (FAZ). Wallmann hat angekündigt, daß hier die ersten Maßnahmen zu erwarten sind.

So gesehen ist der hohe Wahlerfolg der GRÜNEN relativ. Sie haben von der SPD dazugewonnen und nicht verhindern können, daß die Union starke Einbrüche in ihrem Wählerpotential erzielt hat. Die Union wird versuchen, die SPD auf ihre „traditionelle Rolle“ zu verpflichten, ihre Wählerschaft in's kapitalistische System einzubinden: „... für eine Partei wie die SPD... die ihren Frieden mit der Marktwirtschaft gemacht hat, bei durchaus eigenen Vorstellungen, wie die zugehörige ‚soziale Komponente‘ auszugestalten sei, die im Prinzip die Sicherheit dieser Ordnung nur im westlichen Bündnis gewährleistet sieht, können die Grünen kein Partner sein.“ (FAZ) Entgegenkommen in der SPD wird geäußert, im Bundestag und u.a. von IG-Chemie-Rappe. Die GRÜNEN werden unter starken Druck geraten. – (udi)

Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen

Die reaktionäre Strukturreform im Gesundheitswesen nimmt Gestalt an

Überfüllte Wartezimmer, Zweiminutenmedizin, lange, schmerzhaftes Wartezeiten auf den Zahnarzttermin, Notbetten auf den Fluren der Krankenhäuser, Wartelisten für lebensnotwendige Operationen, total überlastetes Personal in den Gesundheitseinrichtungen, diese Tatbestände aus der gesundheitspolitischen Diskussion Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre sind heute fast vollständig aus der öffentlichen Debatte um das Gesundheitswesen verbannt. Nicht, daß es diese Tatbestände heute nicht mehr gäbe oder daß sie nur noch vereinzelt vorkämen, im Gegenteil: Sofern Erfolge im Kampf für die sachliche und personelle Ausstattung von Gesundheitseinrichtungen erzielt wurden, konnten diese „Fortschritte“ nicht Schritt halten mit der zunehmenden Ruinierung der Gesundheit der arbeitenden Klassen. Immer mehr müssen die Gesundheitseinrichtungen von den Lohnabhängigen in Anspruch genommen werden, und die Überlastung dieser Einrichtungen und

Strukturreform wird es keine unberührten Schutzzonen und Besitzstände geben. Ich weiß, daß dazu eine große politische Kraftanstrengung erforderlich ist.“ Der Rahmen dieser Strukturreform ist durch die Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und F.D.P. abgesteckt, ein Jahresgutachten des „Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion Gesundheitswesen“ beinhaltet reichlich Material, wie der Krankenversicherungsschutz nachhaltig zerstört werden soll.

Wird in der Koalitionsvereinbarung gefordert: „Konzentration des Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung auf diejenigen Gesundheitsleistungen, deren Finanzierung mit Pflichtbeiträgen sachgerecht ist“, so konkretisiert das Jahresgutachten des Sachverständigenrates: „Leistungen, die ganz aus dem Versicherungsschutz ausgeschlossen werden könnten, sind im Bereich des Zahnersatzes, der Physiotherapie, der Kuraufenthalte, der Hör- und Sehhilfen (Bril-



Schwere Arbeit im Krankenhaus

des dort tätigen Personals steigt. Immer weniger kann durch die kurative Medizin der frühzeitige Verschleiß der Gesundheit aufgehalten oder gar verhindert werden.

Seit langem betreibt die Reaktion eine ideologische Kampagne, die den Anspruch der Kranken auf Behandlung und Heilung brutal unterdrücken soll. Früchte dieser ideologischen Kampagne will die Bundesregierung mit einem Gesetz zur Strukturreform des Gesundheitswesens einbringen.

Auf der Sitzung der Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen drohte Bundesarbeitsminister Blüm: „In der

lengläser und Brillengestelle), anderer Heil- und Hilfsmittel (z.B. orthopädische Hilfsmittel) sowie der Leistungen, die im Zusammenhang mit den naturgegebenen Begleiterscheinungen des Alterns stehen (z.B. der nicht krankheitsgebundenen Pflege), zu finden ... Eine Ausgrenzung anderer Art liegt vor, wenn für besonders unfallträchtige Sportarten eine private, ggf. befristete Unfallversicherung abzuschließen ist und für alle unfallträchtigen Sportarten eine Versicherungsausgrenzung ausgesprochen wird.“

Um Ärzte zu bewegen, notwendige Medikamente nicht zu verordnen, for-

Steigende Sterblichkeit der unteren Arbeiterschichten

Aus fast allen einschlägigen Statistiken ergeben sich Beweise für eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes der „Durchschnittsbevölkerung“. Die Krankenhauseinweisungen nehmen zu, der Tablettenkonsum steigt – nur die Sterblichkeitsstatistik macht eine Ausnahme. Denn die Sterberaten sinken seit Beginn der 70er Jahre, und dies liefert das Lieblingsargument für Reaktionäre wie Geißler, wenn sie erklären, es gäbe überhaupt keine Hinweise auf eine höhere Morbidität – so der statistische Begriff für die Häufigkeit von Erkrankungen – in der BRD.

Aber schon die Krankenhaus-Statistiken zeigen, daß es die „Durchschnittsbevölkerung“ in gesundheitlicher Hinsicht nicht gibt. Vielmehr entsteht die durchschnittliche Gesundheitsentwicklung als Überkreuzung ganz verschiedener Trends der unterschiedlichen Klassen in der Gesellschaft. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung hat die Zahl der Krankenhausesfälle nur leicht zugenommen (zwischen 1975 und 1983 um 11%

bei den Männern und um 14% bei den Frauen). Bei den *AOK-Versicherten* aber nahmen die Patientenzahlen dreimal so schnell zu – um 33% bei den Männern und um 47% bei den Frauen. In den AOKs aber sind lt. Mikrozensus vor allem die Arbeiter unterhalb des Durchschnittslohns versichert, ihre Krankheitsstatistiken spiegeln vor allem die Entwicklung der hart arbeitenden, schlecht bezahlten Handarbeiter wider.

Ein Vergleich der Sterbeziffern der AOK-Mitglieder mit der Gesamtbevölkerung ist nicht so einfach möglich. In der Tabelle scheint die Sterblichkeit der AOK-Versicherten in fast allen Altersgruppen unter der der Wohnbevölkerung zu liegen, ihr Gesundheitszustand also besser zu sein. Das ist aber nur ein statistischer Scheineffekt, weil die AOKs nur die Sterbeziffern ihrer *erwerbstätigen Pflichtmitglieder* veröffentlichen – die Rentner werden nicht nachgewiesen. Dadurch ist die höchste Altersklasse „über 65 Jahre“ nicht mehr mit der Wohnbevölkerung vergleichbar (in diesem Alter gibt es nur noch eine verschwindend geringe Zahl von Erwerbstätigen) und in den anderen

Altersklassen fallen die Frühinvaliden heraus, deren Gesundheitszustand sehr viel schlechter ist als der der Erwerbstätigen. Die Zahl der Krankenhausesfälle beträgt z.B. bei den 50-jährigen männlichen Rentnern mehr als das Doppelte der gleichaltrigen Erwerbstätigen.

Trotz dieser eingeschränkten Vergleichsmöglichkeit von AOK-Mitgliedern und Wohnbevölkerung gibt die Tabelle Aufschluß über zwei gegenläufige Entwicklungstrends: bei der Wohnbevölkerung nahm die Sterblichkeit zwischen 1975 und 1983 in allen Altersgruppen ab. Dagegen nahm die Sterblichkeit bei den AOK-Versicherten zu, und zwar in allen Altersklassen außer bei den über 65-jährigen Männern und den 55–65-jährigen Frauen (vermutlich ein Scheineffekt der schnelleren Frühverrentung arbeitsloser älterer Arbeiter). Die größte relative Zunahme findet sich bei den Männern und hier wiederum bei den 45–55-jährigen – den Arbeitern „im besten Mannesalter“. Die Sterberate der unter 45-jährigen männlichen AOK-Mitglieder liegt mittlerweile über der der „Durchschnittsbevölkerung“.

Sterblichkeitsentwicklung von Wohnbevölkerung und AOK-Pflichtversicherten 1975–1983

– Gestorbene auf 100000 Personen –

Altersgruppe	Männer				Frauen			
	Wohnbevölk.		AOK-Versich.		Wohnbevölk.		AOK-Versich.	
	1975	1983	1975	1983	1975	1983	1975	1983
15–20	147	104	113	130	59	43	33	53
20–25	159	134	138	164	57	47	48	52
25–35	153	128	119	157	74	59	62	70
35–45	305	259	210	276	162	137	85	112
45–55	756	674	395	529	412	325	167	193
55–65	2025	1712	759	917	979	809	661	389
65–	7736	7491	1441	766	5549	5315	3945	5059

dert der Sachverständigenrat, Arzneimittelhöchstbeträge in den Vereinbarungen über die Gesamtvergütung für die kassenärztliche Versorgung festzulegen. Die Rezeptgebühr soll auf eine prozentuale Selbstbeteiligung „mit Härtefallregelung“ umgestellt werden. Die gesundheitspolitische Kommission der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung hat dieses Projekt inzwischen dahingehend konkretisiert, daß bei Arzneien bis 20 DM 20 Prozent, bis 40 DM 15 Prozent, darüber 10 Prozent als Selbstbeteiligung zu zahlen sind.

Um Kranke, die der stationären Behandlung bedürfen, möglichst schnell aus dem Krankenhaus zu werfen, soll „bei allen nichtnotfallmäßigen Aufnahmen vorab bzw. bei notfallmäßigen Aufnahmen nachträglich von seiten der Kassen nur eine befristete Kostenübernahme“ garantiert werden. „Eine Fristverlängerung sollte von einer

Krankenhausbegehung durch den Vertrauensärztlichen Dienst ... abhängig gemacht werden.“

Im bereits oben zitierten Positionspapier der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung wird darüber hinaus gefordert: Wer krank ist und kein ärztliches Attest vorlegt soll keinen Anspruch mehr auf Lohnfortzahlung haben. Und überhaupt soll die Lohnfortzahlung durch die Kapitalisten durch die Zahlung von Krankengeld von der Krankenkasse vom ersten Tage der Krankheit an abgelöst werden.

Arbeitsminister Blüm hat erklärt, die Strukturreform solle auf Grundlage der seit 100 Jahren „gewachsenen“ Reichsversicherungsordnung durchgeführt werden. Doch setzt man die bereits bekannten Mosaiksteine der Reform zusammen, so ergibt sich die Zerstörung aller Ergebnisse des über ein Jahrhundert langen Kampfes der Ar-

beiterbewegung für soziale Sicherung im Falle der Krankheit. Der DGB hat bisher im wesentlichen eine „schnelle“ Reform gefordert, um Beitragsstabilität zu erreichen. Doch gewinnen auch die Kräfte im DGB an Gewicht, die gegenüber der Zerstörung des Versicherungsschutzes einen Mindeststandard der Gesundheitsversorgung verlangen. Viel wird davon abhängen, ob es diesen Kräften gelingt, den Oppositionskurs des DGB gegen die reaktionäre Strukturreform zu bestimmen.

Quellenhinweis: Jahresgutachten 1987 des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen; Dokumentation zur Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Frühjahrssitzung am 26.03.87, Pressemitteilung des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung; Bild am Sonntag v. 12.04.87; Handelsblatt v. 27.03.87 – (kar)

BRD-Kapitalexport

Umsatz westdeutscher Auslandswerke jetzt höher als BRD-Warenexport

„Nach vorn“ wolle man die Bundesrepublik, sprich: die westdeutschen Monopole, wieder bringen, hatte Rainer Barzel aus Anlaß des Amtsantritts Helmut Kohls 1982 als Programm der neuen Regierung verkündet. Einen Eindruck, wie weit die westdeutschen Monopole seitdem in der internationalen Konkurrenzschlacht vorangekommen sind, kann man der Tabelle auf der folgenden Seite über die Entwicklung des westdeutschen Auslandskapitals zwischen 1976 und 1985 entnehmen. Ende März hat die Bundesbank ihre neueste Kapitalexportstatistik veröffentlicht. Aus dieser und der vergleichbaren Statistik über westdeutsches Auslandskapital im Jahr 1976 haben wir die Tabelle erstellt. Die brutale, mitleidlose Kapitalistenförderung, die sich diese Regierung noch schroffer als vorher schon das Kabinett Schmidt-Genscher auf die Fahnen geschrieben hat, die Bekämpfung aller Ansprüche der Lohnabhängigen, die jahrelangen Lohnsenkungen, Nachtarbeit, Wochenendarbeit: das alles verhalf den Kapitalisten in den letzten Jahren zu einem beispiellosen Boom sowohl beim Warenexport – wo die BRD 1986 weltgrößte Warenexportmacht wurde – als auch beim Kapitalexport. Seit 1976 ist das Auslandsvermögen westdeutscher Kapitalisten um fast 100 Mrd. DM gestiegen. Das in ausländischen Fabriken angelegte Kapital westdeutscher Kapitalisten hat sich damit in neun Jahren fast verdreifacht.

Wie sieht die Bilanz der „Wende“ beim Kapitalexport für die Jahre 1976 bis 1985 im einzelnen aus?

Erstmals seit dem zweiten Weltkrieg, vermutlich sogar zum ersten Mal seit 1918, übertreffen die Auslandsvermögen der westdeutschen Monopole die Anlagen ausländischer Kapitalisten in der BRD. Noch 1976 hatte die Bundesbank gemeldet, die ausländischen Kapitalanlagen in der BRD (hier und im folgenden ist stets nur von Kapitalanlagen in Gestalt von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen die Rede, Kredite, Wertpapierbesitz und Grundbesitz bleiben außer Betracht, d. Red.) lägen um 30% höher als die Kapitalanlagen der BRD im Ausland: 63,5 Mrd. DM ausländisches Kapital in der BRD gegenüber 49,1 Mrd. DM BRD-Kapital im Ausland. Inzwischen haben westdeutsche Monopole dieses Verhältnis glatt umgekehrt. Ihre Auslandsanlagen erreichten Ende 1985 einen Umfang von 147,8 Mrd. DM. Das Vermögen westdeutscher Monopole im Ausland übertraf damit die ausländischen Anlagen in der BRD (88,3 Mrd. DM) um über 50%. Dieser Triumph gilt nicht

nur gegenüber allen ausländischen Konkurrenten zusammen, sondern auch gegenüber fast jedem einzelnen imperialistischen Rivalen. Aus dem Kreis der großen imperialistischen Mächte übertreffen nur noch die Kapitalanlagen japanischer, britischer und niederländischer Monopole in der BRD die westdeutscher Monopole in ihren Ländern. In allen anderen Ländern registriert die Bundesbank inzwischen mehr westdeutsche Kapitalanlagen als umgekehrt. Selbst die US-Monopole, jahrelang Inbegriff für imperialistische „Multis“ und aggressive Weltmarktexpansion, expandierten langsamer: Ende 1985 hatten westdeutsche Monopole ihre US-Anlagen von 6,63 Mrd. DM 1976 auf 44,8 Mrd. DM fast versiebenfacht und übertrafen damit erstmals die Anlagen von US-Monopo-

unternehmen 562 Mrd. DM. Um den Anteil zu berechnen, den westdeutsche Konzerne auf ausländischen Märkten erobern konnten, gilt also künftig die Faustformel: Export mal 2. Welches Gewicht westdeutsche Monopole damit in einzelnen Ländern errungen haben, verdeutlicht die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht mit ein paar Beispielen. So erreichte der Jahresumsatz westdeutscher Niederlassungen in Belgien 1985 bereits 11,2% des Bruttoinlandsprodukts. Mehr als ein Zehntel aller in Belgien gefertigter Waren werden inzwischen in westdeutschen Niederlassungen produziert. In den Niederlanden beträgt der entsprechende Anteil westdeutscher Unternehmen 10,1%, in der Schweiz 8,0%, in Österreich sogar 14,4%. In zahlreichen Ländern haben sich westdeutsche Monopole damit zu einer wesentlichen Quelle ausländischer Einmischung und Bedrückung entwickelt.

Wie sehr dieser Kapitalexport eine Angelegenheit ist, die die großen Monopole weitgehend unter sich ausma-



VW-Arbeiterinnen in Brasilien. Der Durchschnittslohn aller VW-Arbeiter in Brasilien lag 1984 umgerechnet unter 5 DM.

len in der BRD (34,1 DM). Auch in der EG ist die Dominanz der BRD unübersehbar: Die Kapitalanlagen westdeutscher Monopole in den anderen EG-Staaten in Höhe von 45,4 Mrd. DM übertrafen die Anlagen aus anderen EG-Staaten in der BRD (26,7 Mrd. DM) um mehr als 70%.

Die Expansion der westdeutschen Monopole auf dem Weltmarkt, sei es auf den Märkten imperialistischer Konkurrenten, sei es in der Dritten Welt, geht so rasch voran, daß inzwischen auch eine weitere „Wende“ eingetreten ist: Ende 1985 erzielten die westdeutschen Auslandsunternehmen erstmals höhere Umsätze, als zum gleichen Zeitraum ihre „Mutterfirmen“ aus der BRD an Waren exportierten. Der westdeutsche Warenexport erreichte 537 Mrd. DM, die Umsätze aller Auslands-

chen, bei der diese großen Monopole auch gleich noch ihre Macht über kleinere Konkurrenten im Inland steigern, darüber gibt die Bundesbank nur vorsichtig Auskunft. Immerhin kann man ihrem Bericht entnehmen, daß 1976 noch 31 große Monopole mehr als 50% des westdeutschen Auslandsvermögens auf sich vereinten. 1985 war die Zahl der Unternehmen, die 50% aller Kapitalanlagen im Ausland auf sich vereinen, auf 27 zurückgegangen. 21 Unternehmen, so die Bundesbank, hätten 1985 je über 1 Mrd. DM im Ausland angelegt. Im Durchschnitt betrug das Auslandsvermögen dieser Unternehmen je 3,4 Mrd. DM.

Damit verbunden ist die Verfügung westdeutscher Monopole über große Kriegskassen im Ausland. Die Bundesbank gibt an, zwischen 1977 und 1985

hätten westdeutsche Unternehmen für 22 Mrd. DM Dividenden aus ihren Auslandsniederlassungen eingestrichen. Die „offenen Rücklagen“ dieser Auslandsfirmen seien im gleichen Zeitraum auf 49 Mrd. DM gestiegen. Mancher erinnert sich vielleicht noch, wie Anfang der 70er Jahre aufflog, daß über die Konten des US-Konzerns ITT riesige Schmiergeldzahlungen an korrupte Politiker und Militärs geflossen waren, Zahlungen, mit den Putsche eingeleitet, Regierungen gestürzt, Gewerkschaften verboten und verfolgt wurden. Auch wenn die Bundesbank sich hütet, dergleichen für westdeutsche Monopole auch nur anzudeuten, kann man doch feststellen: Für derlei Zwecke, aber auch zwecks heimlicher Finanzierung von reaktionären Kreisen in der BRD über im Ausland deponierte Kassen liegen auf den Konten der Auslandsniederlassungen westdeutscher Unternehmen inzwischen über 50 Mrd. DM. Die Reserven westdeutscher Banken im Ausland, der ausländische Wertpapierbesitz westdeutscher Bourgeois, die umfangreichen Ländereien, die sich Unternehmen und Privatleute aus der BRD unter den Nagel gerissen haben, sind hierbei noch gar nicht berücksichtigt.

Welche Folgen diese Auslandsexpansion für die Erfolgsaussichten gewerkschaftlicher Gegenwehr gegen die Programme der Kapitalisten in der BRD hat, haben die Gewerkschaften in der Vergangenheit oft erfahren. Mit der Drohung, bei Verweigerung der Zustimmung zu dieser oder jener der Rationalisierungsmaßnahme, Lohnsenkung, Entlassung werde man eben im Ausland fertigen lassen, haben ihnen die Kapitalisten schon in den vergangenen Jahren immer wieder Niederlagen beigebracht. Die jahrelange Duldsamkeit der DGB-Gewerkschaften gegenüber den ständig zunehmenden Kapitalexporten westdeutscher Monopole rächt sich nun bitter. So gehen beispielsweise die Automobilkonzerne immer offener dazu über, Erfolge gegen Gewerkschaften im Ausland in der BRD sofort nachzumachen. VW beispielsweise hat in seinem belgischen Montagewerk die 6-Tage-Woche erzwungen und will nun in der BRD nachziehen. BASF ist weltweit wegen seiner antigewerkschaftlichen Linie berüchtigt. Sowohl um ihre eigene Lage im Kampf gegen die Kapitalisten zu verbessern wie aus der Verpflichtung aller Gewerkschaften zur gegenseitigen Unterstützung heraus müssen die Gewerkschaften dieser Expansion westdeutscher Monopole auf dem Weltmarkt sehr viel energischer entgegenreten.

Quellenhinweis: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1987, Beiheft: Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland, 1979 bis 1985, März 1987 – (rül)

Westdeutsches Auslandskapital 1976 und 1985, nach Regionen und Branchen

	Kapital	Umsätze	Lohnabhäng.
Nach Ländern und Regionen, 1976:			
EG-Länder:	16,84	69,0	371000
darunter Frankreich:	4,76	28,0	156000
Niederlande:	4,04	11,3	44000
Belgien:	2,62	12,8	61000
Spanien:	2,13	7,5	69000
Großbritannien:	1,36	6,3	44000
Italien:	1,28	7,9	53000
USA:	6,63	27,8	78000
Südafrika:	0,96	3,3	33000
westliche Industrieländer:	36,29	144,5	775000
Dritte Welt:	8,12	24,4	364000
darunter Brasilien:	4,60	14,7	200000
Afrika ohne Südafrika:	0,77	1,4	23000
Nach Ländern und Regionen, 1985:			
EG-Länder:	45,44	197,2	458000
darunter Frankreich:	11,71	69,2	177000
Niederlande:	7,21	37,1	58000
Großbritannien:	7,06	30,2	60000
Italien:	5,52	24,7	58000
Belgien:	4,78	26,4	64000
Spanien:	4,72	19,0	85000
USA:	44,80	175,9	388000
Südafrika:	1,18	7,5	49000
westl. Industrieländer:	119,02	494,6	1255000
Dritte Welt:	21,43	67,5	526000
darunter Brasilien:	8,18	25,8	246000
Afrika, ohne Südafrika:	2,95	7,3	54000
nach Branchen, 1976:			
Bergbau:	1,82	1,5	9000
Eisen, Stahl, Metalle (1):	1,95	7,4	76000
Maschinenbau:	3,32	8,5	94000
Fahrzeugbau:	4,61	16,3	158000
Elektroindustrie, EDV:	5,89	16,8	187000
Leder, Textil, Bekleidung:	0,74	2,9	55000
Chemische Industrie:	10,63	29,1	195000
Handel:	2,25	64,4	168000
ALLE BRANCHEN:	49,08	174,2	1204000
nach Branchen, 1985:			
Bergbau:	4,36	9,0	8000
Eisen, Stahl, Metalle (1):	6,06	18,1	84000
Maschinenbau:	9,76	23,1	131000
Fahrzeugbau:	17,27	55,1	244000
Elektro, EDV:	16,73	40,3	237000
Leder, Textil, Bekleidung:	0,93	6,1	62000
Chemische Industrie:	28,00	100,3	358000
Handel:	5,94	227,1	304000
ALLE BRANCHEN:	147,79	562,2	1785000

Quelle: Deutsche Bundesbank, Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland nach Ländern und Wirtschaftszweigen, Ausgaben April 1984 und März 1987. Angaben für Kapital und Umsatz in Mrd. DM. (1) Unter Eisen, Stahl, Metalle sind zusammengefaßt: Eisen- und Stahlerzeugung, Eisen-, Stahl- und Tempergießerei, Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung, Nichteisenmetallerzeugung, -gießerei, Stahl- und Leichtmetallbau.

Ägypten

Opposition gegen Mubarak – wachsender Einfluß der Moslembruderschaft

Am 7. April fanden in Ägypten vorgezogene Parlamentswahlen statt. Auch wenn das offizielle Endergebnis noch aussteht, so deuten die bisherigen Verlaufsbildungen über Zwischenergebnisse darauf hin, daß sich grundsätzlich an der bisherigen Zusammensetzung des ägyptischen Parlaments nichts ändern dürfte.

Zu dieser Neuwahl kandidierten neben der Regierungspartei Nationale Demokratische Partei (NDP), der Neo-Wafd sowie einer Koalition aus Moslembruderschaft, Liberalen und Sozialdemokraten, der National-Progressiven Unionistischen Sammlungsbewegung (PNUP), unter deren Dach u.a. Gewerkschafter, Kommunisten, Nasseristen sich zusammengeschlossen hatten, noch weitere Parteien und Einzelkandidaten. Nach wie vor sind kommunistische wie auch religiöse Organisationen verboten. Bislang waren im Parlament nur die NDP (391 Sitze) und die Neo-Wafd (57 Sitze) vertreten. Die Neo-Wafd, deren Name soviel wie Delegation heißt, nach einer Delegation, die 1919 mit den Engländern über die Unabhängigkeit Ägyptens verhandelte und deren Verhaftung die Revolution im gleichen Jahr auslöste, ist die Neugründung der alten Partei der Paschas und Grundbesitzer aus den zwanziger und dreißiger Jahren. Die Wafd wurde nach der Revolution der Militärs unter Nasser 1954 verboten. Über die Liste der Neo-Wafd gelangten bei den Wahlen 1984 acht Mitglieder der Moslembruderschaft ins Parlament, inzwischen wurde die Verbindung aufgelöst. Die Neo-Wafd ist wie alle Oppositionsparteien gegen das Camp-David-Abkommen und gegen jegliche Verträge mit Israel. In der Wirtschaftspolitik fordert die Neo-Wafd eine Reduzierung des staatlichen Sektors und seine Beschränkung auf die Schwerindustrie und den Infrastrukturbereich und befindet sich damit in der Nähe der vom IWF aufgezwungenen und von der Regierung umgesetzten Sanierungsprogramme.

Die Wahlbeteiligung lag bei knapp 40%, tatsächlich aber um die Hälfte niedriger, da überhaupt nur die Hälfte der wahlberechtigten Ägypter als Wahlberechtigte registriert wurden. Von den Wahlen ausgeschlossen waren große Teile der städtischen und ländlichen Armut, der Arbeitslosen, der Lohnabhängigen und der Alten.

Als Teil der politischen Opposition gegen Mubarak trat insbesondere die PNUP (besser bekannt als Tagammua) u.a. mit folgenden Forderungen auf: Kündigung des Friedensvertrages mit Israel; Einstellung der Zahlungen von

Militärschulden an die USA und andere Gläubiger; Demonstrationsrecht für Arbeiter; höhere Mindestlöhne und staatliche Kontrolle der Banken. Die in der PNUP zusammengeschlossenen Organisationen und Gruppen haben ihren Einfluß in den Gewerkschaften und unter den Lohnabhängigen ausgeweitet, insbesondere in den Streikbewegungen in der Textilindustrie des letzten Jahres.

Islamische Opposition

Islamische Organisationen waren unter der Regierung Nasser verboten. Sadat förderte ab 1971 Teile von ihnen als Spaltungskeil gegen die Opposition, insbesondere gegen die von vielen Kopten unterstützte größere Oppositionspartei, die Wafd. Religiöse Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen den Moslemin und den Kopten sollten die eigentliche Absicht, die brutale Niederhaltung der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften sowie der revolutionären Organisationen, ver-

nen liegen. Die Moslembruderschaft erzielte Wahlerfolge an den Hochschulen und konnte an einer Kairoer Hochschule sogar die Mehrheit erringen. Sie wird hauptsächlich unterstützt von der ägyptischen Kleinbourgeoisie und Teilen der neuen Mittelklasse. Die imperialistischen Exporte nach Ägypten haben die traditionelle Kleinbourgeoisie niederkonkurriert, so daß viele von ihnen verarmten. Auch Massen von Hochschulabsolventen stehen – im Gegensatz noch zu den siebziger Jahren – ohne Anstellung da, ebenso aus den OPEC-Staaten rückkehrende akademische Arbeitskräfte. In der Monatszeitschrift „Halbmond“ z.B. umwerben Autoren islamischer Gruppen die Intelligenz als künftige Elite. Sie kritisieren z.B., daß das politische und wirtschaftliche Gewicht der moslemischen Staaten sinke; der Beitrag der moslemischen Welt zum menschlichen Fortschritt gehe zurück; die Kreativität auf dem Feld der Wissenschaft sei „eingefroren“.

Die wachsende Verelendung der ägyptischen Massen durch die Einbindung Ägyptens in den imperialistischen Weltmarkt hat den islamischen Organisationen Tausende zugetrieben. In über 50000 Moscheen des Landes, 40000 sollen erst in den letzten Jahren



Das Ergebnis der „Politik der offenen Tür“ Sadats und Mubarak: Drückende Armut auf der einen Seite und ungeheurer Reichtum auf der anderen Seite. Zwischen 1971 und 1981 zählte die Steuerbehörde 250000 neue Millionäre bei einem Pro-Kopf-Einkommen von umgerechnet nur 300 US-\$ (Zum Vergleich: Pro-Kopf-Einkommen in Mexiko 2400 US-\$)

decken. Nach dem Abschluß des Camp-David-Abkommens gingen die meisten islamischen Gruppen und Organisationen in Opposition zu Sadat, der bei einem Anschlag einer moslemischen Gruppe getötet wurde.

Die heutige islamische Opposition besteht aus ca. 50-60 Gruppen und Organisationen. Über den größten Einfluß verfügt die Moslembruderschaft, deren Mitgliedschaft auf ca. 300000 Mitglieder geschätzt wird; ihre Anhängerschaft soll bei zwei bis drei Millio-

gegründet worden sein, haben sich islamische Vereinigungen gebildet, die z.B. freie medizinische Behandlung, freien Unterricht, die Beschaffung von Wohnungen und andere Unterstützung bieten. An den Hochschulen z.B. organisieren islamische Gruppen die Busfahrten von Studentinnen aus armen Familien zu Billigtarifen, um so das Tragen des Schleiers durchzusetzen.

In einem Interview mit der Weltwoche vom 2.4.87 legte der Führer der Moslem-Bruderschaft, Abul Nasr, eini-

ge Grundsätze seiner Organisation dar. Er forderte die Erneuerung des islamischen Bewußtseins, z.B. sollten die Prinzipien des Islam auf allen Schulstufen gelehrt werden, „um diejenigen im islamischen Geist zu erziehen, die später als Politiker und Richter Verantwortung übernehmen“. Zum „Friedensvertrag“ mit Israel führte er aus: (Er) „hat sich für Ägypten nicht ausgezahlt. Er hat ganz wesentlich zur Destabilisierung der ganzen Nahostregion beigetragen. Er war unseren Interessen nicht förderlich, führte im Gegenteil zu wachsenden Spannungen zwischen Ägypten und den anderen arabischen Staaten. Ägypten bleibt auf Dauer keine andere Wahl, als sich der nicht ausbleibenden Aggressivität Israels entgegenzustellen. Im Falle einer solchen Konfrontation wird aber Ägypten auf sich selbst angewiesen sein.“ Damit

beansprucht Nasr für Ägypten die Führungsrolle in der arabischen Welt. Die „Palästina-Frage“ nimmt im Aktionsprogramm der Moslembruderschaft einen zentralen Platz ein: „Anerkennung des Rechts, auf dem heiligen Boden von Palästina einen unabhängigen Palästinenserstaat zu schaffen, mit Jerusalem als Hauptstadt. Eine realistische Lösungsmöglichkeit gibt es nur dann, wenn beide Seiten, also auch die Palästinenser, zu ihrem Existenzrecht kommen“, d.h. auch Anerkennung Israels.

Mit der Zulassung der Moslembruderschaft in einer Wahlverbundung mit den Sozialdemokraten und den Liberalen beabsichtigt Präsident Mubarak, die islamische Opposition zu spalten und unter Kontrolle zu halten. Viele islamische Organisationen greifen anti-imperialistische Positionen und Forde-



Trotz brutaler Unterdrückung der Lohnabhängigen nimmt die Zahl der Demonstrationen und Streiks zu.

rungen nach Verbesserung der Lebensbedingungen der ägyptischen Massen auf, das macht sie für die Imperialisten und die ägyptische Bourgeoisie gefährlich.

Quellenhinweis: The Middle East, Juni 1986, August 1986, Februar 1987, April 1987; asien, afrika, lateinamerika, Berlin (DDR), 5/86; Revue Tiers-Monde, Juli/September 1985; Al Karamah, 2/86; Orient, 3/86; FAZ, 06.04.87 – (sie)

Interessen Ägyptens im Krieg Iran-Irak

Noch unter Sadat stellte sich Ägypten ab 1981 eindeutig auf die Seite des Irak im iranisch-irakischen Krieg. Er erklärte am 31.3.81, Ägypten leiste Irak „existentielle Waffenhilfe“. Bis zum 30. Juni 1982 hatte Ägypten bereits Waffen im Wert von 1,5 Mrd. US-\$ an Irak geliefert.

Seither ist die ägyptische Unterstützung weiter angewachsen. Neben Jordanien ist Ägypten der wichtigste arabische Verbündete des Irak. Ägyptische Spezialisten sind heute als Flug- und Wartungspersonal mitentscheidend für das Funktionieren der irakischen Luftwaffe. 15000 ägyptische Soldaten sind bereits direkt im Golfkrieg beteiligt; tausende Freiwillige stehen in vorderster Front in den Schützengräben. Im Februar 1987 hat Präsident Mubarak den Einsatz von weiteren 25000-30000 Soldaten für den Fall angekündigt, daß der iranische Vormarsch weiter anhalten sollte.

Gegenwärtig arbeiten über 1,25 Mio. Ägypter in der irakischen Wirtschaft. Viele arbeiten z.B. als Techniker, Wissenschaftler, Lehrer, als Angestellte in der Verwaltung und Banken, als Arbeiter auf den Erdölfeldern bereits seit Jahren dort und sind inzwischen für die irakische Wirtschaft unter den Kriegsbedingungen schwer ersetzbar geworden.

Die ägyptische Bourgeoisie beansprucht mit ihrer Wirtschaftsmacht und der größten Bevölkerungszahl die Führung innerhalb der arabischen Staaten. Über die Erlöse aus den Waffenlieferungen und die aus der Beteiligung ägyptischer Soldaten hinaus verfolgt die ägyptische Bourgeoisie in Gestalt von Beteiligungen an irakischen Unternehmen sowie mit Warenlieferungen aller Art weiter ge-

spannte Interessen, z.T. fungiert Ägypten als Drehscheibe imperialistischer Exporte in den Irak. Desweiteren zieht der ägyptische Staatsapparat einen Großteil seiner Einnahmen aus Gebühren für die Suez-Kanal-Benutzung z.B. vieler Tanker, die ihr Öl aus dem persischen Golf transportieren, bereits 1980 Einnahmen in Höhe von umgerechnet 0,7 Mrd. US-\$, das entsprach etwa einem Viertel der gesamten Exporterlöse des Landes. Noch weitaus bedeutender waren die Deviseneinnahmen, die Ägypten aus den Zahlungen der ägyptischen Arbeitskräfte in Irak zog. Etwa 10 bis 16 Prozent der ägyptischen Arbeitskräfte, die Schätzungen bewegen sich zwischen 1,7 Mio. und fast drei Mio., arbeiten im Ausland, zumeist in den arabischen Ölstaaten. Ihre Zahlungen an ihre Familienangehörigen betrugen 1982 rund drei Mrd. US-\$, dies entsprach in jenem Jahr fast 70% des Handelsbilanzdefizits des Landes. Die ägyptischen Arbeitskräfte sind zu über 50% Techniker und Wissenschaftler, 24% Arbeiter und 17% Angestellte in Verwaltung und Banken. Die Löhne und Gehälter, die diese zumeist sehr qualifizierten Lohnabhängigen z.B. in Irak erhalten, liegen durchweg um das Sieben- bis Achtfache höher als in Ägypten. Ein Sieg Irans würde Ägypten von diesen Deviseneinnahmen direkt abschneiden. Im letzten Jahr führte die Maßnahme der irakischen Regierung, die monatlichen Überweisungen ägyptischer Lohnabhängiger von 120 US-\$ auf 75 US-\$ einzuschränken, zu noch größeren Finanzierungsengpässen im Staatshaushalt Ägyptens. Zudem mußten aufgrund der wachsenden Finanzierungsprobleme Iraks monatlich z.T. mehrere zehntausend Ägypter das Land verlassen, die in Ägypten das Heer der Arbeitslosen vergrößerten.

Japan

Frühjahrsoffensive: Lohnsenkungen durchgesetzt

Die diesjährige „Frühjahrsoffensive“ – so bezeichnen die japanischen Gewerkschaftsdachverbände die alljährliche Kampagne um die Lohn- und Gehaltstarife – ist mit schlechten Abschlüssen zu Ende gegangen. Die Gewerkschaften hatten für 1987 eine Anhebung der Tarife um „mehr als 6%“ gefordert. Die durchschnittlichen Anhebungen liegen jetzt zwischen 2 und 3,5%.

Die eigentlichen Tarifabschlüsse finden auf Unternehmensebene statt, da es keine Branchentarife gibt und zudem die Gewerkschaften meist als Betriebsgewerkschaften organisiert sind. Trotz der Zersplitterung hatte die „Frühjahrsoffensive“ mit den in kampfstarken Branchen und Betrieben erkämpften Abschlüssen bislang eine vereinheitlichende Funktion, wenn auch die große Zahl der Beschäftigten in den Kleinstbetrieben davon immer ausgespart war. Seit 28 Jahren führen die Gewerkschaften die „Frühjahrsoffensive“ durch, und zeitweise hatten Streiks in den Staatsbetrieben oder der Druck der Belegschaften der Stahlindustrie Realloohnerhöhungen erzwungen, die dann in den anderen Branchen und Unternehmen übernommen wurden.

Doch schon im letzten Jahr erreichten die Mitgliedsgewerkschaften der Dachorganisation im Metallbereich

„Council of Metal Workers Union“ nach einer Forderung von 7% Abschlüsse von gerade 2-3% angesichts des Drucks wachsender Arbeitslosigkeit, von Betriebsverlagerungen ins Ausland etc. Im Schiffbau gab es überhaupt keine Anhebung der Nominallöhne. Und auch die gutverdienende Elektronikindustrie zahlte gerade 3% mehr.

In diesem Jahr haben die Betriebsgewerkschaften in der Stahlindustrie auf jede Lohnanhebung verzichtet. Ihre Forderung nach drei zusätzlichen Urlaubstagen lehnten die Unternehmen ab. Damit wird in der Stahlindustrie nur eine automatische Lohnanhebung um 1,55% wirksam. Damit war schon vorgegeben, daß auch in der Metallindustrie nur minimale Lohnerhöhungen erreicht werden konnten: Schiffbau unter 2%, Auto- und Elektro-/Elektronikindustrie zwischen 3,4% und 3,6%. Beim Autokonzern Toyota liegt die Anhebung bei 3,46%, was bei einem Durchschnittsverdienst von umgerechnet 2800 DM ca. 96 DM entspricht. Im Vorjahr hatten die Toyota-Arbeiter noch ca. 130 DM mehr erhalten.

Lediglich die Betriebsgewerkschaft der inzwischen privatisierten Telefongesellschaft NTT konnte eine Lohnerhöhung von knapp 5% erreichen – angesichts explodierender Gewinne und Börsenkurse von NTT ein Almosen. Bei der zum 1.4.87 in sieben Privatgesellschaften zerlegten japanischen Staatsbahn stehen die Tarifabschlüsse noch aus.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 10.4.87; Blick durch die Wirtschaft, div. Ausgaben – (wom)

Indien

Wahniederlage für die Kongress-I-Partei

Bei den Wahlen für die Regionalparlamente in Jammu und Kashmir, Kerala und Westbengalen mußte die Partei des Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi empfindliche Verluste einstecken. Lediglich in Kashmir konnte sich die Kongress-Partei über ein Bündnis mit der moslemischen Nationalen Konferenzpartei unter F. Abdullah halten. In Kerala (Südwestindien, Bundesstaat mit der höchsten Alphabetisierungsrate) gewann das Linksbündnis unter Führung der KPI-M (Kommunistische Partei Indiens – Marxisten) die Regierungsmehrheit, und in Westbengalen konnte die KPI-M ihre bestehende absolute Mehrheit ausbauen („nicht zuletzt auch wegen der ... Verbesserung des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung“; NZZ, 27.3.87).

Da R. Gandhi sich höchstpersönlich intensiv an der Wahlkampagne beteiligt hatte und da die Opposition sich

auf Forderungen gegen das Regierungsprogramm der weiteren Öffnung gegenüber imperialistischen Konzernen und für die Rechte der Bauern und arbeitenden Bevölkerung konzentriert hatte, sind die Ergebnisse beachtenswert. Im Süden Indiens hat die Kongress-Partei in keinem Bundesland mehr eine regierungsfähige Mehrheit.

In einer Stellungnahme zu dem Ergebnis hat R. Gandhi allerdings keinen Zweifel gelassen: „Die Wirtschaft hat sich gut entwickelt. Im zweiten Jahr seit der Amtsübernahme ist das Brutto-sozialprodukt um 5% und die industrielle Produktion um mehr als 8% gewachsen. Aber ich habe das Gefühl, daß Ertrag, Produktivität und Einkommen schneller steigen müssen ... Wir haben viel zu lange geschützte Märkte gehabt ...“ (Newsweek, 6.4.87)

Da er sich erst 1989 erneut zur Wahl stellen muß, kann Gandhi augenblicklich noch, auf seine komfortable Mehrheit im Kongreß gestützt, regieren. Allerdings scheint die Kongress-I-Partei selbst mit dem rasanten „Erneuerungskurs“ Schwierigkeiten zu haben. Ältere Abgeordnete fürchten um ihre Pfründe und scheinen sich bei den Wahlen z.T. erbittert bekämpft zu haben. Wesentlicher aber dürfte sein, daß sich die Regierung R. Gandhis in den letzten Monaten gegenüber oppositionellen Äußerungen Maßnahmen geleistet hat, die aus der Amtszeit Indira Gandhi noch allzu bekannt sind. Staatspräsident Zail Singh hatte sich geweigert, ein Gesetz zur Einschränkung des Briefgeheimnisses und zum Abhören von Telefongesprächen zu unterzeichnen, da er bürgerliche Freiheiten gefährdet sah. Der Inhaber des „Indian Express“, der einen entsprechenden Offenen Brief des Staatspräsidenten veröffentlichte, wurde unter einem Vorwand verhaftet. Ein Reporter derselben Zeitung, der sich kritisch über Machenschaften des größten indischen Privatunternehmens (Reliance Industry Group) ausließ, wurde wegen Verstoßes gegen das Sicherheitsgesetz für Staatsgeheimnisse am 13. März verhaftet.

Die Opposition hat es wohl klarer verstanden, sich gegen politische Maßnahmen der Zentralregierung (Öffnungspolitik, Rationalisierung, Verarmung, Verschuldung) zusammenzutun. Früher war es vornehmlich die Kritik an der Person Indira Gandhis gewesen. Jetzt ist sicher, daß die Regierung Gandhi ihre Politik mit einem Ausbau des Sicherheitsapparates und der Unterdrückung durchzusetzen sucht.

Im Juni sind in Haryana (Nordwestindien) – bislang eine Kongress-Bastion – Wahlen. Ob es der Opposition gelingt, über ihre parlamentarische Orientierung hinauszukommen, wird sich hier zeigen.

Quellenhinweis: NZZ, 27.3.87; Newsweek, 6.4.87. – (cog)

Österreich

Im Dreisprung in die EG

Die Stimmen der österreichischen Kapitalisten für einen Beitritt in die EG werden lauter. Insbesondere im Zusammenhang mit der Schaffung des EG-Binnenmarktes sehen sie sonst ihre Profite davonschwimmen. Im Herbst 1986 forderte der Sprecher der „Jungen Industrie“ in der Industriellenvereinigung: „Die nächste Bundesregierung muß Österreichs Mitgliedschaft bei den Gemeinschaften beantragen.“

Noch Anfang 1986 wurde der damalige Außenminister Jankowitsch (SPÖ) innerparteilich gerügt, weil er sich auf einer KSZE-Konferenz für die Mit-



ÖVP-Rechtsaußen Khol mit Teilen seiner Familie

gliedschaft Österreichs in der EG aussprach. In der Regierungserklärung von SPÖ und ÖVP hob Bundeskanzler Vranitzky Ende Januar dies als wesentlichen Schwerpunkt hervor. Kurz danach reiste Außenminister und Vizekanzler Mock (ÖVP) zu Konsultationen mit der EG-Kommission nach Brüssel. Anfang März wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe für europäische Integration gegründet, der auch Vertreter der Nationalbank angehören.

Der von den Alliierten 1955 verabschiedete Staatsvertrag schließt eine EG-Mitgliedschaft eindeutig aus. Er verpflichtet Österreich zu immerwährender Neutralität und verbietet jegliche Form des Anschlusses an Deutschland.

Im Europa-Archiv 24/86 veröffentlichte Andreas Khol einen zehnteiligen Artikel zu diesem Thema. Khol ist Direktor der Politischen Akademie Wien, als Mitglied der ÖVP im Nationalrat und Berater von Außenminister Mock. Seit Jahren hat er sich im Nationalrat

für die Annäherung an die EG ausgesprochen. In seinem Artikel unterbreitet er ein Konzept von „drei Sprüngen“, um die Mitgliedschaft in der EG zu erlangen. Der erste Sprung ist „die weitgehende Angleichung ... Es handelt sich hier um die Ausnutzung der bilateralen Instrumente, also der intensivierte Vertragsabschlüsse und Regelungen mit der EG auf der Grundlage und im Geiste des gegenwärtigen Handelsvertrages.“ Der Handelsvertrag wurde 1973 geschlossen und beinhaltet den Freihandel industrieller Produkte. Khol möchte diesen auch auf Agrarprodukte ausgedehnt wissen. Als Erfolg des ersten Sprunges sieht er bereits die Mitarbeit Österreichs an den Projekten EUREKA, ESA und ESPRIT. – Der zweite Sprung ist „die Teilintegration“, das bedeutet „die Mitarbeit Österreichs im Bereich der Europäischen Politischen Zusammenarbeit“. Ferner „müßte es in Fragen des Binnenmarktes zur Erarbeitung eines neuen Beschlußverfahrens kommen, das Österreich in das Verfahren einbaut, wenn es um die Erarbeitung von Gemeinschaftsregelungen geht“. Österreich soll in den Organen der EG einen Beobachterstatus erlangen, wie ihn auch Spanien und Portugal während der Übergangszeit einnahmen. – Als dritten Sprung sieht Khol „die institutionelle Ausgestaltung“. In einem Vertrag soll die Zusammenarbeit mit der EG abgesichert werden. „Wesentlicher Inhalt dieses Vertrages müßte eine ... Einbindung in das Beschlußverfahren der EG sein ... Der Inhalt eines solchen Vertrages kann nach EG-Recht beliebig gestaltet werden; er kann bis an die Mitgliedschaft heranreichen.“

Eventuellen Einwänden der Sowjetunion hält Khol entgegen: „Wenn selbst die Länder des Warschauer Paktes versuchen, ein intensiveres Verhältnis zur EG zu erreichen, können sie Österreich Analoges nicht vorwerfen.“
Quellenhinweis: Europa-Archiv, 24/86; Profil, 47/86; Neue Zürcher Zeitung, 12.3.87 – (rua)

Frankreich

Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Auf einer seit mehreren Wochen von der kommunistischen Gewerkschaft CGT vorbereiteten Demonstration protestierten am 22.3. in Paris Lohnabhängige aus allen Branchen und aus ganz Frankreich gegen den Abbau der Sozial- und Krankenversicherung. Die PCF spricht von mehr als einer Million Teilnehmern. Außer der CGT nahmen etliche andere Organisationen teil, z.B. FEN (Lehrgewerkschaft), Arbeitslosenkomitees, studentische Organisationen, ausländische Arbeiter, Abordnungen der Ärzte und des Krankenpflege-

personals, Behindertenvereinigungen, Rentner. Die Protestbewegung richtet sich gegen die schon verabschiedeten und noch geplanten Maßnahmen des Sozial- und Gesundheitsministeriums zur Deckung des Defizits in der Sozialversicherung und der umfassenden Kostendämpfung im gesamten Gesundheitswesen. Das betrifft die medizinische Versorgung der gesetzlich Versicherten (wie bereits berichtet, werden die Rückerstattung von Medikamenten- und Arztkosten verringert, „kleine OP's werden nicht mehr voll rückerstattet etc.“). Gesundheitsministerin Barzach kündigt eine großangelegte Krankenhausreform an. Danach ist geplant: – Verkürzung der Verweildauer durch „Fortschritte in der Chirurgie“, – Alternativen zum Krankenhausaufenthalt, – Bettenabbau, – alte Menschen „nicht mehr hospitalisieren“, – Reform der Krankenhausverwaltung nach privaten Gesichtspunkten, – Privatisierung von bestimmten Bereichen (Wäscherei, Küche), um bis zu 20% der Kosten einzusparen, – weitgehende Arbeitszeitflexibilisierung für das Krankenhauspersonal je nach

Arbeitsanfall. Darüberhinaus soll im Oktober eine Änderung des Medizinstudiums in Kraft treten, die eine Verschlechterung der Ausbildung der Allgemeinmediziner zur Folge hätte. Dagegen rufen Medizinstudenten zu einem Streik am 8.4. auf.

1986 stiegen die Ausgaben im Gesundheitswesen um 4%, aber zum erstenmal seit langem wächst der Gesundheitsanteil am Bruttoinlandsprodukt nicht, er stagniert bei 8,1%. Weiter ist eine Verminderung des sozialen Netzes festzustellen. Während der Anteil der gesetzlich Versicherten von 1980 77,1% auf 1986 76,2% sank, stieg der Anteil der bei den „Mutuelles“ Versicherten von 3,9% auf 4,4%, derjenige der Privatversicherten von 16,7% auf 18%. Die Regierung schlägt vor, das Defizit der Sozialversicherung mittels Besteuerung, z.B. der Renten, zu füllen. Die PCF fordert dagegen: – Besteuerung des Kapitals, – Zahlung der Sozialversicherung durch die Kapitalisten, – Vollbeschäftigung.

Quellenhinweis: „l'Humanité“, 23.3., 01.04., 03.04.87; „Le Monde“, 10.04.87; „Le Figaro“, 23.3.87 – (sur)

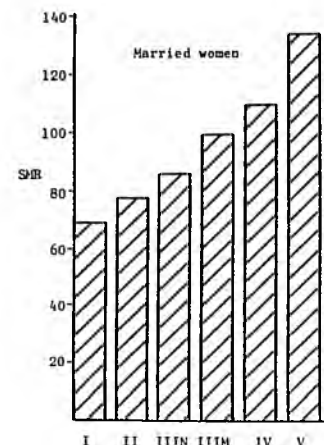
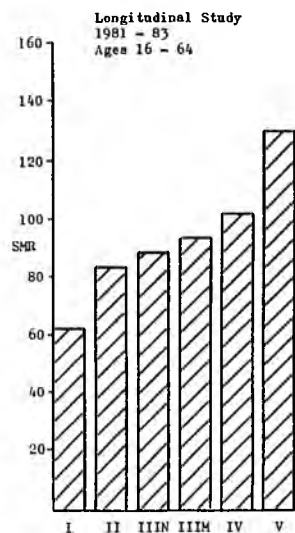
Großbritannien

Arme sind mehr krank und sterben eher als Reiche

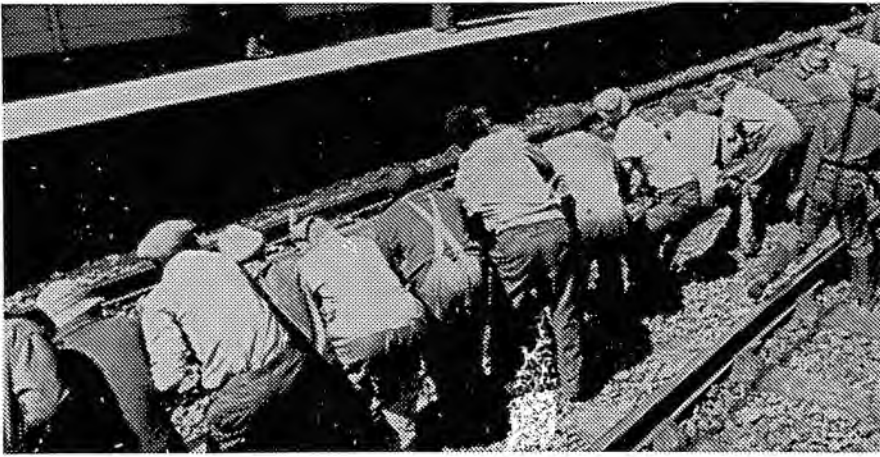
Kurz vor seiner Auflösung veröffentlichte der britische „Health Education Council“ (HEC) im März eine weitere Analyse über den Zusammenhang von sozialer Lage und Gesundheit. Die bislang unabhängige, aber staatlich finanzierte Organisation war vor allem im Bereich Gesundheitsberatung und -untersuchung tätig. Am 1. April wurde sie als Behörde („Health Education Au-

thority“) in den staatlichen Gesundheitsdienstes National Health eingegliedert und unterliegt damit der direkten Dienstaufsicht des Gesundheitsministers.

Der vorgelegte Bericht „The Health Divide“ („Spaltung nach Gesundheit“) setzt eine 1980 erschienene Untersuchung fort, die sich mit der Situation Anfang der siebziger Jahre befaßte.



Sterblichkeitsrate nach sozialer Stellung im Vergleich zu durchschnittlicher Sterblichkeit (= 100). Linkes Bild: Männer von 16-64 Jahren 1981 bis 1983; rechtes Bild: Frauen von 20 bis 59 Jahren, 1979 bis 1983. Siehe Artikel für Erläuterung der Klasseneinteilung.



Der seit vier Wochen anhaltende Eisenbahnerstreik im Umkreis von Johannesburg (Südafrika) hat sich Anfang April auf das Geschäftszentrum selbst ausgebreitet. Im Februar hatten 800 Arbeiter auf einer Versammlung der Eisenbahnergewerkschaft das Wanderarbeitssystem verurteilt und beschlossen, die Arbeit niederzulegen, wenn die Verhaftungen von Gewerkschaftsmitgliedern fortgesetzt würden. Eisenbahner verdienen selbst nach 20 Jahren Beschäftigung nicht mehr als 480 Rand/Monat (435 DM). Den Eisenbahnern haben sich ca. 7000 Postarbeiter im Raum Johannesburg angeschlossen. Sie fordern auch für den Postbereich die Abschaffung diskriminierender Apartheidbestimmungen. – (and)

Australien: Lohnsenkungen durchgesetzt

Australiens halbstaatliche Lohn- und Schlichtungskommission, in der neben Gewerkschaften und Arbeitgebern auch die Labour-Regierung vertreten ist und deren Entscheidungen für die Tarifparteien bindend sind, hat Lohnrichtlinien festgelegt, die einen Sockelbetrag für alle Beschäftigten von ca. 12 DM pro Woche und zusätzlich prozentuale Erhöhungen der Löhne und Gehälter von bis zu 4% vorsehen, sofern der Produktivitätszuwachs in der Branche es gestattet. Die Durchschnittsverdienste steigen dadurch 1987 nominal um etwa 6%. Die Preissteigerungsrate in Australien liegt gegenwärtig bei 10%. Nach der

Kommissionsentscheidung stieg der Kurs des australischen Dollar. – (wom)

Griechenland: Enteignung von Kirchenland

Die griechische sozialdemokratische Regierung Papandreou beabsichtigt, die umfangreichen Besitzungen der griechisch-orthodoxen Kirche, darunter 150000 ha ungenutztes Land sowie Grund- und Hausbesitz in den Städten, und die der abgesetzten Königsfamilie zu enteignen. Ein Teil des landwirtschaftlichen Besitzes soll an Bauern verteilt werden. Dagegen mobilisierten rechte Oppositionsparteien, Monarchisten und der Klerus 150000 Menschen zu einer Demonstration in Athen. – (sie)

Schweiz: Mehrheit für verschärftes Asylgesetz

In einer Volksabstimmung bestätigten am 4. April rund 1,1 Millionen Schweizer eine im Juni 1986 vom Bundestag in Bern beschlossene Verschärfung des Asylgesetzes, 570000 stimmten dagegen. Das Referendum über die vom konservativ-liberalen Bürgerblock durchgesetzte Gesetzesrevision wurde – entsprechend der Schweizer Verfassung – nötig, nachdem linke, humanitäre und kirchliche Organisationen und Initiativen, darunter die sozialdemokratische SP, etwa 60000 Unterschriften dagegen gesammelt hatten. Trotz der Abstimmungsniederlage werten fortschrittliche Kreise das Ergebnis als Zeichen dafür, daß der Widerstand gegen die Asylpolitik der Regierung wächst. Seit Jahren wächst der staatliche Druck auf die in die Schweiz einreisenden Flüchtlinge, die hauptsächlich aus Kurdistan, Sri Lanka und Zaire stammen. Gaben die Behörden noch 1982 acht von zehn Asylgesuchen statt, so wird gegenwärtig von zehn Flüchtlingen nur noch ein Flüchtling anerkannt. Der Bürgerblock hat jetzt, propagandistisch unterstützt von der faschistischen „Nationalen Aktion“, weitreichende Unterdrückungsmaßnahmen durchgesetzt: Unter anderem erhält der Bundesrat das Recht, bei „außerordentlich großem Zustrom“ von Flüchtlingen die Grenzen vollständig dicht zu machen. Bisher war das nur in Kriegs- oder Krisenfällen möglich. Weiter dürfen Emigranten nach dem revidierten Gesetz nur noch über bestimmte Grenzübergänge einreisen. Schließlich können jetzt von der Flüchtlingsbehörde nicht anerkannte Asylbewerber auf den bloßen Verdacht hin, sie könnten sich der Abschiebung entziehen, ins Gefängnis gesteckt werden. – (jüg)

Der Bericht trägt alle wichtigen medizinischen Untersuchungen auf diesem Gebiet zusammen und weist nach, daß die Unterschiede in Gesundheit und Lebenserwartung noch schärfer geworden sind.

Grundlage für die Untersuchung der Sterblichkeit waren die fünf sozialen Kategorien des britischen statistischen Amtes (Registrar General). Klasse I umfaßt „Professionals“, z.B. Rechtsanwälte, Steuerberater, Ärzte. Klasse II sind die sog. „mittleren“ Beschäftigten, z.B. Manager, Lehrer, Krankenschwestern. Klasse III die „ausgebildeten nicht manuell Arbeitenden“, darunter werden z.B. Sekretärinnen und Verkäuferinnen gefaßt. III M sind „ausgebildete manuell Arbeitende“ (z.B. Bergleute, Busfahrer, Koch). Klasse IV „angelernte manuell Arbeitende“ (Landarbeiter, Verpackungsarbeiter), Klasse V „ungelernte manuell

Arbeitende“, darunter Reinigungs- und Hilfsarbeiter.

Ausgehend von einer „Standard-Sterblichkeitsrate“ von 100, die der Sterblichkeitsrate der gesamten Bevölkerung entspricht, stellt sich heraus, daß bei Männern (zwischen 16 und 64) in der Klasse I die Sterblichkeitsrate unter 65 vom Hundert des Standards beträgt, während sie bei Männern der Klasse IV und V weit über 100 ausmacht – bei Klasse V sogar knapp 130. Bei Frauen (20 bis 59 Jahre) ist die Spaltung ähnlich scharf, Klasse I ist bei 70, Klasse IV bei 110, Klasse V bei 135 (siehe Schaubild).

Nach einer Untersuchung, die zwischen manuell und nicht manuell arbeitenden Männern unterscheidet, liegt die Sterblichkeitsrate von nicht manuell Arbeitenden etwa ein Drittel unter der Sterblichkeitsrate von manuell Arbeitenden. Eine Langzeituntersuchung über Geburten, Krebs und To-

desfälle von 1% der Bevölkerung von England und Wales, die 1971 begonnen wurde, zeigt, daß Rentner aus der Klasse V eine Sterblichkeitsrate von 50% über der von Rentnern aus Klasse I aufweisen.

„Die Untersuchung zeigt, daß alle wichtigen Krankheiten mit Todesfolgen die ärmsten Schichten der Beschäftigten stärker als die reichen treffen“, heißt es im HEC-Bericht. Dies ist nachweisbar für 65 von 78 Krankheitskategorien, nur bei einer, nämlich Hautkrebs, gibt es einen entgegengesetzten Trend. „Man kann eindeutig feststellen: Die sogenannten 'Wohlstandskrankheiten', sind nahezu verschwunden, was übrig bleibt ist eine allgemein schlechtere Gesundheitslage der Armen“ (S. 13).

Eine im HEC-Bericht zitierte Untersuchung über den allgemeinen Gesundheitszustand, die sich auf eine andere Gruppeneinteilung stützt und

Mexiko: Zusammenschluß linker Organisationen

Ende März schlossen sich fünf linke Organisationen zur Mexikanischen Sozialistischen Partei (PMS) zusammen. Die Einigungsversammlung von PSUM, Zusammenschluß zweier kommunistischer Organisationen, PMT, PPR, MRP und UIC fand vor über 5000 Delegierten unter der Losung „Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Revolution“ statt. Mitte des Jahres soll der erste Parteitag der neugegründeten PMS stattfinden. Die Gespräche mit einer weiteren linken Organisation, der trotzkistischen PRT, werden fortgeführt. – (sie)

Brasilien: Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung

Die Streiks der Erdölarbeiter und der Hafenarbeiter endeten Mitte März überwiegend mit einer Lohnerhöhung von 120% sowie Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und -sicherheit. In einigen Häfen ist die Lage noch ungeklärt. Gegen beide Streiks setzte die Regierung Militär ein, nachdem der Oberste Gerichtshof sie für illegal erklärte. Seit Ende März streiken die über 700000 Bankangestellten für eine Lohnerhöhung von 100%, ihr derzeitiger Durchschnittslohn liegt bei umgerechnet 595 DM. Auch diesen Streik erklärte der Oberste Gerichtshof für illegal. Präsident Sarney wies die staatliche Bank von Brasilien an, täglich 100 Streikende zu entlassen. Die Metallgewerkschaften konnten jetzt einheitlich für die Metallindustrie die 44-Stunden-Woche durchsetzen, hingegen nur geringere Lohnerhöhungen von 34,1% (real unter 5%). Bereits 1985 erzielten die Gewerkschaften Einzelabschlüsse zwischen 42 und 48 Stunden/Woche mit Ausnahme z.B. bei VW, Ford, Mercedes, Fiat. Diese Konzerne wollen

die dritte Schicht durchsetzen und weiter rationalisieren. VW entließ bereits 1000 Arbeiter. Mercedes entläßt derzeit 150 pro Monat. Ford plant die Entlassung von einem Viertel der Belegschaft. – (sie)

Bananenarbeiter in Kolumbien im Ausstand

Die im letzten Monat in der Provinz Uraba im Nordosten Kolumbiens begonnenen Streiks der Bananenarbeiter verhinderten die Auslieferung von 70% des gesamten Bananenexports eines Jahres, dessen Gesamtwert 200 Mio. US-\$ beträgt. Der Bananenanbau ist

das zweitwichtigste Agrarprodukt des Landes. Kolumbien ist der viertgrößte Bananenproduzent der Welt; 90% der Bananen werden in der Provinz Uraba gepflanzt. Die Arbeiter streiken gegen die 700 Morde an Landarbeitern und Gewerkschaftern im letzten Jahr und für menschenwürdige Lebensbedingungen. Auf den Plantagen gibt es kein sauberes Wasser und keinen elektrischen Strom. Mehrere Arbeiterfamilien müssen sich einen einzigen Raum teilen. In den Ansiedlungen breiten sich Malaria und andere Epidemien aus. Ein Gesundheitswesen ist praktisch nicht vorhanden. – (T.L.)



Die spanische Regierung kommt mit ihrem EG-Integrationskurs in Schwierigkeiten. Z.Zt. stehen die Arbeiter der metallverarbeitenden Industrie und die Beschäftigten im Gesundheitswesen im Ausstand. Für die Osterwoche hat der Sektor Transport und Verkehr wegen der miserablen Regierungsangebote von 3-5% Lohnerhöhung Streiks angekündigt. 350000 Reisende werden direkt davon betroffen sein, ca. eine Million Urlauber müssen umdisponieren. Darüberhinaus erklärt die Gewerkschaft CCO, der Treibstoffnachschub werde blockiert. Der Streikschaden der letzten Wochen wird auf umgerechnet 357 Mio. DM geschätzt. Neben Lohnforderungen richten sich die Kampfmaßnahmen gegen die Tatenlosigkeit der Regierung gegenüber der erdrückenden Arbeitslosigkeit. (Bild: Die Lufthansa fliegt als Streikbrecher weiter spanische Flughäfen an.) – (gem)

von sechs sozialen Kategorien ausgeht, kommt zu bestätigenden Ergebnissen. Während von den Männern in der höchsten Sozialkategorie nur 25% chronische Krankheiten haben, sind es etwa 32% bei den angelernten und 37% bei den ungelernten Arbeitern. Bei Frauen reicht die Spannweite von 22% bis 46% (S. 15). Eine Untersuchung von 17000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weist die höchsten Sterblichkeitsraten für die untersten Gehaltsgruppen nach. (S. 14).

Noch vielfältige Beispiele aus der 119 Seiten umfassenden Untersuchung könnten angegeben werden, z.B.

- daß arme Männer und Frauen schlechtere Aussichten als Reiche haben, eine Krebserkrankung zu überleben,
- daß der Anteil von Menschen aus Klasse I ohne natürliche Zähne bedeutend geringer als in Klasse IV und V ist,

- daß die Säuglingssterblichkeit bei Familien der Gruppe V fast doppelt so hoch ist wie bei denen der Gruppe I (12,5 pro 1000 Lebendgeburten zu 6,5/1000 für 1984) (S. 10).

Auch die Gesundheit von Arbeitslosen ist schlechter als die im Durchschnitt. 28% haben langfristige Krankheiten, verglichen mit 25% im Schnitt. Die Kinder von Arbeitslosen weisen ebenfalls einen weitaus schlechteren Zustand auf. Die Sterblichkeitsraten von Arbeitslosen sind höher, mit sehr hohen Zahlen bei Lungenkrebs, Herzkrankheiten und Selbstmord. Die Studie ist sehr vorsichtig in der Interpretation dieser Werte, z.B. ob Arbeitslosigkeit die wesentliche Ursache ist.

Einen längeren Abschnitt widmen die Autoren den allgemeinen Ursachen des schlechteren Gesundheitszustandes der ärmeren Menschen. Als Faktoren werden u.a. schlechte Wohnverhältnisse und Einkommen genannt, dabei vor

allem die Auswirkungen auf die Ernährung. Mit den Arbeitsverhältnissen beschäftigt sich die Studie dagegen nicht.

Nachgewiesen wird u.a., daß in armen Haushalten weniger Obst, Gemüse und Lebensmittel mit hohem Anteil an Ballaststoffen gegessen werden. Eine Studie unter 1000 Familien mit Niedrigeinkommen fand heraus, daß ein Viertel von ihnen nicht jeden Tag eine Hauptmahlzeit zu sich nahm, genau wie vier von zehn Arbeitslosen. Eine ebenfalls zitierte langfristige Studie konnte einen direkten Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Lebensmitteln und dem Größenwachstum der Kinder nachweisen.

Quellenhinweis: Health Education Council, The Health Divide, Inequalities in Health in the 1980's, A review prepared by Margaret Whitehead, Health Education Council, 78 New Oxford Street, London WC1A 1AH – (hef)

Boxberg-Urteil

Arbeitsmarktstruktur nicht von Teststrecke abhängig

Boxberg. Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März zur von Daimler-Benz und Landesregierung geplanten Teststrecke kann das 300-Millionen-Projekt in nächster Zeit in Boxberg jedenfalls nicht gebaut werden. Fast zehn Jahre Widerstand haben dies möglich gemacht. Die von Ministerpräsident Späth erhofften Gespräche über einen freiwilligen Grundstückstausch werden nicht stattfinden. Die Daimler-Benz AG hat am 2. April erklärt: „Daimler-Benz hat keine Verzichtserklärung auf die geplante Teststrecke im Raum Boxberg/Assamstadt abgegeben. Wir haben allerdings erklärt, daß wir keine ‚Lex Boxberg‘ wollen. Nun ist die Landesregierung am Zuge sich zu erklären.“

Der Kreisvorstand der SPD-Main-Tauber hat für den nächsten Landesparteitag einen Antrag beschlossen, in dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, einen Strukturentwicklungsplan aufzustellen, der „die neuen Gegebenheiten erfolgversprechend berücksichtigt“. Die Landtagsfraktion der Grünen fordert „mit Hilfe von Landesmitteln und einer vernünftigen Planung den Eigenarten des ländlichen Raumes angepaßte Arbeitsplätze zu schaffen“. Der Kreisvorstand der Grünen befürchtet, daß die Arbeiten auf der Grundlage eines noch zu schaffenden Gesetzes weitergehen werden, da sich die Teststrecke optimal militärisch nutzen läßt.

Der öffentliche Druck auf die 15 Kläger verschärft sich erheblich und nimmt pogromartige Züge an. Auf der Kundgebung der „Initiative für die Teststrecke“ am 29. März mit ca. 1500 Teilnehmern wurde versucht, eine Stimmung herzustellen in Richtung Volksgemeinschaft für Daimler-Benz – und wehe, wer sich außerhalb stellt! CDU-Landrat Denzer forderte den Bundschuh auf, endlich zur Vernunft zu kommen und hofft auf ein langes Leuchten des „Sterns“. Es sei „das dollste Urteil“, das er je gelesen habe. Der Bürgermeister sieht schon ein Verschwinden der Arbeitsplätze und heizt damit die Stimmung auf. Mit Leserbriefen in der örtlichen Presse werden die Bauern persönlich angegriffen und beschimpft, der Bundschuh-Geschäftsführer wurde am 4. April überfallen und verletzt. Möglich ist dies alles aufgrund der tiefen Spaltung in Gegner und Befürworter der Teststrecke. Schon seit Jahren werden die Gegner der Teststrecke als Gegner von Arbeitsplätzen dargestellt. Die über dreißigjährige Vernachlässigung des ländlichen Raumes durch die Landesregierung hat diesen immer weiter ausgedünnt. Entgegen den Tatsachen wird der Eindruck erweckt, daß es nur mit der Teststrecke neue Arbeitsplätze geben könnte.

Am 2. Mai findet die nächste Mitgliederversammlung des Bundschuh statt. Es wird dort sicher auch besprochen, welche Ansprüche an die Landesregierung zu stellen sind, um einen Ausgleich für das rechtswidrige Vorgehen von Daimler-Benz und Späth zu erhalten. – (mah)

*

Leitsätze des BVG vom 24.3.1987

1. Das Bundesbaugesetz läßt eine Enteignung mit dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und dadurch die regionale Wirtschaftsstruktur zu verbessern, nicht zu.
2. Eine Enteignung zugunsten eines privatrechtlich organisierten Unternehmens ist nicht schon deswegen unzulässig, weil sich der Nutzen für das allgemeine Wohl nicht aus dem Unternehmensgegenstand selbst ergibt, sondern nur mittelbare Folge der Unternehmenstätigkeit ist. Erforderlich ist jedoch nach Art. 14 Abs. 3 Satz 2 GG ein Gesetz, das den nur mittelbar verwirklichten Enteignungszweck deutlich umschreibt ... Das Fehlen einer gesetzlichen Konkretisierung des Enteignungszwecks, der Mangel an materiellen und verfahrensrechtlichen Vorgaben des Gesetzgebers für

die Gemeinwohllaktualisierung sowie der Ausfall gesetzlicher Regelungen zur Sicherung des Enteignungszwecks zwingen zu dem Schluß, daß der Gesetzgeber eine Enteignung zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen nicht zugelassen hat ... Dem Gesetzgeber bleibt jedoch – hält er ein solches Großprojekt für durchsetzungsbedürftig, den Weg über ein allgemeines Enteignungsgesetz aber nicht für gangbar – die Möglichkeit eines auf dieses Projekt beschränkten Gesetzes (1 BvR 1046/85).

*

Pressekommentare vom 25. März 1987

Handelsblatt: „Daimler-Benz selbst wird keinen unzumutbaren Schaden erleiden dadurch, daß im Fall Boxberg zugunsten des Freiheitsrechts auf Eigentum entschieden wurde. In gewissem Sinn ist dies für ein erklärtes Privatunternehmen ja auch eine positive Entscheidung. Es geht deshalb nicht um Kategorien wie Triumph oder Niederlage, sondern um die nüchterne Planung von Alternativen, die der Situation des Großunternehmens in einem dichtbesiedelten Land mit einer umweltbewußt gewordenen Bevölkerung gerecht werden. Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine unternehmerische Aufgabe, die gelöst werden muß.“

Süddeutsche Zeitung: „Die Rechtsordnung wird durch den Spruch weder erschüttert noch verändert. Das Gericht hat schon früher (zuletzt 1981) gesagt, daß Enteignungen auch zugunsten von Privaten zulässig sind, daß der Gesetzgeber dann aber die Voraussetzungen genau festlegen muß“

Fränkische Nachrichten: „Gerade der Main-Tauber-Kreis nimmt im wirtschaftlichen Gefälle des Südwestens keinen der vorderen Plätze ein; die von Daimler-Benz geplanten 1000 Arbeitsplätze hätten der Region zu neuem Auftrieb verholfen, der jungen Generation eine Zukunftsperspektive in ihrer Heimat eröffnet.“

Offener Brief des BUNDSCHUH an Späth

Dieser Brief wurde unterschrieben von den 15 beschwerdeführenden Bauern stellvertretend für über 150 Widerspruchsführer gegen die Teststrecke.

„Wir stehen gerne zu einem Gespräch mit Ihnen bereit, allerdings nicht über die Teststrecke, denn dazu hat das Bundesverfassungsgericht sein Urteil gesprochen, und dabei soll es bleiben ... Wir schlagen Ihnen folgende Themenbereiche vor:

– Bisher sind im Verlauf unseres Widerstands gegen die Teststreckenplanung etwa 500 Arbeitsplätze im Raum Boxberg/Assamstadt eingerichtet worden. Diese Arbeitsplätze müssen gesichert und um die versprochenen weiteren 350 erweitert werden. Die Ansiedlung der Zulieferbetriebe ist nicht von der Existenz der Teststrecke abhängig. Ihr Schicksal ist daher auch nicht mit dem Schicksal der Teststrecke verknüpft. Wir fordern von der Landesregierung, daß sie die Erwartungen, die sie hier geweckt hat, auch erfüllt.

– Der Seehof ist unter der Regie der Bundschuh-Genossenschaft als biologischer Musterbetrieb einzurichten. Wir erwarten, daß das Land die nötigen Flächen bereitstellt, so daß der Seehof zu einem Zentrum des ökologischen Landbaus wird.

– Die von der Daimler-Benz AG rechtswidrig erworbenen landwirtschaftlichen Flächen sind den ortsansässigen Landwirten, besonders den Vollerwerbsbetrieben, zu üblichen Preisen anzubieten. Wir erwarten, daß damit vorrangig der biologische Landbau gefördert wird.

– Der mutwillig zerstörte Wald ist unverzüglich mit Mischwald wieder aufzuforsten. Die entstandenen Schäden sind zu beseitigen bzw. zu ersetzen.

... wir bitten Sie dringend, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Vertreter der Öffentlichkeit, der Gemeinden und des Kreises, ihre Hetze gegen das Bundesverfassungsgericht und die Beschwerdeführer sowie die übrigen Mitglieder des Bundschuh beenden und sich für eine echte Versöhnung einsetzen. Wir reichen allen Gegnern von gestern die Hand zu einer friedlichen und gemeinsamen Zukunft“.

Selbst das Denken ist verboten!

Hannover. Auf einer Rundreise durch die BRD berichtete eine Vertreterin der azanischen Hausangestellten-gewerkschaft SADWU über die Schikanen und Demütigungen, denen die 2 Mio. Hausangestellten (90% Frauen) ausgesetzt sind. 54% der schwarzen Frauen sind gezwungen, sich als Dienstmädchen zu verkaufen. Völlig rechtlos, sind sie ganz und gar der Willkür ihrer Unterdrücker unterworfen. Trotz ihrer Isolation in den verschiedenen weißen Haushalten ist es gelungen, im November 1986 eine landesweite Gewerkschaft zu gründen. 20000 sind bis jetzt dort organisiert. Die SADWU ist dem Dachverband COSATU angeschlossen. Sie kämpft für die arbeitsrechtliche Absicherung der Hausangestellten. Sollten bis zum 1. Mai die Forderungen nicht erfüllt sein, wird ein „Tag des nationalen Protestes“ ausgerufen. Die Vertreterin der SADWU rief die ca. 80 Teilnehmer der Veranstaltung auf, mit Briefen an den südafrikanischen Arbeitsminister ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Zur Unterstützung der SADWU wurden 450,- DM gesammelt. – (mpu)

Landesweites Treffen der NPD und DVU

Itzehoe. Zum 28.3. lud der „Freundeskreis ein Herz für Deutschland“ zu einem Treffen mit dem Bundesvorsitzenden der NPD Mußnug ein. Dort sollten „die Aktivitäten der NPD in den bevorstehenden Landtagswahlen erörtert“ und die vereinbarte Zusammenarbeit mit der DVU besprochen werden. Zwei Tage vorher erfuhren Antifaschisten davon. Die frischen Ansätze einer landesweiten Zusammenarbeit im antifaschistischen Kampf konnten sich sogleich bewähren. Durch telefonische Mobilisierung kamen über 100 Antifaschisten von Autonomen, DKP, Volksfront, VVN-BDA bis hin zur SPD nach Itzehoe. In einem Aufruf, wie bei der Kundgebung vor dem Lokal wurden das Verbot und die Auflösung der Zusammenrottung, Auflösung aller faschistischen Parteien gem. 139 GG und die Verhinderung der Kandidaturen faschistischer Parteien zu den Landtagswahlen in SH gefordert. Die Polizei sorgte mit Knüppelinsatz dafür, daß die Nazis ins Lokal kamen. Dabei wurde ein Kundgebungsteilnehmer festgenommen. Die Polizei ließ, als eine Delegation die Freilassung forderte, durchblicken, daß sie „Gewalttäter aus der Menge“ haben wollte. Die Demonstranten beschlossen daraufhin, eine Abschlußkundgebung abzuhalten und geschlossen abzurücken, um eine Spaltung und weitere Festnahmen zu vermeiden. Die Faschisten bedankten sich mit einem Kaffeständchen bei den Polizisten. – (sip)



Kiel. Am 1.4. demonstrierten in Kiel (Bild) rund 3000 Schüler gegen die von den CDU-Kultusministern geplanten Abitur-Verschärfungen. Am gleichen und am nächsten Tag fanden in Lübeck und Schleswig Demos (je 700 Teilnehmer) sowie in den genannten Orten und in Neumünster Schulstreiks statt, die an einigen Schulen den Unterricht lahmlegten. – (uga)

Demonstration gegen Aids-Politik in Bayern

München. Mit einer Demonstration – „die bayerische Staatsregierung bekämpft das Volk und nicht Aids“ – forderten über 10000 Teilnehmer eines breiten Bündnisses die sofortige Rücknahme der Zwangsmaßnahmen, mit denen Gauweiler & Co die Aids-Erkrankung und deren Ausbreitung bekämpfen wollen. In den Redebeiträgen (ASK, Bundesverband Homosexualität, Grüne, u.a.) wurde der Abbau der demokratischen Rechte, die faschistische Ideologie und Menschenfeindlichkeit dieser Maßnahmen aufgezeigt. Inzwischen hat der Bayerische Beamtenbund (200000 Mitglieder) festgestellt, daß diese Maßnahmen „grundsätzlich von geltendem Recht gedeckt seien“. Die Firma Siemens will – nach Mitteilung der DKP – nachziehen, sobald die Rechtsgrundlagen für Zwangstests geklärt seien. Siemens hat eine Betriebskrankenkasse, nach deren Schätzung für jeden Aidskranken 300000 DM aufgewendet werden müssen. – (ecg)

Antikapitalistische Woche der Autonomen

Nürnberg. In der Woche vor dem 1. Mai findet in mehreren süddeutschen Orten die „Antikapitalistische Woche“ der Autonomen statt, u.a. in Nürnberg. Geboten werden hier eine Reihe von Veranstaltungen zu Themen wie Geschichte der Arbeiterbewegung, Solidarität mit dem schwarzen Volk (Südafrika), Frauen im Kapitalismus und Autonomiediskussion sowie ein revolutionärer Block bei der 1. Mai-Demo. Die Veranstalter schreiben: „Bei allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, – Hausbesetzungen, Anti-Nato, Anti-AKW, Mittelamerika, Antifights – haben wir mit unseren Formen und Perspektiven mitgekämpft. Uns geht es

nun darum, diese politischen Kämpfe mit den ökonomischen Kämpfen (Machloche, Miete, Ämter, Schule usw.) zusammenzubekommen.“ Sie wollen zur Entwicklung einer „revolutionären Strategie, für die Errichtung einer herrschaftsfreien Gesellschaft ohne Lohnarbeit und Patriarchat“ beitragen. – (mas)

Der „Unbekannte Deserteur“ bleibt

Bremen. Am Ende einer mehrstündigen Sitzung am 25.3. wies das Bremer Parlament einen von den Republikanern unterstützten Antrag der CDU, der die Entfernung des Denkmals „Unbekannter Deserteur“ zum Ziel hatte, zurück. Stattdessen begrüßte es der Landtag mehrheitlich, daß die Aufstellung des „Unbekannten Deserteurs“ die Diskussion über ein verdrängtes Kapitel deutscher Geschichte (aus dem SPD-Antrag) belebt hat. SPD-ürgermeister Wedemeier: „Die von der Gruppe ‚Reservisten verweigern sich‘ aufgestellte Skulptur habe eines erbracht. Es ist erreicht worden, daß auch CDU-Politiker differenziert mit der Desertation aus der Wehrmacht umgehen.“ Im übrigen, betonte Bürgermeister Wedemeier, sei es wünschenswert, daß auch die Bundeswehr dieses Problem stärker thematisiere. „Mich wundert es eigentlich, daß sich erwachsene Menschen über Desertation im nächsten Krieg unterhalten. Dann werden nicht einzelne Soldaten desertieren, sondern wird die Bundesrepublik und Europa komplett desertieren.“ Der CDU-Fraktionsvorsitzende Neumann hatte erneut ausgeführt, daß der Senat eine Gruppe unterstütze, die der Desertation und der Totalverweigerung generell das Wort rede. Mit dem Denkmal wollten die Initiatoren aber zur Desertation aus einer demokratisch legitimierten Bundeswehr aufrufen. – (wob)

NPD-Landesparteitag

Anstrengungen der Antifaschisten verhindern den Aufmarsch der NPD

Stuttgart. Unter der Überschrift „NPD-Landesparteitag wirft seine Schatten voraus“ schrieb die Schwäbische Zeitung am 7.4.87: „Noch fast eine Woche ist es bis zum NPD-Landesparteitag in Sigmaringen, und doch haben schon viele Behördenvertreter und auch Bürger in der Kreisstadt die ‚Nase voll‘, wenn sie den Namen dieser Partei nur hören.“ Dabei hatte die Stadt die Schatten insofern selbst verursacht, als sie den Faschisten die Stadthalle überließ trotz zahlreicher Proteste von Gewerkschaften, antifaschistischen Organisationen und Persönlichkeiten wie Frau Inge Aicher-Scholl, Schwester der von den Nazis ermordeten Antifaschisten Hans und Sophie Scholl.

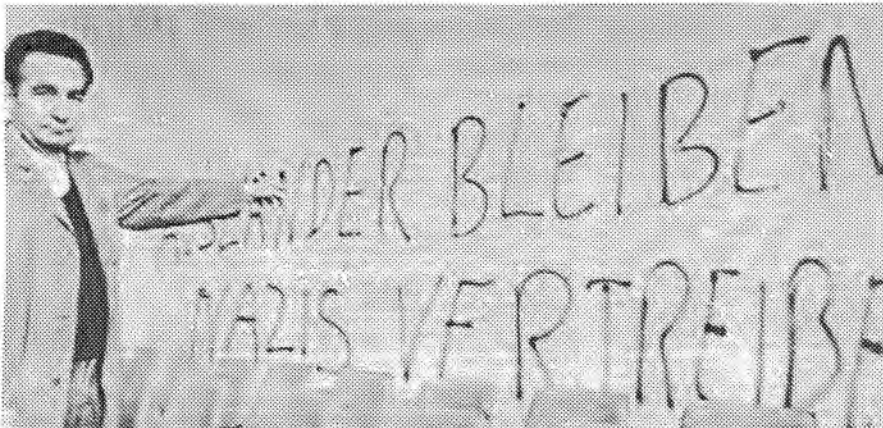
Zu Aktionen gegen die NPD, welche noch zehn Tage vor Parteitagbeginn verkündete, sie wolle zum Abschluß

Auflage durch die NPD scheiterte vor dem VGH Baden-Württemberg.

Große Wirkung erzielte eine Aktion, bei der in der Nacht vom 5./6.4. alle Wände im Innern der Stadthalle mit politischen Parolen versehen wurden, u.a.: „Ausländer bleiben – Nazis vertreiben“, „Nie wieder Faschismus“, „Kein NPD-Parteitag“, „NPD raus“, „Faschisten sind die Handlanger des Kapitals“. Über die Presse erreichten diese Parolen eine Auflage von 900000. In dieser Lage starteten Staatsschutz und Landespolizeidirektion eine konzentrierte Aktion, die das Ziel verfolgte, die Mobilisierung gegen den Aufmarsch der NPD zu untergraben und die antifaschistischen Kräfte zu spalten: Am 8.4. besuchen höhere Beamten dieser Behörden die Kreisvorsitzende des DGB Sigmaringen, Hilde-

Volksfront für Sonntag angemeldeten Info-Stand an der Zufahrt zur Stadthalle mit der Begründung, Leib und Leben der NPDler wären dadurch gefährdet. Die Kundgebungen auf dem Rathausplatz werden genehmigt. Weiterhin wird bekannt, daß trotz der Absage der NPD die gesamten Polizeikräfte des Kreises sowie die Besatzung einer Polizeikaserne in Alarmbereitschaft versetzt worden sind.

Deshalb wird am 11.4. in der Sigmaringer Innenstadt ein Agitationszentrum errichtet, an dem sich die VVN/BdA, die Volksfront, Kräfte der Südschwäbischen Initiative beteiligen. Mehrere gemeinsame Kundgebungen werden mit ca. 150 Teilnehmern abgehalten. Weder die Faschisten noch die Junge Union, die für denselben Tag Infostände gegen den Extremismus angekündigt hatte, lassen sich blicken. Volksfront und Antifaschistische Gruppen halten Nachrichten- und Mobilisierungswesen aufrecht, um den Faschisten, falls erforderlich, bis Sonntagabend entgegenzutreten zu können. Etliche Kräfte bleiben in Sigmaringen, wo in der Nacht zum Sonntag die Stadthalle von Polizei-Streifen stark bewacht wird und am Sonntagmorgen zahlreiche Personen- und Fahrzeugkontrollen durchgeführt werden. Nachdem überprüft ist, daß die Faschisten sich weder in Sigmaringen noch in Städten und Gemeinden der Region versammeln, werden die Aktionen beendet. – (zem)



Hausmeister Blender zeigt betroffen auf eine zentrale Parole im Innern der Sigmaringer Stadthalle, die ohne sein Zutun durch Nacharbeit entstanden ist.

der Tagung einen Aufmarsch durch Sigmaringen inszenieren und mit einer Kundgebung vor dem Rathaus abrunden, riefen mehrere regionale und örtliche Aktionseinheiten auf. Sie hatten sich gebildet um den Aufruf des DGB Sigmaringen, den Aufruf des DGB-Kreises Konstanz, den Aufruf der „Initiative Südschwaben gegen den Parteitag der NPD“ und einen örtlichen Aufruf in Freiburg. Zwei Wochen vor dem Parteitag bildete sich in Stuttgart um den Aufruf „Keinen Fußbreit den Faschisten! Verhindern wir den Aufmarsch der NPD in Sigmaringen!“ eine Aktionseinheit der Antifaschistischen Gruppen, der Volksfront und der MLPD Bezirk Nord-Württemberg.

Die Mobilisierung bewirkte eine öffentliche Auseinandersetzung um den NPD-Parteitag, in deren Gefolge die Stadt Sigmaringen den Abschluß des Mietvertrages mit der NPD mit einer Kautions von 100000 DM verknüpfte. Die gerichtliche Anfechtung dieser

gard Wieden, und erzählen ihr folgende Geschichte: Chaotenhaufen aus Freiburg und Basel wollten die DGB-Demonstration am 11.4. umfunktionieren und ziellos Gewalt gegen Personen und Sachen ausüben. Zuvor ging ein anonymes Bekennerbrief beim DGB ein, in dem angedroht wurde, daß die Stadthalle in Flammen aufgehe, wenn der Parteitag stattfinde.

Auf der daraufhin einberufenen Sitzung des DGB-Kreisvorstandes beschließt dieser mit 24 gegen drei Stimmen, Kundgebung und Demonstration am Samstag abzusetzen und bestellt die Busse an den einzelnen Orten ab. Die VVN/BdA bleibt, was ihr hoch angerechnet werden muß, bei der Stange und mobilisiert für Samstag. Zwei Tage später sagt die NPD den Landesparteitag ab mit der Begründung, sie wolle gegen die Kautionsforderung Verfassungsbeschwerde beim BVerfG einlegen. Gleichzeitig verbietet die Stadt Sigmaringen einen von der

Kinderkrippen

Münchner Beiräte fordern gesetzliche Absicherung

München. Die bayerischen Staatsministerien für Arbeit und Sozialordnung und für Unterricht und Kultus haben in einer gemeinsamen Bekanntmachung am 14.8.86 neue „Richtlinien für Heime und andere Einrichtungen nach § 78 des Gesetzes für Jugendwohlfahrt“ erlassen. Erst Ende 1986 wurden die Auswirkungen dieser neuen Heimrichtlinien für die Krippenversorgung in München bekannt: Von den 1432 städtischen Krippenplätzen soll im Verlauf der nächsten acht Jahre etwa ein Drittel wegfallen. Hauptgrundlage dafür ist Ziffer 32.41b der Richtlinien: Danach sollen pro Kleinkind statt 3,5 künftig 5,5 qm zur Verfügung stehen, d.h. 2 qm zusätzlichen Ruheraum (bisher wurden für den Mittagsschlaf Matratzen ausgelegt). Außerdem werden 42 Planstellen für pädagogische bzw. pflegerische Fachkräfte und 33 Planstellen für pädagogische Hilfskräfte wegfallen.

Von den Elternbeiräten der 30 städtischen Krippen ist jetzt eine gemeinsame Plattform verabschiedet worden. Hier Auszüge daraus:

„Wir halten die Gleichstellung der

Kinderkrippen mit den Kindergärten, die bereits durch das Bayr. Kindergartengesetz vom 27.7.1972 aus freiwilligen Sozialeinrichtungen der Gemeinden in gesetzliche – auch finanziell abgesicherte – Bildungseinrichtungen umgewandelt wurden, für notwendig

... Die Frage, wo und wie auch Kleinkinder während der Ausbildung oder Arbeitszeit ihrer Eltern untergebracht werden können, ist nur scheinbar eine rein private Angelegenheit. Sie ist auch in hohem Maße eine gesellschaftspolitische Frage, von der sowohl das Wohl der aufwachsenden Kinder als auch die beruflichen Entfaltungsmöglichkeiten und auch die wirtschaftlichen Gegebenheiten kindererziehender Erwachsener, insbesondere der Frauen abhängen. Wir fordern deshalb: – Anerkennung der Kinderkrippen als Bildungseinrichtungen in einem Kinderkrippengarten-hort-Gesetz. – Erstellung und Offenlegung eines Krippengarten-hort-Bedarfsplans durch die Stadt München. – uneingeschränkter Anspruch auf einen altersgerechten Krippen-Kindergarten-Hortplatz. – Umwandlung der Ziffer 32.41b der Heimrichtlinien in eine „Kann“-Bestimmung. – Mitsprache und Einspruchsrecht der Elternbeiräte bei der Umgestaltung der Krippen. – keine Schließung von Krippen. – Erhaltung aller Krippenplätze und Besetzung aller bisherigen Planstellen.“ – (mom,By)

Beschäftigteninteressen

Antrag der Opposition setzt CDU/FDP unter Druck

Lüneburg. Heftige Debatten löste am 26.3., wenige Stunden vor dem Abschluß in der Öffentlichen-Dienst-Tarifrunde, ein von der „Arbeitsgemeinschaft kommunale Opposition“ beschlossener (siehe PB 6/87, S. 25) und von der Fraktion der Grünen im Stadtrat eingebrachter Antrag aus. Er forderte vom Rat, die Tarifforderungen der DGB-Gewerkschaften zu unterstützen und aus der Front öffentlicher Arbeitgeber auszubrechen, das sog. „Beschäftigungsförderungsgesetz“ nicht weiter anzuwenden, um stattdessen öffentliche Aufgaben ausschließlich im Rahmen fester, tariflich abgesicherter Arbeitsverhältnisse zu erledigen, und keinen „Dienstleistungsabend“ in der Verwaltung einzuführen, was Stadtdirektor Schumann (FDP) öffentlich erwogen hatte.

In der Begründung des Antrags verwies die Fraktion der Grünen auf die noch weit unter Landesdurchschnitt liegenden Personalkosten der Stadt. Sie verlangte, den Stadthaushalt nicht erneut „auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren“, dem Beschluß der ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz entspre-

chend das Beschäftigungsförderungsgesetz nicht weiter anzuwenden, und unterstützte die Proteste der HBV gegen den „Dienstleistungsabend“. Statt „Aushebelung des Ladenschlußgesetzes“ verlangte sie die Durchsetzung bezahlter Behördengänge.

Die CDU schickte ihren CDA-Vertreter M. Wendler vor. Die ÖTV-Forderung sei unbezahlbar und der ganze Antrag eine „schwere Mißachtung von Tarifaufonomie und Mitbestimmung“. Bürgermeister Hartwig (FDP) sah in dem Antrag den „illegalen und von messianischem Bewußtsein getragenen Versuch, die Tarifparteien zu bevormunden“, „die Besetzung von Arbeitsplätzen zu verhindern“, „den Menschen die Hoffnung zu nehmen“, einen Anlauf, „das System zu überwinden“ und einen „verfassungsfeindlichen Umsturzversuch“ vorzubereiten. Gegen sein Szenario gelangweilter Schüler und sterbender Kranker, weil Lehrer und Krankenschwestern Behördengänge unternehmen, trat die SPD auf. Von Angriff auf die Tarifaufonomie könne keine Rede sein, da die Stadt Teil der Vereinigung kommunaler Arbeitgeber sei. Sie verteidigte die ÖTV-Tarifforderung, weil viele Beschäftigte ohne Wohngeld oder Sozialhilfe nicht mehr auskommen. Statt Beschäftigungsförderungsgesetz und damit einhergehender Rechtslosigkeit und erzwungenem Duckmäusertum forderte die SPD „normale Arbeitsverhältnisse“. Eine offene Flanke: Die SPD begrüßte die Einführung eines behördlichen „Dienstleistungsabends“. Mehr „Bürgernähe“! Flexi-Regelungen, „z.B. Donnerstag länger, dafür Montags später anfangen“, schlug sie direkt vor: „Wir liegen im Trend mit Banken, Sparkassen, sogar der Polizei.“ Ein teurer erkaufter Behördengang!

Die knappe CDU/FDP-Mehrheit stimmte gegen den Antrag. Die SPD unterstützte Punkt eins und zwei. Immerhin: Beschäftigteninteressen kamen überhaupt mal zur Sprache. Bei den geplanten Aktionen gegen die Haushaltsverabschiedung am 7. Mai kann und muß das Bündnis daran anknüpfen. – (thr)

Hamburg-Wahl

Diskussion über linke Wahlbündnisse

Hamburg. Im Ergebnis der Wahl am 17.5.1987, das steht schon fest, wird es zu einer merklichen Rechtsverschiebung kommen. Mit der Aussage des v. Dohnanyi, er würde nur mit der FDP koalieren, dürfte dieser der Weg zurück in die Bürgerschaft geebnet sein – einer FDP, die „mittlerweile in vielen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik rechts von der CDU“ steht (Zitat CDU). Die CDU, bislang wegen der

„Standort-Politik“ der SPD Profilierungsschwierigkeiten ausgesetzt, geht mit einem Programm ins Rennen, das „Soziales“ nicht einmal als Phrase führt. – Reaktionäre und Faschisten sehen sich ermutigt. Beim Landeswahlleiter angemeldet haben sich u.a. Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA), NPD, ÖDP, Die Deutschen Konservativen. Über die Zulassung ist noch nicht entschieden.

Um so erfreulicher, daß das BÜNDNIS (DKP-Gründung für die Wahlen 1986) und die Friedensliste (FL) in Hamburg erstmals Interesse an einem Wahlbündnis unter Einschluß revolu-



Bangemann vor der FDP Hamburg am 4.4.: Aufräumen mit der „zwanghaften Vorstellung“, arbeiten solle man nie am Wochenende und sonst nur tags!

tionär-sozialistischer Kräfte zeigten. BWK, FAU/R und Volksfront erklärten in einem Positionspapier eine gemeinsame Kandidatur als „FL/Antifaschistische Liste“ unter deutlicher Berücksichtigung der Punkte Ausländerfeindlichkeit, Flexibilisierung und Antifaschistischer Kampf für erstrebenswert (die FL machte ihre Kandidatur zur Bedingung). In kommunalpolitischen Fragen schien eine relativ weitgehende Einigung – freilich verglichen mit dem jahrelangen Nebeneinanderher der beteiligten Organisationen – möglich. Die Verhandlungen scheiterten, da die FL ein Abrücken von ihren zentralen Aussagen zu „Frieden“ als unmöglich ansah, die im Kern die Überlagerung des Klassengegensatzes durch die Gefahren aus Atomtechnik behaupten. Die Wahlanzeige der FL als „FL/Liste für Frieden, Arbeiterrechte und Demokratie“ deutet noch auf die stattgefundenen Verhandlungen hin.

In Gesprächen der revolutionären Sozialisten, denen KB und MLPD fernblieben, schloß die VSP (HH) eine Kandidatur wegen des Standes ihrer innerorganisatorischen Diskussion aus. BWK, FAU/R (minderheitlich) und Volksfront, die eine gemeinsame Kandidatur unter Einschluß der VSP wollten, sahen in einer „Dreier-Kandidatur“ nicht den Fortschritt, der nach der Kandidatur des BWK im November 1986 jetzt nötig wäre. – (wal)

Betriebsratswahl bei Bosch Feuerbach

Die „Betriebsgemeinschaft“ wird brüchig, Arbeiterinteressen formieren sich

Stuttgart. Am 7. April wurde ein türkischer Arbeiter bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach von einem Montagearbeitsplatz strafversetzt an einen Abpreßstand, weil er sich geweigert hatte, nachts eine Überstunde zu arbeiten. Solche Art von Einschüchterungen gibt es bei Bosch häufig. Wer dies öffentlich anprangert, hat mit Bestrafung zu rechnen. Auf der Betriebsversammlung im Juli 1986 hatte ein gewerkschaftlicher Vertrauensmann erklärt, Mitarbeiter würden so eingeschüchtert, daß sie trotz Fieber, Husten und Grippe zur Arbeit kämen und dadurch noch andere anstecken würden. „Hier werden Kollegen wie Tiere und nicht wie Menschen behandelt.“ Aufgrund dieses Beispiels war er vom Personalbüro ver-

Die freigestellten Betriebsräte, identisch mit der SPD-Betriebsgruppe, verteilten am Tag der Betriebsratswahl ein Flugblatt, in dem sie „In eigener Sache“ die Arbeiterschaft aufforderten, von der Liste der IG Metall die ersten zwölf zu wählen, nämlich sie selber.

Sie schrieben: „In den letzten Tagen wird mit Verleumdungen und politischen Haßparolen übelste Propaganda gegen die freigestellten Betriebsräte betrieben. Wir wehren uns gegen diese Machenschaften. Wir waren es, die in harten Auseinandersetzungen, in mühsamer Kleinarbeit in den letzten drei Jahren die Belange unserer Feuerbacher Kolleginnen und Kollegen ohne Ansehen der Person und Nationalität vertreten haben. Unser Ziel war immer

Im Pumpenwerk, dem zweitgrößten Werksteil mit 1800 Arbeitern, erreichte ein Vertrauensmann, der sozialistische Positionen vertritt, mit 412 Stimmen das beste Ergebnis, wiederum vor dem Betriebsratsvorsitzenden mit 399 Stimmen. Die Stimmabgaben erfolgten zwischen den zwei Lagern alternativ. Die Wahlbeteiligung bei den Arbeitern war mit 65,65% und bei den Angestellten mit 60,99% denkbar gering. In Betriebsteilen mit hohem Facharbeiteranteil wie den Werkzeugmacherwerkstätten, bei den Betriebshandwerkern und in Versuch und Entwicklung konnten die freigestellten Betriebsräte die meisten Stimmen für sich verbuchen. Im Angestelltenbereich erhielten die Listen der IG Metall und der DAG wie schon 1984 je vier Betriebsratsitze.

Die Lage im Betrieb stellt sich schwierig dar. Von der Betriebsratsmehrheit, die immer noch auf das „Boschlertum“, auf Betriebsgemeinschaft setzt, wird eine Beteiligung sozialistischer Kräfte, auch der DKP, an der Betriebsratsarbeit und an der Gewerkschaftsarbeit im Betrieb abgeblockt. Aber die Betriebsratswahl hat auch gezeigt, daß gerade unter den Produktionsarbeitern die Ideologie der Betriebsgemeinschaft nicht mehr greift. Hauptsächlich sind dies Arbeiter ausländischer Nationalität, die hier im Betrieb ihr Wahlrecht wahrnehmen können, was ihnen im politischen Bereich versagt wird.

Während die Arbeiter ein Interesse daran haben müssen, den Zusammenschluß auf Grundlage ihrer Interessen gegen das Kapital zu finden, fördert die Bosch-Konzernleitung die Spaltung in der Belegschaft durch verschiedenste Maßnahmen: Spezielle Fördermaßnahmen werden im Einvernehmen mit dem Gesamtbetriebsrat aktualisiert, um den wachsenden Bedarf an Fach- und Führungskräften, vor allem Aufsichtspersonal, aus dem Bereich der Facharbeiter und der Angestellten zu decken. Außerdem hat seit einem Jahr die Geschäftsleitung die Unterscheidung der Arbeiterschaft in Produktionsarbeiter und Facharbeiter auch durch die Arbeitskleidung sichtbar gemacht: Facharbeiter erhalten braune Arbeitskittel mit dem Bosch-Anker als Firmenzeichen und ihrem Namensschild, Meister tragen graue Arbeitskittel, während die Produktionsarbeiter keine Arbeitskleidung gestellt bekommen. Die sogenannten Fördermaßnahmen richten sich gegen die Arbeitern und Angestellten minderer Qualifikation. Für sie heißt „Betriebsgemeinschaft“ steigende Intensität der Arbeit, Wochenendarbeit und steigende Nacharbeit, Bevormundung im Betrieb mit Einschränkung ihrer gewerkschaftlichen und betrieblichen Rechte, Versuch der Zerschlagung jeder eigenständigen Interessensvertretung.

– (ros)



Warnstreik bei Bosch in Stuttgart-Feuerbach am 31.3.87: Die Produktionsarbeiter tragen den Widerstand gegen Wochenendarbeit.

wart und im Wiederholungsfall mit Kündigung bedroht worden. Der zuständige Betriebsrat, als SPD-Mitglied bekannt, hatte der Verwarnung nicht widersprochen und vom Betriebsratsvorsitzenden wurde das Vorgehen der Firma auch noch öffentlich unterstützt. Am 10. April dieses Jahres wurde der Vertrauensmann vom Betriebsrat gezwungen, seine Funktion niederzulegen.

Die SPD-Betriebsgruppe bei Bosch ist bislang nicht bereit, Forderungen der Arbeiter in solchen Auseinandersetzungen zu stärken, Mindestansprüche bezüglich des Normalarbeitstages zu unterstützen und die Zusammenarbeit mit revolutionär-sozialistischen Kräften im Betrieb zu entwickeln. Vielmehr wird eine antikommunistische Hetze betrieben und voll auf die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns gesetzt.

die Erhaltung der Arbeitsplätze in Feuerbach und die Sicherung des sozialen Status ...“ Dieses Flugblatt ist offener Ausdruck einer Spaltung, die es in der Belegschaft tatsächlich gibt: Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung zur Sicherung des Standorts oder Vertretung von Arbeiterinteressen gegen Kapitalinteressen, zum Beispiel für die besonders entrechteten und gedrückten Arbeiterschichten, die ausländischen Arbeiter.

Wie die Kräfte verteilt sind, zeigte sich bei der Betriebsratswahl am 1. April. Im Lichtwerk, dem größten Werksteil mit circa 3300 Arbeitern, erreichte eine türkische Montagearbeiterin, die auf Betriebsversammlungen öfter die Arbeitsbedingungen und die Entlohnung angriff, mit 863 Stimmen das beste Ergebnis, ihr folgte der Betriebsratsvorsitzende mit 854 Stimmen.

Polizeikessel gegen AJZ

Polizeiaktion in Widerspruch zu Ratsbeschuß

Bielefeld. Am 27.3. führten Antifaschisten eine Blockade gegen eine Veranstaltung im Zentrum der Nationalistischen Front durch. Die Faschisten gingen mit Leuchtkugeln, Baseballschlägern und einer Machete auf die Demonstranten los – und sofort stürmte die Polizei gegen die Antifaschisten los, ohne irgendwie gegen die bewaffneten Nazis vorzugehen.

Die Demonstranten zogen sich daraufhin in das autonome Arbeiterjugendzentrum (AJZ) zurück. Dort zogen dann rund 200 Polizisten unter Einsatzleitung des SEK auf. Im AJZ befanden sich an die 100 Leute, auch Besucher der Kneipe und Kinobesucher. Sechs Stunden lang belagerte die Polizei das AJZ, ließ keinen rein und keinen raus. Begründung der Polizei: Es ginge darum, „endlich Licht in die Anonymität des AJZ zu bringen“.

Die im AJZ Eingekesselten lösten die Telefonkette aus. Anwälte, grüne Ratsmitglieder und der DGB-Organisationssekretär wurden mobilisiert, sie versuchten mit der Polizei zu verhandeln – ergebnislos. Bis Mitternacht waren mehrere hundert Leute vor dem AJZ versammelt, die gegen den Polizeieinsatz protestierten. Gegen 0.10 Uhr stürmte die Polizei das AJZ. Von 77 Besuchern wurden Personalien ermittelt, 22 weitere herausgegriffen und bis morgens im Polizeipräsidium festgehalten. Gegen zwei soll Anklage wegen Landfriedensbruch erhoben werden.

Am gleichen Samstag noch wurde von *allen* antifaschistischen Kräften eine spontane Demonstration durchgeführt, die sich gegen das Nazi-Zentrum und gegen die geplante Kriminalisierung der autonomen Antifaschisten und des AJZ richtete. Rund 500 beteiligten sich.

In der folgenden Woche widmeten sich die beiden Lokalzeitungen seitenweise der in vielen Leserbriefen vorgebrachten breiten öffentlichen Kritik am Polizeieinsatz. Während CDU und FDP und mit ihnen das reaktionäre „Westfalenblatt“ einen „Bandenkrieg zwischen Rechts- und Linksextremen“, „blutige Straßenschlachten von Terroristen“ beschworen und damit den Einsatz der Polizei rechtfertigten, war der hauptsächliche Tenor der sozialdemokratischen Kommentare, daß der Polizeieinsatz „überzogen“, „einseitig“ sei, weil gegen die bewaffnet aufgetretenen Faschisten weder ermittelt, noch deren Personalien festgestellt, noch eine Hausdurchsuchung in deren Zentrum durchgeführt worden war. Die Grünen in einer Presseerklärung: „Die Aktio-



NF-Generalsekretär Schönborn.

nen der Polizei sind eine völlige Mißachtung des erklärten Willens der Mehrheit des Stadtrates, der im Februar beschlossen hat, Strafanzeige gegen die ständigen und zeitweisen Bewohner des Nazizentrums zu stellen.“ Sie forderten die sofortige Schließung des Nazizentrums und „Hände weg vom AJZ“. Landesinnenminister Schnoor stellte sich inzwischen im Innenausschuß hinter die Polizeiaktion.

Die Antifa-Koordination ruft auf, einen Aufruf zu unterstützen, in dem vom Rat die Umsetzung seiner Beschlüsse – Strafanzeige und das Verbot der NF als Nachfolgeorganisation der NSDAP –, die sofortige Schließung des Nazizentrums, das Verbot von Nazi-Versammlungen und die Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten gefordert wird. – (ads)

Schülerstreik

20000 Schüler boykottieren den Unterricht

Hamburg. Am 30.3.1987 besetzten die Schüler der Peter-Petersen-Gesamtschule für zwei Tage ihre Schule. Am 31.3. folgte die zweite Gesamtschule, die Jahnsschule. Die Schülerkammer rief alle 122 Hamburger Schulen mit gymnasialer Oberstufe für den 1.4.1987 zum Schulstreik und zur Demonstration vor der Schulbehörde auf. Rund 20000 Schüler folgten dem Aufruf, Schulsenator Grolle versprach vor den Schülern sein Veto gegen die geplante Änderung der Abituranforderungen auf der Kultusministerkonferenz.

Der Protest der Schüler richtet sich gegen die erneute Reform der gymnasialen Oberstufe. Am wichtigsten für die Schüler ist die Absicht, durch Einschränkung der Wahlmöglichkeiten jeden Schüler, der Abitur machen will, zum Pauken in bestimmten Fächern zu zwingen: Bisher mußte von den beiden Leistungskursen, die gegenüber Grundkursen dreifach gewertet werden und in jedem Fall schriftliches Abitur-

prüfungsfach sind, ein Kurs Mathematik oder eine Naturwissenschaft oder eine weitergehende Fremdsprache sein. Jetzt sollen von den insgesamt vier Abiturprüfungsfächern zwei Mathematik, Deutsch oder weiterführende Fremdsprachen sein, wobei Mathematik ersetzt werden kann durch zwei Naturwissenschaften.

Damit soll allen Schülern ein Riegel vorgeschoben werden, die mit Biologie das Fach Mathematik vermeiden und die naturwissenschaftlichen Auflagen abdecken wollen – mit einem Fach, das die Schüler deshalb bevorzugen, weil meist anders als in Physik oder Chemie die Biologielehrer auf konkrete und praktische Fragen der Lebenswelt eingehen. Wer andererseits Mathematik und Naturwissenschaften als Prüfungsfach umgehen will, wäre auf Deutsch und Fremdsprachen verpflichtet; beides konnte bisher ein Jahr vor dem Abitur aufgegeben werden.

An der Jahnsschule errechneten Schüler, daß in der jetzigen gymnasialen Oberstufe 80% der Schüler ihre Fächerwahl ändern müßten, um nach der geplanten Reform Abitur machen zu können. Auch die Schüler der Mittel- und Unterstufen haben schnell begriffen, daß für sie der Druck in Deutsch, Mathematik und Englisch sofort zunehmen würde, wenn andere Fächer wie Kunst, Politik, Biologie „unwichtiger“ werden. Nicht zufällig war der Protest an den Gesamtschulen besonders heftig, denn die Fächerwahl beginnt hier schon in Klasse 7, wo eine Konkurrenz zwischen Haupt- und Nebenfächern auch die Schüler in eine verschärfte Konkurrenz treiben würde.

So beteiligten sich auffallend viele aus der Unter- und Mittelstufe an den Aktionen. Für sie waren die Schulbesetzung und die große Demonstration meist die erste Erfahrung mit einer selbst organisierten politischen Kampfmaßnahme. Nur wenig geklärt war, wohin die Reaktion mit ihren Elite-Plänen steuert, aber das konnte die Aktion nicht spalten, zumal der Widerstand der Schulbehörde sich diesmal versteckte. – (mak)



Schüleraktion in Mainz, 1.4.1987

Norddeutschland

Nach längerer Flaute entwickelt sich verstärkt eine Zusammenarbeit revolutionärer Jugendlicher

Schleswig. In den vergangenen Jahren herrschte eine absolute Flaute, was revolutionäre Jugendpolitik im norddeutschen Raum angeht. Den wenigen, kleinen noch bestehenden Organisationen gelang selten eine geregelte Zusammenarbeit (wenn man von der Vereinigung der Jugendorganisationen der KPD und GIM, „Kommunistische Jugend Deutschlands“ und „Rote Maulwürfe“, zu den „Autonom-Sozialistischen Jugendgruppen“ (ASJG) im September letzten Jahres absieht).

Am 28./29.6.1986 fand dann in Kiel – auf Einladung von Mitgliedern des Volksfront-Landesvorstandes Schleswig-Holstein – ein Interessententreffen zu Schul- und Jugendpolitik statt. Aus der Einladung: „Wir finden, daß es Zeit wird, daß sich die fortschrittlichen Kräfte unter den Jugendlichen endlich besser kennenlernen ... Wir wollen deshalb ... zu einem Wochenende einladen, an dem wir Erfahrungen z.B. im Antifaschismus, der SV-Arbeit oder der Arbeit an Schul-/Jugendzeitungen austauschen und evtl. gemeinsame Aktionen planen können.“

Am Treffen nahmen rund 15 Jugendliche aus verschiedenen revolutionären Organisationen und Unorganisierte teil. Es wurde berichtet, daß in Hamburg ein Jugendzeitungsprojekt („Clinch“) besteht, bei dem es darum geht, die „Wendejugend“ auf's Korn zu nehmen, wobei organisierte und unorganisierte linke Jugendliche zu einer näheren Zusammenarbeit kommen sollten. In dieser Zeitung – so wurde abgesprochen – könnten auch Beiträge aus anderen Orten veröffentlicht werden (was bisher zweimal geschah). In anderen Orten bestehende Ansätze örtlicher Zusammenarbeit wurden dargestellt; in Schleswig z.B. existiert seit Ende 1985 ein „Schul-/Jugendinfo“, das monatlich v.a. an Schüler verteilt wird.

Am Ende des Treffens wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit revolutionärer Jugendlicher betont und vereinbart, etwa vierteljährlich weitere Treffen zu machen.

Im Herbst 1986 fand dann in Hamburg das nächste Treffen statt, auf dem die Arbeit an einem gemeinsamen Flugblatt zur besonderen Unterdrückung der Jugend im Kapitalismus beschlossen wurde. Weiter wurde vereinbart, daß das auf dieser Sitzung konstituierte „Revolutionäre Jugendplenum/Norddeutschland“ (RJP/ND) einen Rundbrief herausgibt, über den die Arbeit an dem Flugblatt und inhaltliche Diskussionen koordiniert abgewickelt werden können.

Seitdem fanden zwei Treffen des

RJP/ND statt. Der Kreis der Beteiligten konnte ausgedehnt werden und soll weiter ausgedehnt werden. Bisher wird das RJP/ND von Mitgliedern folgender Organisationen (neben Unorganisierten) unterstützt: Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten (GJA/R), Revolutionäres Jugendplenum/Landesteil Schleswig (RJP/LS), FAU/R, BWK, KB-Jugend, Volksfront, Autonom-Sozialistische Jugendgruppen (ASJG), VSP Kiel.

An dem gemeinsamen Flugblatt, das im Mai erscheinen soll, entwickelte

ne eventuelle Ausdehnung auf westdeutsche Ebene soll auf dem nächsten Treffen gesprochen werden. Über den Rundbrief sollen dazu verschiedene Vorstellungen geäußert und diskutiert werden können.

In der örtlichen Politik entstanden nach der Gründung des RJP/ND in einigen Orten verstärkte Ansätze der Zusammenarbeit. In Schleswig gründete sich gegen Ende des letzten Jahres eine regionale Gliederung, das RJP/Landesteil Schleswig, das mit mittlerweile über 20 Mitgliedern eine mannig-



Alleine aus Schleswig kamen am 1.4. 240 Schüler zur Demo gegen die von den CDU-Kultusministern geplanten Abitur-Verschärfungen nach Kiel. Am 2.4. streikten und demonstrierten in Schleswig rund 700 Schüler (s. Bild).

sich eine inhaltliche Diskussion der verschiedenen Vorstellungen von revolutionärer Jugendpolitik bisher nur in Ansätzen. Teilweise herrschte über diesen Zustand auf dem letzten Treffen Unzufriedenheit, da Kompromisse bei Formulierungen geschlossen wurden, die wegen Zeitmangel nicht hinreichend diskutiert werden konnten. Verschiedene Herangehensweisen auch an die Form derartiger Veröffentlichungen finden im Flugblatt deutlich Ausdruck; die verschiedenen Beiträge sind den Themen „Frauen/Mädchen“, „Jugendarbeit“, „Jugendarbeitslosigkeit“, „Schule“ und „Perspektiven der Jugend“ gewidmet und jeweils von verschiedenen Orten/Gruppen geschrieben (Zitate daraus im Kasten). Unterschiedliche Vorstellungen bestehen auch über die notwendige Funktion des RJP/ND, z.B. ob es Hilfen zur örtlichen (Zusammen-)Arbeit geben könne, eigenständig an die Öffentlichkeit treten solle oder eher zum Austausch inhaltlicher Positionen nützlich sein müsse. Über die Möglichkeiten der weiteren Zusammenarbeit und ei-

fache Tätigkeit entfalten konnte.

Die Entwicklung der Ansätze einer linksradikalen Jugendbewegung verlief in Schleswig v.a. über das o.g. Schul-/Jugendinfo (SJI), das überdies in etwa zehn weitere Orte geschickt wird. Die Auflage konnte von anfänglichen 120 auf mittlerweile 600 gesteigert werden, die Hauptprobleme liegen im finanziellen Bereich, da die Schleswiger Kapitalistenwelt Inserate ablehnt. Ein presserechtlich Verantwortlicher unterlag der Verfolgung durch Schulbehörden und rechtsradikale Jugendbänden. Besonders bei aktuellen regionalen Anlässen (z.B. das Treffen von Biofaschisten des „Nordischen Ringes“ in Schleswig und die Demos dagegen, s. PB Nr. 19/86) konnte das SJI als einzige linksradikale örtliche Zeitung breite Interessentenkreise gewinnen. Schülervertretungen konnten/können es sich ebenso zunutzemachen (Mobilisierung zu einer Schülerdemo gegen die neuen schleswig-holsteinischen Lehrpläne im November 1986 mit 120 Teilnehmern) wie etwa Punks, die sich

zur Vorbereitung antifaschistischer Aktionen treffen wollen.

Es gelang, eine bessere Organisation der Jugend zu ermöglichen, indem mit dem RJP/Landesteil Schleswig ein Versuch der Zusammenarbeit verschiedener Strömungen (u.a. FAU/IAA, BWK) auf örtlicher Ebene bisher erfolgreich verlief. Zu der o.g. Schülerdemo, den Bundestagswahlen, der Volkszählung und zum 1. Mai erschienen bzw. erschienen (z.T. in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen) Flugblätter. Zur Volkszählung wurde zusammen mit der Volksfront eine Veranstaltung gemacht, zum Themenkomplex Bundeswehr/Wehrkraftzersetzung und zum 1. Mai sollen weitere folgen.

In der Folge entwickelte auch ein breiterer Kreis von Jugendlichen, vornehmlich Schülern, Interesse an anti-reaktionärer Politik. Deutlicher Ausdruck dieser Entwicklung ist auf der einen Seite das Anschwellen von Schülerprotesten gegen reaktionäre Veränderungen im Schulsystem und auf der anderen der wachsende Terror v.a. von

Schulleitungen, reaktionären Eltern und der bürgerlichen Presse. „Vandalismus in Schleswig“, heißt es da, und es werden antifaschistische und antirevanchistische Inhalte damit identifiziert. Die örtliche Polizei bewies in vielerlei Hinsicht ihr Interesse an Aushorchungen und Bespitzelung.

Besonders ärgerlich für die örtliche Reaktion waren die Proteste gegen die von den CDU-Kultusministern geplante „Abitur-Deform“. Zunächst wurde an den Gymnasien zu einer Fahrt zur landesweiten Demo nach Kiel, am nächsten Tag zu einem Schulstreik in Schleswig mobilisiert (s. Bild). Die Organisation des Schulstreiks bzw. der dazugehörigen Demo mit 700 Teilnehmern wird bereits strafrechtlich verfolgt (da spontan und unangemeldet). In den Schulen hagelte es Tadel, schlechte Zensuren und Nachsitzen für viele Schüler, die sich beteiligt hatten. Ein Gymnasium wurde – als sich der Demozug näherte – verriegelt, damit sich keine Schüler mit den Streikenden solidarisieren konnten. Ortsansässige Kapitalisten beschwerten sich bei der

verantwortlichen Schülervvertretung, Lehrer und Schulleitung drohten mit Strafanzeige.

Das Revolutionäre Jugendplenum konnte diese Bewegungen effektiv unterstützen. Die politische Willensbildung unter den Jugendlichen verläuft eben zum Glück nicht nur über die Elternhäuser, wichtig ist v.a. die am alltäglichen Arbeiten ansetzende Kritik, die regelmäßig publiziert wird. Wichtig ist deshalb für die revolutionär-sozialistischen Organisationen, den Kampf der Jugend der lohnabhängigen Klassen gegen die Verschlechterung der Lernbedingungen und für eine einheitliche Ausbildung zu unterstützen. Einen örtlichen Ansatzpunkt kann dabei in Schleswig z.B. die Liste der Streikforderungen der Schüler darstellen, aus der wir hier zitieren: „Schluß mit der Elitebildung! Bafög muß wieder her! Volle Lernmittelfreiheit und Fahrtkostenerstattung für alle! Keine Pauklehrpläne! Mehr Mitbestimmung für uns Schüler/innen! Gleiche Bildung für alle! ... Keine Schulzeitverkürzung!“ – (rwe/uga)

Aus dem RJP/ND-Flugblatt zur Jugendunterdrückung

„Die Unterdrückung der Schüler im Kapitalismus resultiert aus der Tatsache, daß sich ihre Ausbildung nach den Bedürfnissen der Kapitalisten richtet.

Dies drückt sich am deutlichsten in der Organisation des Bildungsapparates aus. Im Augenblick erscheint den Kapitalisten bzw. den ihre Interessen vertretenden Politikern das dreigliedrige Schulsystem als den Anforderungen, die die Qualifikationsstruktur des Arbeitsmarktes an es stellt, am besten gewachsen, weswegen sie es unter dem Vorwand, daß es den Bildungsansprüchen des Individuums am besten gewachsen sei, wieder vehement verteidigen und befürworten.“ (aus dem Beitrag zur Bildungspolitik)

„... In vielen Kleinbetrieben werden Azubis nur angelernt, um als billigste Arbeitskräfte den Laden in Gang zu halten. So in Zahnlabors, wo oft ein Meister/Chef und ein Geselle sind – die meiste Arbeit machen Lehrlinge. Das erklärt, warum immer mehr Kleinbetriebe ‚ausbilden‘, während größere Ausbildungswerkstätten geschlossen werden. Durch neue Technologien werden in den größeren Betrieben jetzt zwar einige Gutausgebildete benötigt, dafür verschlechtert sich aber die Ausbildung vieler. Gegen unser Interesse an guter Ausbildung steht das Interesse der Herren der Wirtschaft, der Kapitalisten: Sie brauchen wenige antreibende Arbeitsplaner und viele Arbeitstiere.“ (aus

dem Beitrag zur Jugendarbeit)

„...Arbeitslos – schön viel Freizeit? Freizeit heißt dann wohl viel Langeweile und keine Kohle. Wäre das Geld da, könnte mensch wenigstens in Disko, Kino, Kneipe oder sonstwohin gehen. Aber ‚ohne Moos nix los!‘ Stattdessen reden Dir alle ein, Du bist faul und nutzlos für die Gemeinschaft. Zu Hause nerven die Eltern rum: Du mußt nur richtig suchen, dann findest Du auch ‚ne Arbeit ... Ausziehen ist ja eh nicht drin, also versuchst Du zu jobben, gehst zum Sklavenhändler (Zeitarbeitsvermittlung) und wirst von diesem und ‚Deinem‘ Kapitalisten ausgebeutet. Wer nicht einmal Gelegenheitsjobs bekommt, fällt ganz raus aus dieser fei-



Besondere Angst haben die Reaktionäre vor einer schnellen Radikalisierung der Schülerproteste (Polizei riegelte entlang der Demoroute in Kiel ganze Schulen ab; Bild: auf das Kieler CDU-Büro flog ein wenig Gemüse).

nen Gesellschaft.“ (aus dem Beitrag zur Jugendarbeitslosigkeit)

„... Das hier herrschende Gesellschaftssystem funktioniert nicht ohne die Unterdrückung des weiblichen Geschlechts. Diese beginnt bereits kurz nach der Geburt; Mädchen werden von der sie umgebenden Umwelt ein gesellschaftlich bestimmtes Rollenverhalten anerzogen. ‚Weibliche Tugenden‘ sind nachgebendes, schutzbedürftiges, verletzlich-weiches und mütterlich-fürsorgliches Verhalten. Das Spielen mit Puppen u.ä. dient der Vorbereitung auf die später nötige Wiederherstellung der Arbeitskraft (Reproduktion) der männlichen Arbeitskraft durch die Frau in der bürgerlichen Kleinfamilie. Über Kindergarten und Schule erfolgt die weitere Erziehung des Mädchens in der von den Herrschenden beabsichtigten Richtung. Aspekte dessen sind z.B. das in Schulbüchern vortrefflich dargestellte Rollenverhalten von Frauen und Mädchen (zu Hause sitzt Papi zeitungslasend in der guten Stube, die Mutter kocht in der Küche das Abendessen) oder die zeitweilige Aufteilung von Schulklassen zu verschiedenen Tätigkeiten (Werken – Nähen, Fußball – Gymnastik). Dies führt im Zusammenhang mit der in Lohnabhängigenfamilien knappen Finanzen dazu, daß Frauen eine schlechtere Ausbildung erlangen und somit später üblicherweise eine niedrige Stellung in der Gesellschaft einnehmen (Niedriglohngruppen/unentgeltliche Hausarbeit).“ (aus dem Beitrag zu Mädchen/Frauen)

Osram:**Wochenendschichten**

Westberlin. 1.4.87 Auf der Betriebsversammlung des Spandauer Osram-Werkes war dem Bericht der Betriebsführung zu entnehmen, daß nach der Einstellung der Leuchtstofflampenherstellung weitere Programm Kürzungen geplant seien. Die Geschäftsführung kündigte Kurzarbeit in einigen Bereichen ebenso wie „notwendige“ Überstunden an. Wegen der tarifvertraglichen Schranken mußten derzeit „notwendige“ Wochenendschichten mit externem Personal mittels Werkrahmenverträgen „gefahren“ werden. – (kla)

DGB/IGM/GEW gegen Blockunterricht

Westberlin. 25.3.87 Im Zuge der Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe ist die Erhöhung des Berufsschulunterrichts von acht auf zwölf Stunden wöchentlich vorgesehen. Die Metallkapitalisten wollen diese Erhöhung der Stundenzahlen über eine Regelung zwei Wochen Arbeit im Betrieb/eine Woche Berufsschule herbeiführen. Ihr Argument ist hierbei eine optimale Ausnutzung der Ausbildungskapazitäten. Der DGB fordert zwei Tage mit

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen hat mit der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels und dem Bundeswirtschaftsministerium eine ab 1.8.1987 geltende Neuordnung der Berufsausbildung im Einzelhandel abgeschlossen. Die einheitlich geregelte, dreijährige Ausbildung zur Einzelhandelskauffrau und zum Einzelhandelskaufmann sieht erstmals einen sachlich und zeitlich gegliederten Ausbildungsrahmenplan vor. Die Verhandlungen der HBV dauerten fast 15 Jahre. – (gba)

sechs Stunden Berufsschule pro Woche. Hierfür sprechen pädagogische Gründe. Als Kompromißvorschlag hatte der DGB das sogenannte 8/16 Modell in die Verhandlungen eingebracht, d.h. eine Woche ein Tag Berufsschule mit acht Stunden und die zweite Woche zwei Berufsschultage mit je acht Stunden. Auf der Sitzung des Landesausschusses für Berufsbildung am 25. März setzten ohne weitere Diskussion die Vertreter der Industrie- und Handelskammer und des Senats ihre Pläne des Blockunterrichtes durch. Die Gewerkschaftsvertreter verließen daraufhin unter Protest die Sitzung. – (kla)

**Für 35-Std.-Woche und gegen Flexibilisierung**

Karlsruhe. Die Kreisdelegiertenversammlung der GEW vom 26.3.87 hat die Einführung der 35-Std.-Woche unterstützt, Pläne, die Arbeitszeit zu flexibilisieren und damit den Menschen immer mehr den Erfordernissen der Produktionsanlagen anzupassen, aber abgelehnt. Diese Pläne der Unternehmer bedeuteten mehr Schichtarbeit, mehr Wochenendarbeit und mehr unbezahlte Überstunden. Die Arbeitszeitverkürzung sei nötig, weil sie Arbeitsplätze schaffe und weil der Streß in den Betrieben zunehme. Deshalb stehe auch für Lehrer eine Arbeitszeitverkürzung an.

Antwort auf Stellenforderung

Heidelberg. Die ÖTV hatte zu Jahresanfang mehr Stellen im öffentlichen Dienst gefordert wegen der zwei freien Tage, die jeder Beschäftigte seit 1.1.87 zusätzlich erhält. Der rechnerische Mehrbedarf für Baden-Württemberg soll sich auf 1700 Stellen bei den Gemeinden und 2300 Stellen in der Landesverwaltung belaufen. Die Landesregierung vertritt die Position, daß solche geringe Arbeitszeitverkürzungen durch Rationalisierung abgefangen werden können. Der Städtetag gab jetzt der ÖTV zur Antwort, er sei auch der Meinung, daß Arbeitszeitverkürzung nicht zu Lasten Beschäftigter gehen dürfe – allerdings sei dies im wesentlichen in den Krankenhäusern der Fall. Dort

werde ein Mehrbedarf gesehen, dem die Krankenkassen entgegenwirken würden durch ihre Personalbedarfsberechnungen. Beim Landratsamt Reutlingen konnten jedoch fünf Stellen durchgesetzt werden. – (irs)

WHO: Gesundheit = Wille zur Arbeit

Das Europäische Büro der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat den Begriff „Gesundheit“ neu definiert, erklärte sein Direktor Dr. Asvall auf einer Feier in Kiel. Danach ist Gesundheit die Fähigkeit und Motivation, ein „wirtschaftlich und sozial aktives Leben“ zu führen. Der alte Begriff vom „Zustand des vollkommenen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens“ könne heute in Europa nicht mehr als Maßstab für Gesundheit gelten. Dieser umfassende Gesundheitsbegriff wurde von Konservativen als utopisch kritisiert, da Krankheit heute der Normalzustand sei. (dem. gesundheitsw. – wjw)

Badischer Verlag: Aushilfen auf Abruf

Freiburg. Nach 15 Entlassungen 1986 in der Weiterverarbeitung (Packerei, Versand) bei der Badischen Zeitung werden seit Wochen wieder Aushilfen, Schüler, Studenten auf Abruf für DM 430.– eingestellt. Die übrige Belegschaft (Frauen) in der Nachtschicht arbeitet z.Zt. oft zwischen 8 und 12 Stunden und muß ab 16 Uhr in Abrufbereitschaft stehen. Grund lt. Geschäftsführung: die derzeitige Zunahme von Werbe-Prospekten. – (jli)



USA: 1600 Rentner, die in verschiedenen Stahlwerken des Landes gearbeitet haben, kamen in Washington zusammen (Bild von der Kundgebung) und forderten vom Kongreß ein Gesetz, mit dem die betriebsgebundenen Beiträge an ihre Kranken- und Lebensversicherungen gesichert werden. Am 15. Mai läuft ein Gesetz aus, durch das die Kapitalisten gehindert werden, die Beitragszahlungen einfach zu streichen, wenn sie unter Anrufung des Konkursgesetzes beantragen, die Zahlungen an Gläubiger vorläufig einzustellen. Die Beitragszahlungen sollen den Löhnen gleichgestellt werden, die nicht einseitig gekürzt werden dürfen. (Quelle: AFL-CIO News, 2.4.1987) – (gba)

Kommission von BWK und VSP

Klassenanalyse und das Verhältnis revolutionärer Sozialistinnen und Sozialisten zu anderen politischen Kräften

Wir veröffentlichen im folgenden zwei Diskussionspapiere, eines aus der VSP-Verhandlungsdelegation und eines der BWK-Delegation, zu Fragen der Klassenanalyse. Die Kommission von BWK und VSP erörterte diese Papiere auf ihrer Sitzung am 27.3. und 8.4. Ein schriftlich gefaßtes Diskussionsergebnis zum Themenbereich Klassenanalyse/Bündnispolitik lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. – (Red.)

Zur Kritik der BWK-Position hinsichtlich der „grün-alternativen Parteibildung“ und „der Aussichten proletarischer Parteibildung“

(Vergl. Bericht und Beschluß zu diesem Thema, die auf der 3. ordentlichen Delegiertenkonferenz des BWK verabschiedet worden sind)

Der vorliegende Beitrag erhebt nicht den Anspruch, die aufgeworfenen Fragen theoretisch erschöpfend zu klären und empirisch zu untermauern.

Für den Fortgang des Klärungsprozesses erscheint uns ausreichend anzuzeigen, in welcher Hinsicht BWK und VSP innerhalb der hier angesprochenen Problematik von gemeinsamen Fragestellungen und Zielvorstellungen ausgehen und worin sie sich in der Herangehensweise – und entsprechend in der politischen Methodik – unterscheiden.

Wir werden dabei nicht im Detail auf den Text eingehen, mit dem wir uns kritisch auseinanderzusetzen haben, sondern drei unseres Erachtens wesentliche Fragen herausgreifen:

- die Theorie der „neuen Mittelklasse“ und ihre Anwendung auf die grüne Parteibildung
- die politische Funktion bzw. Disfunktion dieser Theorie
- die Aussichten revolutionär-sozialistischer Parteibildung und die Probleme, die wir mit der Sichtweise des BWK in dieser Hinsicht haben.

1) Herausbildung einer „neuen lohnabhängigen Mittelklasse“, deren politischer Ausdruck die Grüne Partei ist, oder Tendenz zur Integration neuer Schichten in die Arbeiterklasse und ihr engstes soziales Umfeld?

Das klassische Kleinbürgertum – bestehend aus unabhängigen Produzenten, die nicht vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, eigene Produktionsmittel besitzen und allenfalls in einem sehr eingeschränkten, „patriarchalischen“ Umfang fremde Arbeitskraft ausbeuten können, jedenfalls auf die eigene Arbeit angewiesen bleiben – ist keine im Aufstieg begriffene, sondern sich in der Tendenz mehr und mehr zersetzende Klasse. Folgt man den Ausführungen des BWK, so ist dies zwar zwischen uns unumstritten, aber es tritt an die Stelle dieser „alten“ eine „neue“ Mittelklasse. Diese ist wesentlich dadurch charakterisiert, daß sie der Form nach lohnabhängig ist, aber als Zwischenklasse zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie „Leitungsfunktionen“ übernimmt und sowohl gegenüber der Kapitalistenklasse wie gegenüber dem Proletariat spezifische Klasseninteressen entwickelt.

Von dieser Einschätzung her ist es nur ein Schritt zu der Annahme, daß die Grüne Partei politischer Ausdruck dieser neuen Klasse ist. Natürlich hat das Proletariat, hat die sozia-

listische Linke ein Interesse daran, die Widersprüche dieser Klasse und „ihrer“ politischen Partei zur Bourgeoisie auszunutzen und sie in allen Fragen, in denen dies gerechtfertigt und nötig ist, als Bündnispartner zu gewinnen. Gleichzeitig aber handelt es sich sozial und politisch um dem Proletariat fremde Klassenkräfte.

Die politische Bedeutung dieser Theorie für den BWK ist konsequenzenreich. Es handelt sich in gewisser Weise um einen Teil der Bewältigung der eigenen Ursprünge in der Jugendradikalisierung und Studentenbewegung der späten 60er Jahre wie auch um ein bestimmendes Element für die Herangehensweise an wichtige andere politische Kräfte und an den revolutionär-sozialistischen Parteibildungsprozeß.

Wir stimmen mit dem marxistischen Anspruch überein, die politischen Verhältnisse, Ziele und Mittel aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, und das heißt den Klassenverhältnissen, abzuleiten. Gleichzeitig aber halten wir

- die Diagnose von der „neuen Mittelklasse“ für falsch,
- die Gefahr einer *mechanistischen* Entwicklung von Politik aus objektiver Klassenanalyse für groß.

Für den heutigen Kapitalismus, zumal in der BRD und vergleichbaren Ländern, sehen wir als große Tendenz die *Verwirklichung* der von Marx vorausgesagten verstärkten Polarisierung der Gesellschaft in die zwei Hauptklassen der kapitalistischen Produktionsweise: Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Dieser Prozeß vollzieht sich weder linear noch widerspruchsfrei. Aber mit Sicherheit kann nicht von einer aufsteigenden Mittelklasse mit gegenüber beiden Hauptklassen spezifischen Klasseninteressen die Rede sein.

Karl Marx schrieb in der ursprünglichen Fassung in Kapitel Band I (zitiert nach E. Mandel, *Der Spätkapitalismus*, S. 181):

„Da mit der Entwicklung der realen Subsumtion der Arbeit unter das Kapital oder der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise nicht der einzelne Arbeiter, sondern mehr und mehr ein sozial kombiniertes Arbeitsvermögen der wirkliche Funktionär des Gesamtarbeitsprozesses wird, und die verschiedenen Arbeitsvermögen, die konkurrieren und die gesamte produktive Maschine bilden, in sehr verschiedener Weise an dem unmittelbaren Prozeß der Waren- oder besser hier der Produktbildung teilnehmen, der eine mehr mit der Hand, der andere mehr mit dem Kopf arbeitet, der eine als Manager, Engineer, Technolog etc., der andere als Overlooker, der dritte als direkter Handarbeiter oder gar bloß Handlanger, so werden mehr und mehr Funktionen von Arbeitsvermögen unter den unmittelbaren Begriff der produktiven Arbeit und ihre Träger unter den Begriff der produktiven Arbeiter, direkt vom Kapital ausgebeuteter und seinem Verwertungs- und Produktionsprozeß überhaupt untergeordneter Arbeiter einrangiert. Betrachtet man den Gesamtarbeiter, aus dem das Atelier besteht, so verwirklicht sich materialiter seine kombinierte Tätigkeit unmittelbar in einem Gesamtprodukt, das zugleich eine Gesamtmasse von Waren ist, wobei es ganz gleichgültig ist, ob die Funktion des einzelnen Arbeiters, der nur ein Glied dieses Gesamtarbeiters, ferner oder näher der unmittelbaren Handarbeit steht.“

Weiter unten wird deutlich werden, daß die Anführung dieses Zitats nicht bezweckt, die gesamte technisch-wissenschaftliche Intelligenz begrifflich dem Proletariat einzuverleiben. Trotzdem wird hier eine allgemeine Tendenz angezeigt, die sich im heutigen Kapitalismus in viel höherem Maße verwirklicht hat als im Kapitalismus zur Zeit von Marx selbst. Marx war *weit davon entfernt*, in der Entwicklung leitender Funktionen und entsprechender sozialer Differenzierung innerhalb der Arbeiterklasse, in der Subsumtion der Arbeit technischer Intelligenz die Entwicklung einer neuen Klasse *angelegt* zu sehen, die der BWK heute als *erwiesen betrachtet*.

Die spezifischen Ansprüche dieser neuen Klasse kündigten sich für den BWK in der Studentenbewegung der späten 60er Jahre an. Die sozialistischen und revolutionären Strömungen, die aus dieser Bewegung erwuchsen (bzw. durch sie entscheidend genährt wurden), unterlagen demnach einem grandiosen Selbstmißverständnis: Intellektuell ihre Wurzeln in den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung suchend, ideologisch sich mindestens als Teil einer Vorhut der Arbeiterklasse verstehend, waren sie in Wirklichkeit nur politischer Ausdruck einer in der Entstehung begriffenen politischen Interessenvertretung der neuen lohnabhängigen Mittelklasse. Dieser Prozeß aber kam in folgerichtiger Art und Weise mit der Bildung der grünen Partei zu einem vorläufigen Abschluß.

Der wirkliche ökonomische und gesellschaftliche Prozeß, der der Jugendradikalisierung und Studentenbewegung – jenseits der unmittelbar ideologischen und politischen Motivationen – zugrundelag, hat aber mit der Herausbildung einer neuen Gesellschaftsklasse nichts zu tun. Wiederum hatte Karl Marx eine im Kapitalismus seiner Zeit nur angelegte, heute aber entfaltete Tendenz schon damals trefflich auf den Punkt gebracht (Grundrisse, S. 591f):

„Die Aneignung der lebendigen Arbeit durch das Kapital erhält in der Maschinerie auch nach dieser Seite hin eine unmittelbare Realität: Es ist einerseits direkt aus der Wissenschaft entspringende Analyse und Anwendung mechanischer chemischer Gesetze, welche die Maschine befähigt, dieselbe Arbeit zu verrichten, die früher der Arbeiter verrichtete. Die Entwicklung der Maschinerie auf diesem Weg tritt jedoch erst ein, sobald die große Industrie schon höhere Stufen erreicht hat und die sämtlichen Wissenschaften in den Dienst des Kapitals gefangen genommen sind; andererseits die vorhandene Maschinerie selbst schon große Ressourcen gewährt. Die Erfindung wird dann ein Geschäft und die Anwendung der Wissenschaft auf die unmittelbare Produktion selbst ein für sie bestimmender und sie sollizitierender Gesichtspunkt.“

Es ist offensichtlich, daß diese Diagnose auf den heutigen Stand der Kapitalkonzentration und -zentralisierung, auf die heutige Maschinerie und Technologie, auf den heutigen Stand der Subsumtion von Wissenschaft und wissenschaftlich-technologischer Intelligenz unter den Kapitalproduktions- und -verwertungsprozeß (bis hin zur Arbeitsorganisation) besser paßt als auf den gegebenen Stand der Dinge zu Marx' Zeiten.

Hinter den an der Oberfläche erscheinenden Mißständen an den Universitäten etwa steckt genau die verstärkte Tendenz des Kapitals, sich und seinen unmittelbaren Bedürfnissen die geistige Qualifikation und Produktion unterzuordnen – mit den entsprechenden Konsequenzen: Die universitäre Qualifikation wird gleichzeitig ausgedehnt und fragmentiert, die Ware „geistige Arbeitskraft“ tendenziell entwertet, die Perspektive immer größerer Kreise der Intelligenz derjenigen der Mitglieder der Arbeiterklasse und auch deren Reservearmee mehr und mehr einverleibt oder wenigstens angenähert. Mit einem Körnchen Salz verwirklicht sich hier viel eher die Tendenz zur Proletarisierung als die der Herausbildung einer neuen Klasse. Die daraus erwachsenden Widersprüche schlagen sich in den periodisch immer wieder aufflammenden Mobilisierungen von Studentenmassen ebenso nieder wie in der tendenziell zunehmenden Organisation technischer und anderer Intelligenz nicht etwa in korporatistischen Sonderverbänden, sondern z.B. in der BRD in DGB-Gewerkschaften.

Um den objektiven sozialen Prozeß etwas genauer zu beschreiben, die Problematik sozialer Differenzierung aufzugreifen, seien drei Kategorien genannt, auf die das Schema der „neuen lohnabhängigen Mittelklasse“ nicht zutrifft:

– wissenschaftlich-technische Intelligenz, die unmittelbar dem produktiven Gesamtarbeiter im kapitalistischen Produktionsprozeß einverleibt wird und an der Mehrwertproduktion teilnimmt;

– Teile der gleichen Schicht, deren Arbeit unter die Bedürfnisse der Kapitalverwertung, der Mehrwertrealisierung gezwungen wird, ohne daß sie im Wortsinn zum produktiven Gesamtarbeiter (Mehrwertproduktion) gehören würden, die daher in gleicher Weise der Arbeiterklasse zugehören wie der kleine kaufmännische Angestellte oder die Verkäuferin im Warenhaus: Der Unternehmer ist daran interessiert, bei ihnen wie bei produktiven Arbeiterinnen und Arbeitern die Mehrarbeit (hier zwecks mehr Realisierung von Mehrwert, der anderswo produziert wurde) auszudehnen. (Und dieser Unterschied fehlt in dem ersten Marx-Zitat.)

– Teile der gleichen Schicht, deren soziale Situation und Lebensperspektive als Lohnabhängige sich derjenigen der Mitglieder der Arbeiterklasse wesentlich annähert, ohne daß sie objektiv ökonomisch zu einem Teil von ihr werden würden: zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer. Soweit eine bestimmte Einkommensgrenze vorausgesetzt: Zumindest handelt es sich um die engsten Bündnisschichten des Proletariats, ein sehr großer Teil von ihnen neigt heute in seinem gesellschaftlichen Verhalten dazu, sich in die elementaren Interessenvertretungsorganisationen der Arbeiterklasse zu integrieren, sich als Teil eines „Saliariats“ (wie es in französischsprachigen Ländern heißt) gegenüber dem Kapital zu fühlen und zu verhalten.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die Mitglieder auch dieser letzteren Schicht in früheren Zeiten des Kapitalismus viel kleinbürgerlicher, mittellässlerischer waren als heute. Der Lehrer gehörte wie der Apotheker, der Pfarrer usw. zu den klassischen Dorf- und Kleinstadthonoratioren, seine Scheidung von den normalen Lohnabhängigen war viel schärfer als heute.

Allen diesen Befunden widerspricht in keiner Weise, daß „Managers and engineers“ zum Teil nicht aus dem variablen Kapitalbestandteil, sondern aus Mehrwert bezahlt werden, daß ein Teil von ihnen vermittelt über hohe leitende Funktion der Kapitaleseite, der Bourgeoisie einverleibt wird. Diese Elemente aber sind eine Minderheit – und sie sind derjenigen Teil der betreffenden Schicht, der sich am allerwenigsten im grünen Parteibildungsprozeß „politisch ausdrückt“.

Die kleinbürgerlichen Elemente von Teilen der grün-alternativen Ideologie und Kultur, die der BWK heranzieht, um seine „neue Mittelklassen-Theorie“ zu untermauern, wirken dafür nicht sehr überzeugend. Die „Alternativökonomie“ – für das Gros der Produktion ohnehin wirklichkeitsferne Flause – beschränkt sich auf sehr begrenzte Versuche, sich der Integration in den „normalen“ Arbeitsprozeß oder aber der Erwerbslosigkeit zu entziehen und dabei gewisse emanzipatorische Ideale zu verwirklichen. Erfolgreiche Versuche dieser Art, Versuche also, die nicht rasch scheitern, führen über kurz oder lang zu stinknormalen Kleinbetrieben, in denen die idealistische Selbstausbeutung langsam der Scheidung in klassische Kleinbürger oder auch kleine Bürger (= Kapitalisten) und normale lohnabhängige Ausgebeutete weicht. Alte und neue „klassische Kleinbürger“ oder kleine Kapitalisten sind aber in Mitgliedschaft und Wähler/innenschaft der Grünen Partei absolut marginal.

Der Vollständigkeit halber fügen wir hinzu, daß in der Schüler- und Studentenschaft die soziale Perspektive und Differenzierung natürlich jeweils nur potentiell angelegt, nicht bereits verwirklicht ist. Dies Element der Vorläufigkeit, der noch nicht erfolgten Integration in die verschiedenen Klassen und Schichten nach der Ausbildungszeit, hat schon immer die „seismographische“, gesellschaftliche Erschütte-

rungen ankündigende besondere politische Sensibilität und Mobilität der Studenten begründet.

Objektiv ökonomisch und soziologisch setzt sich die Mitglieder- und Wähler/innen/schaft der Grünen aus dieser Art von Jugendlichen, aus besonders gebildeten und in mancher Hinsicht privilegierten Teilen der Arbeiterklasse sowie aus Teilen der engsten lohnabhängigen Bündnisschichten der Arbeiterklasse zusammen. Hinzu kommen, was sehr wichtig ist, Teile der Arbeiterklasse und dieser Bündnisschichten, deren Interessen traditionell von der gegebenen Arbeiterbewegung am schlechtesten vertreten werden: Dazu gehören insbesondere Frauen, aber auch Jugendliche.

Um die Grüne Partei nicht nur soziologisch und ökonomisch, sondern insgesamt als gesellschaftliche Kraft zu charakterisieren, bedarf es zusätzlicher Kriterien.

Die Grüne Partei ist insbesondere deshalb nicht Teil der Arbeiterbewegung, weil sich die Grünen nicht als Lohnabhängige im Gegensatz zum bzw. gegen das Kapital zusammenschließen, sondern als „über den Klassen und ihren Interessen schwebende“ „Kraft der Vernunft“. Für ihre weitere Entwicklung (auch für ihre mögliche Aufsplitterung) ist der Grad und die Fortsetzung ihrer „Domestizierung“, ihrer Integration in den bürgerlich-parlamentarischen Staat, in das System, entscheidend. Dies geht deshalb nicht konfliktfrei, weil die Grünen auch Ausdruck einer Linksentwicklung, einer Radikalisierung eines bedeutenden gesellschaftlichen Potentials sind. Wir kommen hier auf die Ebene der *Politik*, die Ebene der ökonomisch-soziologischen Analyse reicht nicht aus, um mit der Grünen Partei „fertig“ zu werden ...

2) Wozu dient die „neue Mittelklasse“ dem BWK politisch, und für welche wichtigen Probleme verstellt er sich damit den Blick?

Die allzu lineare, problemlose Ableitung politischer Einschätzungen und Herangehensweisen aus ökonomisch-soziologischen Faktoren hat eine schlechte Tradition: Wieviele Kapitulationen sind nicht schon – z.B. von „linken“ reformistischen Theoretikern – mit der angeblichen „objektiven Unreife“ der ökonomischen Verhältnisse (für die Revolution) gerechtfertigt worden? Aber auch die problemlose und lineare Ableitung des Charakters einer anderen Organisation aus (der Arbeiterklasse fremden) Klasseninteressen dient in der Regel dazu, mit einer solchen Kraft ohne viel Aufwand „fertig“ zu werden und sich den Problemen, die sie aufwirft, zu verschließen. Erinnert sei der BWK an vergangene Zeiten, in denen in vielen linken Organisationen in der BRD auch jede Meinungsverschiedenheit in der eigenen Organisation (erst recht zu anderen Organisationen) „klassenmäßig abgeleitet“ wurde.

In unseren Augen ist die Existenz der Grünen Partei in erheblichem Maße Ausdruck für wirkliche Probleme der Arbeiterbewegung, der traditionellen, verbürgerlichten, systemintegrierten, wie in anderer Weise auch ihres revolutionär-sozialistischen Teils. Es ist sehr unfruchtbar, der grünen Herausforderung auszuweichen, indem man die Entstehung der grünen Partei als unmittelbare und folgerichtige Konsequenz objektiv-ökonomischer Prozesse der Klassenbildung erklärt. Ableitung gut, alles gut? Nein!

Warum kommt denn der Protest, das Mobilisierungspotential der neuen sozialen Bewegungen, die Unzufriedenheit mit „aller etablierten Politik“, die sich in drei Millionen Stimmen für die Grüne Partei ausdrücken, denn nicht der Arbeiterbewegung zugute oder doch wenigstens ihrem bewußt antikapitalistischen, revolutionär-sozialistischen Teil? Handelt es sich doch bei diesen Erscheinungen um verschiedene Formen des Ausdrucks der Widersprüche und der Krise des kapitalistischen Systems und der Klassenherrschaft überhaupt.

Wenn die Grüne Partei politischer Ausdruck der besonderen Interessen einer neuen Mittelklasse ist – und zwar in abgeschlossener, konsolidierter Form –, dann ist unsere

Fragestellung ziemlich *uninteressant*! Die revolutionär-sozialistische Linke kann sich zufrieden zurücklehnen – hat sie doch hiermit eine Entwicklung theoretisch „im Griff“, die mit den Mißerfolgen bzw. möglichen Erfolgen ihres eigenen Parteibildungsprozesses *wenig bis gar nichts zu tun hat*!

Der subjektive Faktor wird dabei ausgeblendet, ob nämlich nicht

- die Mängel der real existierenden Arbeiterbewegung
- und die eigenen Fehler und Versäumnisse

einen maßgeblichen Anteil daran haben, daß eine Partei, die politischer Ausdruck von Radikalisierungsprozessen ist, von massiver Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, von mehr oder weniger vagen Emanzipationswünschen als Partei außerhalb der Arbeiterbewegung und jenseits der sozialistischen und marxistischen Grundpositionen (angefangen bei der Einschätzung des Klassenkampfs, der Rolle des bürgerlichen Staates, der revolutionären Umwälzung, der Befreiung der Arbeiterklasse, die nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann, als Mittel der Befreiung der ganzen Gesellschaft usw.), eben als Grüne Partei entsteht???

Die Theorie der „neuen Mittelklasse“ hatte damals im KBW eine ähnliche Funktion wie die übertriebene Arbeiter-tümelei und Herabsetzung der (studentischen) intellektuellen Elemente in den eigenen Reihen in anderen damaligen Organisationen der Nach-APO-Linken. Die Schicht, die diese Organisationen wie auch den KBW in erheblichem Maße prägten, waren ja nichts anderes als Mitglieder oder potentielle Mitglieder der „neuen Mittelklasse“. Das Bedürfnis einer theoretisch-ideologischen Abgrenzung von sich selbst hatte durchaus einen sehr gesunden Kern: die verzweifelte Notwendigkeit, in der Arbeiterbewegung und in der industriellen Arbeiterklasse Fuß zu fassen, um nicht an ihrem Rande, einflußlos und dem sozialen Druck des studentischen und intellektuellen Milieus ausgeliefert zu bleiben. Die Theorie der „neuen Mittelklasse“ des KBW begegnete diesem Problem mithilfe der „objektiven Erklärung“ – dadurch wußten die Mitglieder, wovon sie sich politisch-ideologisch abzugrenzen und abzuschotten hatten, bekamen aber gleichzeitig den theoretischen Schlüssel für eine Bündnispolitik gegenüber dieser neuen Klasse (also für eine Bündnispolitik mit sich selbst) geliefert. Dem BWK, der heute den Boden der Strategie des „demokratischen Kampfs“ verlassen hat – was wir begrüßen – sei empfohlen, der inneren Verbindung der damaligen Theorie der „neuen Mittelklasse“ mit dem Konzept des „demokratischen Kampfes“ nachzuspüren. U.E. liegt dieses innere Band ziemlich auf der Hand.

Inzwischen ist viel Dreckbrühe den Rhein und andere Gewässer hinuntergeflossen.

Ein großer Teil der revolutionären Linken der „Parteibildungsphase“ der 70er Jahre hat sich aufgelöst, ist zerrieben, verschwunden, ein wichtiger Teil derjenigen, die mit am längsten ausgeharrt haben, ist der grünen Partei einverleibt, hat sich dafür nach rechts entwickelt und auf halbem Wege mit den Elementen neuer Radikalisierung (aber mit marxistischem Maßstab gemessen geringen Politisierung) neuer Schichten getroffen, was die Aufgabe des marxistischen Anspruchs, der revolutionär-sozialistischen Ziele beinhalten. Fleisch von Eurem Fleisch, Blut von unserem Blut, nicht Elemente einer „neuen Klasse“! Folgen wir der BWK-Erklärung dieses Vorgangs, so gibt es keinerlei Anlaß für irgendeine kritische Bilanz dieser Entwicklung.

Wir sind der Meinung, daß die Entstehung der Grünen Partei nicht zuletzt eine Strafe für Fehlentwicklungen in der Arbeiterbewegung und Fehler der revolutionären Linken darstellt.

– Es ist die sozialdemokratisch geführte, bürokratisch verknöcherte, an die bürgerlich-demokratischen Verhältnisse gekettete Arbeiterbewegung, die keinerlei überzeugenden,

begeisterten, anziehungskräftigen Ausweg aus der kapitalistischen Krise weist. Dieser ihr Zustand trägt die Hauptverantwortung dafür, wenn sich Radikalisierungsprozesse neuer Schichten nicht in einer Stärkung der Arbeiterbewegung niederschlagen. Bestandteil dieses Mißstandes ist die Weigerung dieser Führung, sich der Interessen der besonders benachteiligten und unterdrückten Schichten aus eigener Initiative und konsequent anzunehmen. Hinzu kommt die Diskreditierung der sozialistischen Perspektive durch die Zustände im sogenannten „realen Sozialismus“, in denen die angeblich „herrschende Klasse“ nicht herrscht, sondern unterdrückt wird, Emanzipation nicht gefördert, sondern erstickt.

Handelt es sich bei den Grünen um den folgerichtigen Ausdruck einer „neuen Mittelklasse“, hätten revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten *keinerlei Anlaß, die Gründe für ihre Entstehung mit diesen Mängeln der offiziellen Führung der Arbeiterbewegung in Zusammenhang zu bringen*. Politische Kritik wäre durch ökonomisch-soziologischen Fatalismus ersetzt.

— Es ist die im Gefolge der APO entstandene bzw. erstarkte revolutionäre Linke selbst, die es nicht verstanden hat, zu einem glaubwürdigen politischen Anziehungspol links von den traditionellen Führungen zu werden. Es ist ihr nicht gelungen, die sozialdemokratische Hegemonie in der Arbeiterbewegung überhaupt ernsthaft herauszufordern, geschweige denn anzukratzen. Die Gründe dafür sind zuallererst im Bereich der politischen Fehler zu suchen: angefangen bei der Unfähigkeit, die eigene Zersplitterung zu überwinden, politisch unausgewiesenen Spaltungen, Sektierertum. Hinzu kommt die unkritische Übernahme bestimmter Traditionslinien der Arbeiterbewegung, die unkritische Identifikation mit bestimmten Modellen, teils illusionäre und von falschen Einschätzungen und Selbsteinschätzungen ausgehende Aufbaukonzepte, falsches Herangehen an die sozialdemokratisch wählenden, aber klassenkämpferischen Ideen zugänglichen Kolleginnen und Kollegen, mechanistische und abstoßende Weltbilder („Nebenwidersprüche“ usw.) und anderes mehr. Man kann über die konkrete Bilanz verschiedener Meinung sein. Sie muß auch ergänzt werden um das massenhafte Abdriften in spontaneistische politische Unverbindlichkeit einerseits und Reformismus andererseits. Man kann hervorheben, daß die relative Isolierung von der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung, der Druck des studentischen Milieus usw. diese Fehlentwicklungen *begünstigten*. Aber dies enthebt *nicht* der Notwendigkeit einer kritischen Bilanz.

Wenn der BWK in diesen Prozessen der 70er Jahre im wesentlichen das Vorspiel zur folgerichtigen Entstehung der Grünen Partei als politischem Ausdruck einer „neuen Mittelklasse“ sieht, reduziert sich die „kritische Bilanz“ eigentlich darauf, dies nicht früher klarer erkannt zu haben. Die Fehler der revolutionären Linken und die grüne Abkehr vieler von ihnen von den marxistischen, revolutionär-sozialistischen Grundpositionen waren dann aber *naturnotwendig*; sie zu kritisieren, wäre ein *Kampf gegen Windmühlenflügel*; es ginge nicht darum, aus diesen Fehlern zu lernen und irgendetwas dafür zu tun, den Grünen das *hinter ihnen stehende kritische Potential streitig zu machen*.

Die politische Funktion der „neuen Mittelklasse“-Theorie besteht heute für den BWK in folgendem:

- eine künstliche Grenze für die selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit zu ziehen;
- sich politisch in einem überschaubaren, eingeengten Feld „von der DKP bis RAF“ (darauf kommen wir zurück) zu bewegen und an der sozialdemokratischen Führung nur eine überzeitliche Grundsatzkritik zu üben;
- in der Grünen Partei, unter deren Druck noch immer die revolutionäre Linke einschließlich des BWK steht, keine

Konkurrenz und Herausforderung, keinen Spiegel der eigenen Schwächen sehen zu müssen.

Damit aber kann man sich nur vorübergehend und nur scheinbar Erleichterung verschaffen. Man zahlt den Preis, sich sowohl für die Vergangenheit als auch für die Entwicklung von Politik heute für wichtige Aspekte den Blick zu verstellen. Die Anforderung, daß die revolutionäre Linke selbst zum politischen Faktor werden, sich selbst in die Lage versetzen muß, sich durch die real bestehenden Radikalisierungs- und Politisierungsprozesse aufzubauen, alles, was bei den Grünen links von der Sozialdemokratie an Inhalten präsent ist, zur Kritik des Sozialdemokratismus zum Einsatz zu bringen und im politischen Dialog mit den am weitesten links stehenden grün-alternativen Elementen in die Offensive zu kommen, wird dadurch überflüssigerweise und selbstgenügsam abgeschwächt.

3) „Aussichten proletarischer Parteibildung“ von DKP bis RAF, oder welches Konzept revolutionär-sozialistischer Parteibildung verspricht Erfolg?

Der Abschnitt über den „Fortgang proletarischer Parteibildung“, soweit er eine Einschätzung des Standes und der Entwicklungsperspektiven der revolutionären Linken darstellen soll, enthält Aussagen, die alle im wesentlichen zwischen uns unstrittig sein dürften. Sicherlich sind diese Aussagen zum Teil sehr allgemein. Ob aus erhöhtem politischen Interesse und erhöhter Diskussionsbereitschaft – folgend aus den Verschlechterungen der Lebensverhältnisse – politischer Fortschritt erwächst, heißt es, „hängt von der Richtigkeit der Propaganda und Politik der Revolutionäre ab“. Dahinter kann sich ebensoviel Richtiges wie Unzureichendes verbergen.

— Der Boden für Radikalisierungs- und Politisierungsprozesse besteht sicherlich nicht nur in der zunehmenden Verschlechterung der Lebenslage, sondern auch im Mobilisierungsgrad breiter Massen.

— Diese Massen sind politisch großteils nicht unbeleckt, sondern unter dem Einfluß anderer politischer Kräfte, der Sozialdemokratie, der Grünen, auch der DKP.

— Mithin ist nicht nur die Richtigkeit der Propaganda entscheidend. Was heißt Richtigkeit der Politik? In unseren Augen nicht zuletzt, ob die revolutionär-sozialistische Linke es schafft, als anerkannter Bestandteil und vorantreibende Kraft der Mobilisierung *politischer Faktor* zu werden, *den Dialog* mit den sozialdemokratisch und grün Beeinflußten voranzutreiben und sich *die Mittel zu verschaffen, einen politischen Differenzierungsprozeß in der Arbeiterklasse und Jugend zugunsten revolutionärer, sozialistischer Positionen und Parteibildung voranzutreiben*.

Ein Teil davon ist der Kampf für die Einheit der revolutionären Linken selbst, für ihren Zusammenschluß in einer gemeinsamen Partei des revolutionären Sozialismus. Aber zählen die RAF und die DKP zu dieser revolutionären Linken?

a) Die RAF stellt sich völlig außerhalb der Arbeiterbewegung, der Kämpfe und Mobilisierungen der Ausgebeuteten und Unterdrückten. Schon aus diesem Grund kommt sie für den revolutionär-sozialistischen Parteibildungsprozeß als Organisation nicht in Betracht. Das Beste, was sich von ihr sagen ließe, ist, daß sie einen Privatkrieg gegen den bürgerlich-imperialistischen Staatsapparat führt. Diese Stellvertretertätigkeit versucht sie kaum noch, wenigstens ideell, vom Anspruch her, mit den wirklichen Kämpfen und Mobilisierungen in Zusammenhang zu bringen. Ihre objektive Funktion, den staatlichen Gewaltapparat weiter auszubauen, der Reaktion willkommene Vorwände dafür zu liefern, seine Befugnisse auszudehnen und seine scheinbare Legitimität zu verankern, scheint uns deutlich.

Einem bestimmten, zu Mobilisierungen durchaus bereiten sympathisierenden Umfeld der RAF müssen wir erklären, wie schädlich Scheinlinktum ist, wenn etwa, wie in Duisburg, nur die „Zusammenlegung“ der zu Unrecht Angeklagten gefordert wird – nicht aber die Freilassung, unter dem abgeschmackten Vorwand, die ganze Gesellschaft sei ohnehin heute nur ein Knast, und wer die Freilassung fordere, mithin kaum besser als jeder Dutzendknecht des Imperialismus.

b) Die DKP betrachten wir nicht als revolutionär-sozialistische Kraft, die sozialistische Revolution nicht als ihr wirkliches Ziel. Sie betreibt vielmehr eine reformistische Politik, durchaus im Rahmen des Bestehenden. Im Gegensatz zu den meisten anderen KPen Westeuropas heute ist die DKP nach wie vor gesellschaftlich materiell geprägt (neben ihrer sozialen Basis in der Arbeiterklasse) durch ihre Verbindung mit den Herrschenden in der DDR und der Sowjetunion. (Bei einer KP wie der Italiens haben die Veränderungen nicht zur Verbesserung geführt, zumal nicht in jeder Hinsicht: Die Bindung an die Kreml-Bürokratie ist weitgehend ersetzt durch die organische Bindung an den „eigenen“ bürgerlich-demokratischen Staat.) Deren Linie aber ist nicht die der sozialistischen Revolution, sie fördern diese in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern nicht, haben sich mit dem Bestehen der gegebenen Herrschaftsverhältnisse in den westlichen imperialistisch-kapitalistischen Ländern abgefunden. Die DKP spiegelt heute noch weitgehend diese Orientierung und sieht eine ihrer wesentlichen Aufgaben darin, die Interessen der in der DDR und SU usw. Herrschenden in der BRD zur Geltung zu bringen.

Natürlich sind trotzdem DKP-Mitglieder und -Anhänger wichtige Dialog-Partner/innen für den Aufbau einer revolutionär-sozialistischen Kraft. Daß aber die DKP insgesamt Bestandteil einer solchen Kraft werden könnte, ist ebenso Illusion wie daß die SPD (oder inzwischen auch die Grüne Partei) insgesamt Teil einer solchen Kraft werden könnte.

Entscheidend für den Erfolg revolutionärer Parteibildung in der BRD ist die Frage, ob die revolutionäre Linke in Arbeiterbewegung, Jugend und sozialen Bewegungen im Dialog mit den sozialdemokratischen und grünen Kolleginnen und Kollegen in die Offensive kommen kann. Ohne massive Differenzierungsprozesse in diesen Kreisen wird eine Partei des revolutionären Sozialismus mit Masseneinfluß nicht entstehen können, oder anders gesagt, eine Partei, die zunächst die Mehrheit der wirklichen Vorhutkräfte in Betrieben, Gewerkschaften, Mobilisierungen organisiert. „Die proletarische Parteibildung von DKP bis RAF“ scheint uns diesen Aspekt zu vernachlässigen. Die Gefahr, die dabei entsteht und beim BWK durchaus sichtbar ist, besteht darin, sich von den entscheidenden Auseinandersetzungen (und bislang nur ansatzweise vorhandenen) Differenzierungsprozessen in der realen Bewegung abzuschotten zugunsten einer selbstgewirkten Eigenwelt.

Die Auseinandersetzungslinie – grob gesagt – „Sozialpartnerschaft und Klassenkampf“ in den DGB-Gewerkschaften sowie die Frage, ob auf die Profitinteressen des Kapitals und die angebliche Legitimität des bestehenden Staats Rücksicht genommen oder die Interessen der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten und Unterdrückten konsequent durchgesetzt werden sollen, muß heute von der revolutionären Linken in den Vordergrund gestellt werden. Entsprechend müssen sie – möglichst gemeinsam – ihre Vorschläge ausarbeiten und in der realen Bewegung, Mobilisierung und Debatte einbringen. – (Manuel Kellner, VSP)

* *

*

I.

1. Die VSP geht von der Aussage des Kommunistischen Manifests aus, daß die Mittelklassen verschwinden und die

Gesellschaft sich mehr und mehr in zwei große Lager – Bourgeoisie und Proletariat – spaltet, und sieht diese Aussage mindestens in der Tendenz verwirklicht.

In der Auseinandersetzung mit dem Dokument der 3. o. DK des BWK „Bericht über den Diskussionsstand ...“ kritisiert sie die Feststellung der Herausbildung einer „neuen Mittelklasse“ als Zwischenklasse zwischen Arbeiterklasse und Proletariat. Dies lasse sich mit der von Marx entwickelten Kategorie des produktiven Gesamtarbeiters, d.h. der Kombination verschiedener Arbeitsvermögen und der Beteiligung all der verschiedenen Arbeitsvermögen am unmittelbaren Produktionsprozeß, nicht vereinbaren. Die Theorie der – vom BWK so genannten – „neuen Mittelklasse“ verdecke den wirklichen Vorgang, nämlich die Subsumtion der Wissenschaft und wissenschaftlich-technologischen Intelligenz unter das Kapital und damit die ständige Erweiterung des produktiven Gesamtarbeiters.

Für die Masse der wissenschaftlich-technischen Intelligenz bedeute diese Entwicklung eine Entwertung ihrer Qualifikation und Tätigkeit und letztlich die Proletarisierung, ein Teil von ihnen werde der Bourgeoisie einverleibt. Die Theorie der Herausbildung einer „neuen Mittelklasse“ übersehe, daß die Intelligenz früher viel mittelklasserischer gewesen sei als heute.

Zudem fasse sie ökonomisch Unterschiedliches unzulässig zusammen und sei schon deshalb unzutreffend: die wissenschaftlich-technische Intelligenz, die als Bestandteil des produktiven, mehrwertschaffenden Gesamtarbeiters zum Proletariat zählt; die wissenschaftlich-technische Intelligenz, die aus dem Mehrwert bezahlt wird und nicht produktiv tätig ist, sich also im gleichen Verhältnis zur Arbeiterklasse befindet wie z.B. Verkäufer, und solche Gruppen wie z.B. Lehrer, die ökonomisch nicht zur Arbeiterklasse zählen, obwohl sich ihre soziale Stellung und Lebensperspektive der der Arbeiterklasse ständig annähert.

2. Die Auffassung, daß die Grüne Partei politischer Ausdruck der Herausbildung der sogenannten neuen Mittelklasse sei, berge die große Gefahr einer mechanistischen Ableitung politischer Einschätzungen aus ökonomisch-soziologischen Faktoren.

Nicht die vom BWK behauptete „neue Mittelklasse“ mache das Mitglieder- und Wählerpotential der Grünen aus, sondern Schüler und Studenten, deren soziale Perspektive im konkreten noch unklar sei, die aber von den Widersprüchen im Gefolge der Einverleibung der Wissenschaft durch das Kapital betroffen seien, weiter besonders gebildete und privilegierte Teile der Arbeiterklasse und engsten Bündnisschichten.

Die Aussagen des Dokuments, mit denen die Gegensätze der Grünen zum proletarischen Klassenkampf aufgezeigt werden sollten, überzeugten nicht, weil sie sich auf Randscheinungen beziehen, die sowieso verschwinden. Keine Kraft der Arbeiterbewegung seien die Grünen deshalb, weil sie sich gerade nicht als Lohnabhängige im Gegensatz zu den Kapitalisten organisierten.

Vor allem aber verstelle die mechanistische Ableitung der Entstehung der Grünen aus der Herausbildung einer neuen Klasse für die wesentliche Frage den Blick, warum denn die Entwicklung neuer sozialer Bewegungen und neuen Protestpotentials nicht der Arbeiterbewegung und den revolutionär-sozialistischen Kräften zugute kommt, sondern eben zu einer neuen, zwar kritischen, aber nicht sozialistischen Partei geführt hat. Dies führe beim BWK zu mehreren schweren Fehlern: Die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, den eigenen Fehlern würde blockiert, da diese der Herausbildung der „Mittelklasse“ zugeordnet würden (übrigens sei es eine altbekannte Methode, mit anderen

Meinungen durch deren klassenmäßige Zuordnung fertig zu werden); die kritische Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Zustand der sozialdemokratisch geführten Arbeiterbewegung und mit der Sozialdemokratie würde vernachlässigt, da die Entstehung der Grünen nicht in Zusammenhang mit Fehlentwicklungen der Arbeiterbewegung bzw. in Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Führung gebracht würde; der Kampf mit den Grünen um das kritische Potential erschiene nicht als Aufgabe.

Insgesamt und infolge all dieser Fehler, die durch die Theorie der „neuen Mittelklasse“ und die mechanistische Ableitung hervorgerufen oder begünstigt werden, beschränke sich die Vorstellung des BWK von der Parteibildung auf ein eingegrenztes, überschaubares Feld „von DKP bis RAF“, was im übrigen noch falsch bestimmt sei, weil weder DKP noch RAF zu den revolutionär-sozialistischen Kräften zählten, und schotte sich der BWK gegen die entscheidenden Auseinandersetzungen und wirklichen Bewegungen ab. Als entscheidend, um nicht zuletzt auch den Kampf mit den Grünen um das kritische Potential erfolgreich zu führen, sieht die VSP die Auseinandersetzung „Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf“ an.

II.

1. Das aktuelle praktische Problem, das die Untersuchung der Klassenverhältnisse erfordert, ist die Existenz der Grünen Partei. Da diese sich als eine Partei konstituierte, die sich von der Monopolbourgeoisie abgrenzt, und da die Herausbildung der grün-alternativen Partei deshalb eine fortschrittliche Entwicklung bedeutet, sind wir mit der Notwendigkeit konfrontiert, eine klare Stellung zu den Grünen zu beziehen.

In der Geschichte unserer Organisationen herrschte zunächst die Auffassung vor, daß die grüne Partei vernichtet und das kritische grün-alternative Potential für die jeweils eigene Organisation gewonnen werden müsse. Diese Auffassung ist heute ausdrücklich noch bei der MLPD zu finden. In der Praxis führte diese Auseinandersetzung mit den Grünen zur Hinwendung und dem Beitritt großer Teile der „Neuen Linken“ wie auch aus dem DKP-Bereich zu den Grünen. Daß dieser Prozeß keineswegs abgeschlossen ist, zeigt u.a. der Weg eines Teils der früheren GIM.

Unsere eigene Geschichte sollte uns eigentlich gelehrt haben, daß die Alternative, die Grünen vernichten zu wollen oder ihnen beizutreten, für die proletarische Parteibildung keine förderliche Fragestellung ist. Jedoch liebäugelt das VSP-Papier damit, den Grün-Alternativen ihr grün-alternatives Potential abspenstig zu machen, letztlich also die Grünen als Partei zu vernichten. Daß die VSP in der Praxis in nicht unwesentlichen Fragen dahintendiert, sich den Grün-Alternativen anzuschließen, z.B. nicht revolutionär-sozialistische Kandidaturen zu fördern, sondern direkt wie etwa in Hamburg oder indirekt wie bei den Bundestagswahlen zur Wahl der Grünen aufzurufen, muß erwähnt werden. Die ungeklärte Haltung gegenüber den Grünen resultiert daraus, daß die VSP, die uns vorwirft, politische Einschätzungen mechanistisch aus ökonomisch-soziologischen Faktoren abzuleiten, ihrerseits auf die Untersuchung der sozialen Interessen, die der grün-alternativen Parteibildung zu grundeliegen, gänzlich verzichtet.

Die VSP wird dazu wahrscheinlich durch die Parteiengeschichte und Parteienlandschaft in der BRD verleitet, in der sich die großen Parteien als „Volksparteien“ definieren und nicht als Interessenparteien. Eine historische Betrachtungsweise hätte ihr allerdings gezeigt, daß das keineswegs selbstverständlich ist. Da die VSP weder in dem Diskussionspapier noch u.W. sonst irgendwo Programmatik und Politik der Grünen konkret untersucht, sieht sie nicht, daß mit der

Herausbildung der Grünen für die BRD etwas Neues entstanden ist: Die Grünen haben sich nicht als „Volkspartei“ gebildet, sondern als Interessenpartei. So unterscheidet sich ihr Verhältnis zur Frage von Mehrheit und Minderheit grundlegend von denen der „Volksparteien“, die den Anspruch erheben, für Mehrheiten zu sprechen, was die Grünen nicht tun. Gerade weil die Grünen nicht Volkspartei sind und sein wollen, sondern die Interessen ihrer Klientel vertreten, üben sie auf die „Volksparteien“, v.a. die SPD, zersetzenden Einfluß aus.

Das VSP-Papier bleibt wichtige Erklärungen schuldig:

– Wenn zutrifft, daß die werktätige Intelligenz in der Haupttendenz in die Arbeiterklasse eingegliedert ist, und wenn nicht bestritten wird, daß die Mitgliedschaft und Wählerschaft der Grünen insofern gemeinsame Merkmale aufweist, als sie Ober- und Hochschulausbildung hat, dann muß doch gefragt und beantwortet werden, was einen so erheblichen Teil der werktätigen Intelligenz dazu bewegt, sich derart einer kollektiven Täuschung hinzugeben und eine Partei zwar in Abgrenzung zur herrschenden Klasse, aber dennoch außerhalb der Arbeiterbewegung, also außerhalb ihrer „eigentlichen“ Klasseninteressen, zu bilden.

– Diese Frage stellt sich um so schärfer, als zahlreiche Kader der grün-alternativen Parteibildung zunächst in Parteien und Organisationen marxistisch-leninistischer Weltanschauung organisiert waren. Warum haben sie sich, obwohl sie bei der Verfolgung ihrer ureigensten Interessen eigentlich schon auf dem richtigen Weg waren, davon abgewandt? Das VSP-Papier sagt, aufgrund der Fehler unserer Organisationen. Da wüßten wir aber gerne genau, welche Fehler unserer Organisationen mit einer Zeitungsauflage von zusammengekommen weniger als 50000 die Bildung der grün-alternativen Partei mit ihren mehreren Millionen Wählern bewirkt haben.

2. Das VSP-Papier kritisiert, daß die Theorie von der Herausbildung einer „neuen Mittelklasse“ bzw. Zwischenklasse Marx' Vorhersagen über die Polarisierung der Gesellschaft in die zwei Hauptklassen Arbeiterklasse und Bourgeoisie widerspricht. Genau heißt es im „Manifest der Kommunistischen Partei“: „Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassegegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.“

Die Kritik der VSP ist nicht völlig unberechtigt.

Da wir die Herausbildung einer neuen Klasse in der Diskussion vor allem unter dem Gesichtspunkt der Differenzierung der Werktätigen behandelt haben, kann der Eindruck von der Aufspaltung des werktätigen „Lagers“ entstehen. Auch ist die Übernahme des Begriffs der „neuen Mittelklasse“ (analog zu den „alten Mittelklassen“, worunter Marx/Engels die „Mittelstände“, d.h. kleinen Bourgeois, verstanden) irreführend, denn die werktätige Intelligenz, um die es dabei geht, nimmt keine Mittelstellung ein. Die Herausbildung der Klasse der werktätigen Intelligenz weicht die Polarisierung der bürgerlichen Gesellschaft nicht auf, sondern ist im Gegenteil Ausdruck der Polarisierung in zwei Lager – das Lager des Eigentums und das Lager der Arbeit.

In der Geschichte der Klassengesellschaften ist, wie Engels beschreibt, die Wahrnehmung der gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft direkt Sache der herrschenden Klasse:

„Solange die gesellschaftliche Gesamtarbeit nur einen Ertrag liefert, der das zur notwendigen Existenz aller Erforderliche nur um wenig übersteigt, solange also die Arbeit alle oder fast alle Zeit der großen Mehrheit der Gesellschaftsglieder in Anspruch nimmt, solange teilt sich die Gesell-

schaft notwendig in Klassen. Neben dieser ausschließlich der Arbeit frönenden großen Mehrheit bildet sich eine von direkt-produktiver Arbeit befreite Klasse, die die gemeinsamen Angelegenheiten der Gesellschaft besorgt: Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaft, Künste usw. Das Gesetz der Arbeitsteilung ist es also, was der Klassenteilung zugrunde liegt.“ (F. Engels, Anti-Dühring, Peking 1972, S. 373)

In der Entwicklung der kapitalistischen Klassengesellschaft jedoch findet eine Trennung des Eigentums von allen praktischen Funktionen der gesellschaftlichen Leitung, – der Arbeitsleitung, Staatsgeschäfte, Justiz, Wissenschaft, Künste etc. – statt. Diese Trennung ist heute weit fortgeschritten. Vorbei sind die Zeiten, in denen Wissenschaftler, Richter, Offiziere, Politiker etc. in aller Regel direkte Mitglieder der herrschenden Klasse waren, mit Vermögen im Hintergrund und auf Vermögen beruhenden Beziehungen. Das heißt, daß die zur gesellschaftlichen Leitung notwendigen Kenntnisse heute nicht mehr bei der herrschenden Klasse, den Kapitaleigentümern, monopolisiert sind.

Zwar sind es nach wie vor die Kapitaleigner, die alle wesentlichen Entscheidungen fällen und die Herrschaft ausüben. Aber der Arbeiten, die mit gesellschaftlicher Leitung verbunden sind, haben sie sich entledigt, indem sie sie anderen übertragen haben: Die Intelligenz, in einem früheren Stadium der bürgerlichen Gesellschaft noch „Fleisch vom Fleisch“ der herrschenden Klasse, hat sich von dieser abgetrennt und verstärkt heute das Lager der Arbeit.

Insofern enthält die Behauptung des VSP-Papiers von der Tendenz zur Proletarisierung der Intelligenz einen richtigen Kern.

Die werktätige Intelligenz als Produkt der Trennung von Eigentum und Leitung steht in einem antagonistischen Widerspruch zum Kapital, weil sie arbeitet und weil sie von ihm abhängig ist. Auch ihr Interesse ist die Befreiung der gesellschaftlichen Produktivkräfte von den Fesseln der privaten Aneignung.

3. Das VSP-Papier übersieht jedoch, daß das Lager der Arbeit nicht einheitlich ist und daß innerhalb dieses Lagers nicht die Tendenz zur Vereinheitlichung vorherrscht. Sie verkennet, daß die Teilung der Arbeit durch den beschriebenen Prozeß ja nicht aufgehoben ist, daß im Gegenteil durch die Umwälzung des Produktionsprozesses die Teilung und Zergliederung der Arbeit weit fortgeschritten ist und zu einer immer krasser Trennung von Hand- und Kopfarbeit bei allen Arbeiten geführt hat.

Die VSP bestreitet die Differenzierung nicht schlichtweg, sondern versucht, sie mithilfe der Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeit zu erklären. Danach verläuft die Differenzierung zwischen dem Akkordarbeiter, der Verkäuferin und der Putzfrau an der Schule, während sich der Akkordarbeiter mit dem Ingenieur, die Verkäuferin mit dem Betriebswirt und die Putzfrau mit dem Lehrer in der gleichen sozialen und Klassenlage befindet. Daß dieser Erklärungsversuch nicht taugt, wird leicht dadurch bewiesen, daß z.B. die Putzfrau ohne weiteres Verkäuferin oder Akkordarbeiterin, nicht aber Lehrerin werden kann.

Es soll nicht behauptet werden, daß die Kategorien der produktiven und unproduktiven Arbeit überhaupt nichts aussagen. Auf keinen Fall aber ist es möglich, aus der Kategorie des „produktiven Gesamtarbeiters“, wie sie in der Betrachtung des einzelnen „Ateliers“, bezogen auf das einzelne Kapital, gewonnen wird, auf die Klassen und Klassenteilung der Gesellschaft zu schließen. Die Analyse der Klassen macht die Untersuchung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses notwendig. Das leistet das VSP-Papier nicht einmal ansatzweise.

Die vormaligen von der herrschenden Klasse wahrgenommenen Funktionen der gesellschaftlichen Leitung, die infolge der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise enorm ausgeweitet wurden, sind nicht gleichmäßig auf das Lager der Arbeit, sondern auf eine bestimmte Personengruppe innerhalb dieses Lagers, die werktätige Intelligenz, übergegangen.

Diese unterscheidet sich nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, nach ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln und nach der Größe ihres Anteils am gesellschaftlichen Reichtum eindeutig von den Arbeitern. Sie ist von körperlicher Arbeit weitgehend entbunden. Ihre Arbeit stellt sich deshalb auch immer nur vermittelt durch andere, durch die Handarbeiter, in einem Produkt dar. Den Arbeitern gegenüber ist sie im großen und ganzen weisungsbefugt. Ihr Einkommen ist durch Arbeit erworben, hebt sich aber vom Einkommen der Arbeiter deutlich ab. Zusammengenommen ist festzustellen, daß sich die Lebenssphäre der werktätigen Intelligenz deutlich von der Lebenssphäre der Arbeiter abgrenzt, Verbindungen zwischen Angehörigen dieser beiden Lebenssphären finden nicht häufig statt.

Den Zutritt zu dieser Personengruppe erwirbt man durch allerhand Aufwand, für den man das „Reifezeugnis“ und einen Hochschulabschluß erhält.

Die Behauptung des VSP-Papiers, es fände eine Angleichung der Lage der werktätigen Intelligenz an die der Arbeiter statt, findet in der gesellschaftlichen Wirklichkeit keine Anhaltspunkte.

Die VSP muß, wenn sie ernsthaft davon ausgeht, vielen Entwicklungen und Bewegungen verständnislos gegenüberstehen. Wie will sie z.B. erklären, daß eine erhebliche Anzahl von Leuten enormen Aufwand an Bildungsanstrengungen auf sich nimmt, um der körperlichen Arbeit und dem Los des körperlich Arbeitenden zu entgehen, wenn sich der Lehrer von der Putzfrau und der Ingenieur vom Akkordarbeiter in Wirklichkeit fast nicht mehr unterscheiden?

Wie will sie die Versuche der Reaktion und ihre strategische Absicht dabei erkennen, die Differenzierung weiter zu verschärfen, z.B. im und mittels des Bildungswesens? Wie will sie die Bewegungen dagegen mit eigenen Beiträgen und in Verfolgung welcher strategischen Ziele fördern? Wie will sie die Bedeutung des Lohnkampfes erkennen, der der Differenzierung entgegenwirkt? Wie die Kämpfe und Bewegungen unterstützen, die sich gegen die weitere Zerteilung der Arbeit richten (Lohnrahmentarif)? Usw.usf. Sich nicht damit zu begnügen, „dabei zu sein“, ist nicht damit identisch, sich von „entscheidenden“ Auseinandersetzungen oder „realen“ Bewegungen abzuschotten.

4. Das VSP-Papier gibt in seinem ersten Teil, in dem es eine Analyse der Klassenverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft versucht, den Diskussionsstand wieder, den Kreise der „Neuen Linken“ bereits Ende der 60er Jahre erreicht hatten. Es reflektiert die seitherige Entwicklung und gerade die Entstehung der Partei der Grünen nicht.

In der Darlegung der These, daß große Teile der werktätigen Intelligenz als Teil des „produktiven Gesamtarbeiters“ dem Proletariat angehören, lehnt sich das VSP-Papier stark an die Theoriebildung der DKP Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre an. Dabei findet eine Auseinandersetzung mit der Theoriebildung der DKP damals wie im weiteren Verlauf nicht statt, auch bezieht das Papier keine Position zur Kritik, die z.B. der BWK an der DKP-Theorie entwickelt hat. Das macht es nicht gerade leicht zu verstehen, warum die VSP die DKP, mit der sie weitgehende theoretische Übereinstimmungen hat, nicht zu den Kräften zählt, an denen vorbei die proletarische Parteibildung nicht stattfinden kann. – (anl, chc, scc)

Demnächst: 50 Jahre Volkswagen-Legenden

„Freudenspender“, „Volksaktie“, „Sozialmodell“ Imperialistische VW-Tradition – schon immer fein verpackt

Die Produktion des fünfzigmillionsten Volkswagens war der „Braunschweiger Zeitung“ eine Sonderbeilage wert. Der Leser erfährt: „Käfer und Golf sind charakteristische Beispiele für ‚made in Germany‘, Markenzeichen der technischen Spitzenleistung eines wirtschaftlich starken und freien Deutschland. Sie legen Zeugnis ab von unternehmerischen Wagemut, für Innovationsfreudigkeit und zielstrebige Arbeit.“ Volkswagen, das steht in der öffentlichen Meinung unerschüttert für Massenmotorisierung und nicht für Zwangsarbeit und Kriegsproduktion, für soziale Arbeitsbedingungen und nicht für ausgetakteten Gesundheitsverschleiß am Band, für humane Verhältnisse in ausländischen Produktionsstätten und nicht für Unterdrückung gewerkschaftlichen Zusammenschlusses dort, für niedersächsische Wirtschaftskraft und nicht für Auszehrung ganzer Regionen. Porsche gilt als genialer Erfinder, nicht als faschistischer „Wehrwirtschaftsführer“. So verwundert es auch nicht, daß die VW-AG kürzlich im Wolfsburger Werksgelände eine

große Bildtafel mit dem Motiv der Grundsteinlegung am 26. Mai 1938 anbringen konnte. Der Grund: „Auf diese Weise können sich die Mitarbeiter noch mehr mit ihrem Unternehmen und seiner Geschichte beschäftigen und mit ihm identifizieren.“ (Werkszeitschrift „Autogramm“ 12/86). Wie solche Art konzerneigene oder -hörige Geschichtsschreibung aussieht, zeigt z.B. die „Braunschweiger Zeitung“. Zwangsarbeit, Über-Kopf-Montage, Streikkämpfe kommen darin nicht vor. Wir haben Interesse etwas beizutragen zu einer antifaschistischen Geschichtsschreibung gegen den VW-Konzern, einer Geschichte derer, die dort arbeiten mußten und müssen. Dieses Interesse teilen wir mit vielen. Der folgende Beitrag gegen einige „VW-Legenden“ ist so auch als Initiative gedacht, den absehbaren Konzernjubiläumsfeiern im Mai 1988 mit anderen antifaschistischen und Arbeiterinteressen verpflichteten Kräften gemeinsam gewappnet gegenüber zu stehen.

„Ich möchte einen in Großserie hergestellten deutschen Wagen sehen, den sich jeder kaufen kann, der genug Geld für ein mittelgroßes Motorrad besitzt. Es ist schlimm zu denken, daß für Millionen gesunder, hart arbeitender Menschen ein modernes Verkehrsmittel unerreichbar bleiben soll, das ihnen nicht nur Nutzen bringt, sondern sonntags und in den Ferien auch ein Quell der Lebensfreude sein könnte“, verkündet Hitler auf der Automobilausstellung 1933. „Es ist daher Wille der nationalsozialistischen Staatsführung, durch Förderung des Automobilwesens nicht nur die Wirtschaft anzukurbeln und Hunderttausenden von Menschen Arbeit und Brot zu geben, sondern damit auch immer größeren Massen unseres Volkes die Gelegenheit zu bieten, dieses modernste Verkehrsmittel zu erwerben“, fügt er gleichen Orts 1934 hinzu. Gesetze über Steuervergünstigung beim Autokauf und zum Projekt „Reichsautobahn“ sind bereits erlassen. So nachhaltig diese Propaganda auch bis heute ist, die Triebkräfte der angeblichen „Volksmotorisierung“ sind keineswegs „sozialpolitischer“ Art gewesen.

Interessen der Autoindustrie

Bis in die 30er Jahre ist die deutsche Automobilindustrie nicht in der Lage, serienmäßig einen Kleinwagen bis 1500 ccm herzustellen. Opel hält in dieser Klasse allein etwa 78% Marktanteil. Opel wird 1932 von General Motors übernommen. Der Reichsverband der Automobilindustrie (RdA) beschließt 1934, die bereits seit längerem bestehenden Pläne zur Entwicklung eines „deutschen Volkswagens“ zu übernehmen. Verschiedene Kommissionen werden vom RdA eingerichtet, mit der Konstruktion wird Dr. F. Porsche beauftragt. Auf der „Koblen-

zer Fabrikantentagung“ 1936 wird beschlossen, ein Volkswagenwerk außerhalb der Automobilindustrie aufzubauen unter Regie der Reichsregierung. Opel nimmt an dieser Sitzung nicht mehr teil, eine Preissenkung des kleinsten Opel-Modells zur Konkurrenzvahrung gegen den geplanten VW war durch die Reichsregierung untersagt worden. Dafür ist Daimler-Benz, wo auch VW-Prototypen hergestellt werden, gleich mit zwei Vertretern beteiligt.

Kriegsabsichten

Ein Volkswagen muß „auch als Lieferwagen und für bestimmte militärische (Zwecke) geeignet sein“, hatte Porsche 1934 geschrieben. Der Wehrmachts-Verbindungsoffizier im Reichsverkehrsministerium verwies im selben Jahr auf

die Beachtung militärischer Erfordernisse bei der VW-Konstruktion: drei Mann, ein Maschinengewehr und Munition müßten Platz haben. Und da Krieg Materialverschleiß bedeutet, mußte in großen Stückzahlen produziert werden können. Mehrmals reist Porsche in die USA um die Großserienproduktion zu studieren. 55000 VW-Militärversionen, die „Kübelwagen“, werden zwischen 1940 und 1945 gebaut. Die Luftkühlung wird in Hinblick auf Kriegseinsatz entworfen, „denn im Krieg wird geschossen, und es können Löcher im Kühler entstehen“ (Porsche).

„Deutsche Arbeitsfront“ (DAF) wird zum Statthalter

Nachdem auf Drängen von Daimler-Benz, BMW und der Deutschen-Bank-



26. Mai 1938, Hitler fährt zur Grundsteinlegung in einem eigens für ihn angefertigten VW-Cabrio vor. Vor 60000 Zuhörern erklärt er den Volkswagen zu einem Symbol der NS-Bewegung. Die Hitlerrede wird über alle Rundfunksender ausgestrahlt. Von den „Freudenspendern“, so der VW-Propagandaname, werden bis 1945 gerade 630 Zivilversionen gebaut, für führende NSDAP-Funktionäre.

Gruppe das VW-Vorhaben vom RdA der Reichsregierung übertragen worden war, gründeten zwei Kapitalgesellschaften der DAF die GEZUVOR, die „Gesellschaft zur Vorbereitung eines deutschen Volkswagens“, 1939 umgewandelt in „Volkswagenwerk GmbH“. Geschäftsführer wird neben Porsche J. Werlin, Daimler-Benz Direktor und B. Lafferentz, vor seiner Tätigkeit bei der DAF Syndikus des Unternehmerverbandes. Die „Deutsche Arbeitsfront“ war nach der Zerschlagung der Gewerkschaften als NS-Massenorganisation sowohl für die „Gefolgschaft“ als auch die „Gefolgschaftsführer“ gegründet worden. Das Gewerkschaftsvermögen wurde der DAF übereignet. Dieses bildete also den Kapitalstock des VW-Werkes. Die zweite Geldsch(r)öpfungsaktion war das „Kraft durch Freude-Sparsystem“. Mit 5 Reichsmark Wochenrate sollte ein VW Stück um Stück zusammengespart werden können. Trotz Appells an die „hart arbeitenden Menschen“, gezielt war das KdF-Sparen auf Gewerbetreibende, Beamte, Wissenschaftler. Viele Arbeiter brachten nicht mal 20 Reichsmark die Woche nach Hause. 337000 KdF-Sparer gab es bis 1945, die mit ca. 236 Mio. Reichsmark den Aufbau des VW-Werks finanzierten. Kein einziger von ihnen hat bis 1945 einen Volkswagen erhalten.

VW-Werk – „KdF-Wagen-Stadt“

Die Standortentscheidung für Fabrik und Siedlung, die „Stadt des KdF-Wagens“, fällt auf die Nähe von Fallersleben. Neben der günstige Verkehrslage (Anbindung an den Mittellandkanal, Ost-West und Nord-Süd-Schnittpunkt für Eisenbahn- und Autobahnlinien), dürfte von Anfang an die Überlegung, in dem dünnbesiedelten Gebiet die damals geplanten 10000 Arbeitskräfte von weit herholen zu müssen, eine Rolle gespielt haben. 1937/38 gibt es betriebliche Kämpfe gegen Akkorderhöhungen und Lohnsenkung. Um dem Widerstand erfahrener Belegschaften zu begegnen, wird die Anwerbung italienischer Arbeiter für den Werksaufbau, Dienstverpflichtungen von Arbeitslosen bis zum massenweisen Einsatz von Zwangsarbeitern, Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen – von 18000 Beschäftigten während des Krieges waren nur 1/6 deutsche Arbeiter – von Anfang an Teil der „Arbeitseinsatzplanung“ für VW gewesen sein. Doch selbst die deutsche „Gefolgschaft“ wohnt unterschiedlich. In bestimmten Stadtteilen sind die Mieten so hoch, daß hier nur „Führungskräfte“ einziehen, während andere „Stammarbeiter“ in Baracken leben müssen. Aber auch deren Arbeits- und Lebensbedingungen sind nicht vergleichbar mit den

Arbeitern, die die Betriebsordnung von 1944 nicht der „Gefolgschaft“ zurechnet: „Neben den allgemeinen sozialen Einrichtungen ... sind besondere Fürsorgemaßnahmen geschaffen. ... (Diese) sind der Beitrag des Betriebes für eine Gemeinschaft, deren tiefer und letzter Sinn darin gelegen ist, im harmonischen Rahmen einer großen Familie der Nation zu dienen. Es widerspricht daher dieser Auffassung, wenn Belegschaftsmitglieder, die weder Treue noch Verbundenheit zum Betriebe kennen, in den Genuß jener besonderen Fürsorgemaßnahmen kämen.“ So definiert kann dann die Auszeichnung des VW-Werks als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“ für soziale Leistungen, z.B. für ärztliche, sanitäre und Versorgungseinrichtungen, einhergehen mit systematischen Verhungernlassen ausländischer Arbeiter. Unter den sowjetischen Kriegsgefangenen gab es Widerstandszellen, aus Kreisen der holländischen Zwangsarbeiter, v.a. der Studenten, die auch in der Werksverwaltung eingesetzt werden, sollen Informationen für die alliierten Bomberflotten gekommen sein. Neben den „Kübelwagen“ werden bis Kriegsende allemöglichen Rüstungsprodukte gefertigt und repariert. Im Januar 1945 allein 2030 „Kübelwagen“, 1000 Motoren, 40000 Minengehäuse und 170000 Gehäuse für Panzerfäuste.

Zwangsarbeit und Vernichtung durch Arbeit

Mit der Eingliederung der „Volkswagenwerk – Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in die Rüstungsproduktion des Deutschen Reiches wurde die Belegschaft von anfänglich 2732 (1939) auf 17365 (1944) aufgestockt. VW erhöhte dabei den Anteil der ausländischen Arbeiter (Zwangsarbeiter, Deportierte) von Null Prozent 1939 auf 51% der Belegschaft (1944). Zu diesem Zeitpunkt war der Anteil von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen auf 15% ausgeweitet worden.

Die Beschaffung der Arbeiter geschah nach einem abgestuften Konzept: Zwangsrekrutierung mittels sozialer Erpressung in den besetzten Westgebieten (z.B. Entzug der Lebensmittelkarten), brutale Deportierung aus Polen und der Sowjetunion in Viehwagen direkt nach „KdF-Stadt“, direkte Bestellung von KZ-Häftlingen. Werkschutz und SS sorgten mit Prügel, Folter und Mord für Gefügigkeit. Hunderte von Zwangsarbeitern starben an den Folgen von Mißhandlung, der Unterernährung und den unwürdigen Wohn- und Arbeitsbedingungen.

VW betrieb elf Lager, in denen die Zwangsarbeiter nach rassistischen Gesichtspunkten untergebracht wurden. Das Gemeinschaftslager für

westliche Arbeiter, das Ostlager und sechs andere für die „rassisch minderwertigen“ Arbeiter aus den östlichen Ländern, das Laagberglager, der Keller der Halle 1 und die Gießerei als KZ-Außenstellen.

Zeugenaussagen einer Häftlingsärztin zur Lage der ungarischen Jüdinnen im Keller der Halle 1: „... Die Nahrung war so schlecht, daß ich als Ärztin, die keine körperliche Arbeit verrichtete, nicht fähig war, meine eigenen Pflichten wegen der Unterernährung zu erfüllen ... Wenn die Mädchen bei der Arbeit zusammenbrachen, wurden sie nach Hause geschickt. Dennoch wurden sie bei 39 Grad Fieber ... zur Arbeit zurückgeschickt. Das war Befehl von Direktor

A ... Die Mädchen, die draußen arbeiteten, waren gezwungen, ohne Mäntel, Strümpfe und Schutz vor der Kälte zu arbeiten ... Alle Todesfälle im Lager waren eine direkte Folge der unzureichenden Nahrung ...“

Um die Arbeitskraft von Müttern mit Neugeborenen schneller wieder ausbeuten zu können, errichtete das VW-Werk ein Kinderheim „einfachster Art“ in Rühen für Säuglinge polnischer Zwangsarbeiterinnen. Hier starben aufgrund von Unterernährung und mangelhafter Hygiene 350 Kinder in zwei Jahren. VW-Werksarzt Dr. Körbel attestierte als Todesursache „allgemeine Lebensschwäche“. (Quelle: J. Siegfried, s. Hinweis Seite 39)



Restauration und Expansion nach 1945

Laut Potsdamer Abkommen hätte das Volkswagenwerk demontiert werden müssen, da es bis Kriegsende ausschließlich der Rüstungsindustrie diente. Doch weder die US- noch die britischen Militärbehörden dachten daran, die Reste der Werksruine zu demontieren. Das Volkswagenwerk wurde kurzfristig von den britischen Militärbehörden als Reparaturwerkstatt genutzt. Durch ihr Gesetz Nr. 52 wurde das gesamte Firmenvermögen der DAF beschlagnahmt. Die Faschisten hatten sich dennoch im Werk und in Wolfsburg tief verwurzelt, wie das Kommunalwahlergebnis von 1948 in Wolfsburg zeigt: die „Deutsche Rechtspartei“ (Nachfolgeorganisation der NSDAP) erhielt 17 der 25 Sitze. Die „Deutsche Rechtspartei“ konnte zwar auf alliierten Beschluß verboten werden, ihre Nachfolgeorganisation, die DP („Deutsche Partei“), erhielt immerhin 48 Prozent.

Auch die Gewerkschaften sprachen gegen eine Demontage des VW-Werks, u.a. um das von den Faschisten durch die DAF beschlagnahmte Gewerkschaftsvermögen vom neuen VW-Konzern zurückfordern zu können. Alliierte und die spätere Bundesregierung lehnten dies ab, da das Werk in ein öffentliches Unternehmen umgewandelt worden sei. Bis zum Jahresende 1946 wurden schon wieder 10020 „Volkswagen“ produziert. 1947 beriefen die bri-

tischen Militärbehörden den Ex-Opel-Manager Nordhoff zum Leiter des Volkswagenwerks. „Das Volkswagenwerk wird zweifellos Eigentum des deutschen Volkes werden und durch seine selbstgewählten Repräsentanten vertreten sein“, heißt es in den von Nordhoff mitverfaßten zehn Grundsätzen für die Arbeit im Volkswagenwerk. „Alle Arbeit im Werk ist daher Dienst am Volke zum Nutzen der Allgemeinheit. Die Produktion des Volkswagenwerks hilft wesentlich mit am Wiederaufstieg Deutschlands.“ VW, Betriebsgemeinschaft, Volksgemeinschaft – der Anknüpfungspunkt zur Konzerngründung ist gefunden. Nordhoffs Devise: sofortige Steigerung der Produktion des Werkes, Ankurbelung des Exportes und technische Verbesserung des Käfers. Damit hatte er die westdeutschen Kapitale voll auf seiner Seite. Deren Wirtschaftsminister Ludwig Erhard unterstützte den Expansionskurs später als „deutsches Wirtschaftswunder“.

1949 verzichtet die britische Besatzungsmacht mit der Verordnung Nr. 202 auf eine weitere Kontrolle der beschlagnahmten Vermögenswerte der DAF, die Bundesregierung wird alleiniger Treuhänder. Das Land Niedersachsen übernimmt die Treuhänderschaft kurz darauf, da der Werksstandort hier liegt. Schon 1955 „läuft“ der millionste Käfer (vergolde!) vom Band. Bei der „Feier“ für den 10000sten Käfer durfte noch geschrieben werden: „10000 Wagen – nichts im Magen –

wer kann das ertragen?“ Nordhoff brachte seinen „Arbeitskameraden“ (Orginalton Nordhoff) mit den „zehn Grundsätzen“ Disziplin bei. Zu diesem Zeitpunkt wurden bereits 54 Prozent der Gesamtproduktion ins Ausland exportiert! Für die meisten „Wohlstandsbürger“ und viele Arbeiter bei VW reichte das Einkommen nicht zum Kauf eines „Billigkäfers“.

Der Arbeitskräftemangel in Westdeutschland war ein Grund für die Durchsetzbarkeit relativ hoher Löhne bei VW schon in den 50er Jahren. Die Belegschaft erstritt 1958 als erste in der BRD die 40-Stunden-Woche.

Die Privatisierung des Konzerns

Ende der fünfziger Jahre wurde u.a. von CDU-Wirtschaftsminister Erhard die Diskussion um „Volksaktien“ in der Öffentlichkeit plazierte als materieller Anreiz für zukünftige „volksgemeinschaftliche“ Aufgaben und Interessen. Erhard stilisierte die VW-Privatisierung zu einem entscheidenden Markstein in der Geschichte der „Sozialen Marktwirtschaft“. Die Umwandlung der Volkswagen GmbH in eine Aktiengesellschaft war auch die zweite große Geldschöpfungsaktion nach dem „KdF-Sparen“: Gelder für Modernisierung, Intensivierung und Expansion.

Zuerst wurde durch die Privatisierungsdiskussion aber ein alter Streit über die Besitzverhältnisse am Volkswagenwerk aktualisiert. CDU-Bundes-

„Was gut ist für VW ist gut für Niedersachsen“

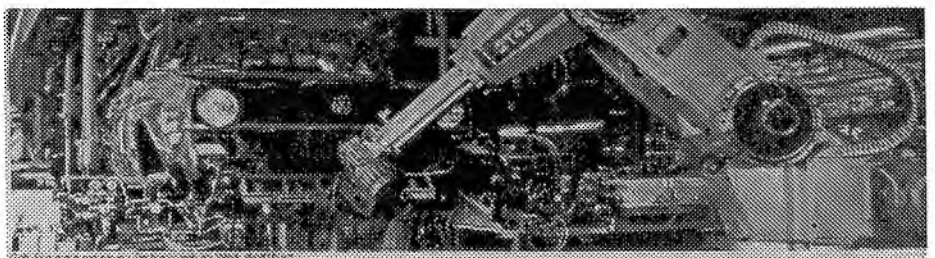
Das meint Ministerpräsident Ernst Albrecht in seinem „Grußwort der Landesregierung“ zum 50millionsten VW. „Niedersachsen ist stolz darauf, den Firmensitz des Volkswagenkonzerns innerhalb seiner Landesgrenzen zu haben.“

Tatsächlich drückt der Konzern dem Land Niedersachsen seinen Stempel auf. Nicht nur, daß der Konzern ein Sechstel der industriellen Arbeitskraft aufkauft, er prägt einschneidend die Wirtschaftsstruktur des Landes. Von der gesamten gewerblichen Produktion Niedersachsens entfallen 25 Prozent auf den Fahrzeugbau, das ist mehr als doppelt soviel wie im Bundesdurchschnitt. VW ist daran mit etwa 80 Prozent beteiligt. Der Anteil von Kraftfahrzeugen am niedersächsischen Export beträgt 30 Prozent. 50 Prozent der Direktinvestitionen entfallen auf den Straßenfahrzeugbau. Der nächstgrößte niedersächsische Konzern, die Salzgitter AG, sowie die ebenfalls in Niedersachsen zu den Großen zählenden Continental Gummiwerke AG, sind wichtige VW-Zulieferer. Stimmt es also, VW als Träger „eines hohen Lebensstandards“ der Lohnab-

hängigen in Niedersachsen zu bezeichnen? Tatsächlich liegt der Lohnstandard der Industriebeschäftigten in Niedersachsen 5,5 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (1982), unbeschadet der Tatsache, daß die Lohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten im niedersächsischen Fahrzeugbau 10 Prozent über dem Durchschnitt liegt. Was aber allgemein für den Straßenfahrzeugbau gilt. Vergleicht man andere Industrien mit dem Bundesdurchschnitt der Branche, so liegt der Lohnstandard in Niedersachsen in der Chemieindustrie 11 Prozent, im Maschinenbau 5 Prozent, in der Elek-

troindustrie 7 Prozent unter dem Durchschnitt. Das Monopol des VW-Konzerns hat die Entwicklung der übrigen Industrie gehemmt. Der starke Export des VW-Konzerns, gerade auch der Kapitalexport, hat die Zulieferindustrie Niedersachsens unter die Konkurrenz der Weltzulieferindustrie gesetzt. Damit wurde auch die Ware Arbeitskraft verstärkt in die Weltmarktkonkurrenz befördert, was wiederum verstärkten Druck auf die Löhne in der Zulieferindustrie bedeutete.

Quelle: G. Becher, Das Gefälle, BS 1986; BZ 23.3.87



Volkswagen – Wirtschaftsmotor in Niedersachsen.

Die Volkswagenwerke in Wolfsburg sind ein Zentrum der deutschen Wirtschaft. Hier werden nicht nur Autos, sondern auch viele andere wichtige Teile für die deutsche Industrie hergestellt. Das VW-Werk ist ein wichtiger Wirtschaftsmotor in Niedersachsen.

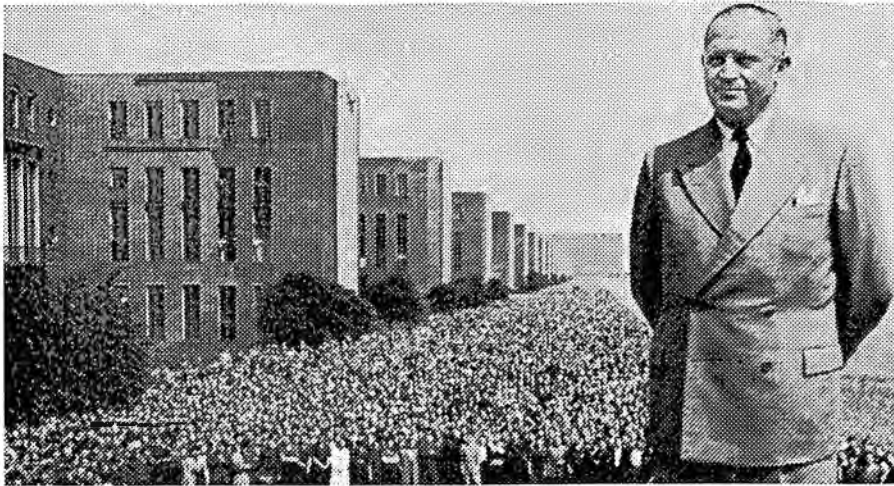
Mehr als 11.000 Menschen arbeiten hier in der Volkswagen AG. Sie sind für die Produktion von Autos und anderen wichtigen Teilen verantwortlich. Die VW-Werke sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor in Niedersachsen.

Die Volkswagenwerke sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor in Niedersachsen. Sie sind für die Produktion von Autos und anderen wichtigen Teilen verantwortlich. Die VW-Werke sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor in Niedersachsen.

Die Volkswagenwerke sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor in Niedersachsen. Sie sind für die Produktion von Autos und anderen wichtigen Teilen verantwortlich. Die VW-Werke sind ein wichtiger Wirtschaftsmotor in Niedersachsen.



Volkswagen – das weiß jeder, wenn man fährt.



Das US-Magazin „Time“ wollte ein Titelfoto. VW-Generaldirektor Nordhoff ließ die Belegschaft hinter sich antreten. Immer noch aktuelles Ziel der „Betriebsgemeinschaftsideologie“: Kapital befiehlt, Lohnarbeit pariert.

regierung und das Land Niedersachsen sahen sich beide als alleinige Rechtsnachfolgerinnen des zum NS-Vermögen gehörenden Volkswagenwerks. SPD und Gewerkschaften wollten nach wie vor keine Privatisierung, sondern eine Umwandlung des Unternehmens in eine „Stiftung Volkswagen“. Die CDU-Bundesregierung will – auch angesichts der Bundestagswahlen 1961 – eine Aktiengesellschaft mit „hochrentlichen Volksaktien“. Der niedersächsische Finanzminister Ahrens, BHE („Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“), macht den „Kom-

promißvorschlag“: Umwandlung der Volkswagenwerk GmbH in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von ca. 600 Millionen DM. Davon sollten je 20 Prozent Bund und Land halten, während 60 Prozent in Form von Volksaktien auszugeben wären. In Bonn wird dieser „Kompromiß“ so beschlossen, in Niedersachsen gerät die SPD/FDP/BHE-Regierung ins Wanken. Schließlich verabschiedete der Landtag mit Ausnahme der zwölf gewerkschaftlich organisierten SPD-Mitglieder den gleichen Vorschlag.

Gesetzliche Garantie für den Privatkonzern

Am 9. Mai 1960 wird durch den Bundestag gegen den Widerstand der Gewerkschaften ein Gesetz erlassen, nachdem mit Wirkung vom 24. Mai 1949 alle Geschäftsanteile der NS-Vermögensorganisationen am Volkswagenwerk der Bundesrepublik zugestanden werden. Am 21. Juli 1960 veräußert die Bundesregierung Aktien im Wert von 360 Millionen DM mit einem Nennwert von je 100 DM. Durch eine Kursmanipulation steigt der Aktienwert bis auf über 1000 DM. Tausende von „Kleinaktionären“ stoßen ihre Aktien mit Gewinn ab, die Banken kaufen fleißig auf und konzentrieren über diesen Coup das Aktienkapital unter ihrer Fuchtel.

Die stete Besetzung des Arbeitsdirektors durch Kandidaten der Arbeitnehmerseite, institutionalisierte und informelle Mitbestimmungsrechte über die Aufsichtsratsfunktionen und andere fein verpackte Besonderheiten im imperialistischen Konzern lassen die Forderung nach paritätischer Mitbestimmung leiser werden und schließlich verstummen.

Das VW-Management bleibt rühiger. „Es gibt noch Dinge, auf die man sich verlassen kann“, kommentieren sie eine Käfer-Werbung Ende der sechziger Jahre in Anspielung auf die APO-Bewegung. Die konzerneigene Geschichtsschreibung ist in Sachen Klitterung äußerst verlässlich.

Ausländer – harte Arbeit auf Schleudersitz

Schon früh in seiner Nachkriegsgeschichte setzte VW wieder auf die Ausbeutung ausländischer Arbeiter. Bereits 1962 macht ihr Anteil 6,5% (4495) der Arbeiter aus. Eingesetzt in den Akkordbereichen, für schnell erlernbare Teilarbeiten, meist unter besonderen Belastungen (hoher Lärm, Schmutz). Gezielt hat VW Arbeitsplätze mit Ausländern besetzt, deren Anzahl in direktem Zusammenhang mit der Produktionsmenge steht.

Bereits 1966/67, als die Produktion stagnierte, entledigte sich VW Tausender ausländischer Arbeiter. 1966 verringerte es ihre Zahl um 29% und 1967 um weitere 16%.

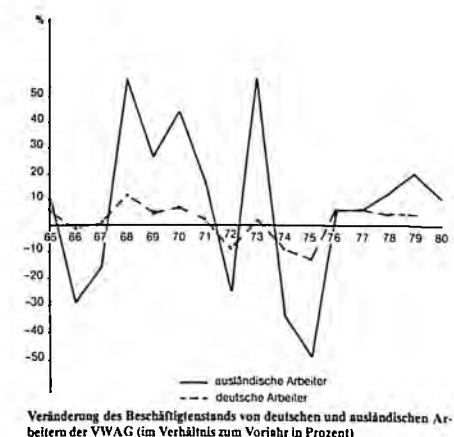
Erreichte die Zahl der ausländischen Arbeiter 1971 einen vorläufigen Höchststand von 16824, wurde sie innerhalb eines Jahres um 25% reduziert, um mit Neueinstellungen 1973 zunächst wieder einen neuen Höchststand von 19954 (+ 57%) zu erreichen. Innerhalb von nur zwei Jahren zwang VW sodann 12000 ausländische Arbeiter den Betrieb zu verlassen (1975 waren nur noch 6913 Ausländer beschäftigt).

Zielgerichtet auf eine begrenztes

Absatzhoch hatte VW 1973 bei den neu eingestellten Arbeitern zu 80% Ausländer genommen (teilweise mit befristeten Verträgen). Ab 1974 begann VW v.a. diesen Teil der Arbeiter mit Aufhebungsverträgen „freiwillig“ zu kündigen. Die „freiwillige“ Kündigung von rund 6000 ausländischen Arbeitern 1974 erzeugte VW über abgestuften Druck. Allgemein wurde mit bevorstehenden Massenentlassungen gedroht. Angeboten wurden 5000 bis 9700 DM Abfindung (die allerdings zu über der Hälfte z.B. mit Urlaubsgeld abgedeckt war), die verloren ginge, wenn das Arbeitsverhältnis anders enden würde. Mit Umsetzungen, Verleihungen und Einzelgesprächen über die aussichtslose Weiterbeschäftigung gestaltete VW für Teile der Arbeiter immer unangenehmere Arbeitsbedingungen. Direkt drohten sie Ausländern, daß bei Nichtverlängerung der Arbeitserlaubnis keine Abfindung gezahlt werde. Als Drohungen nicht mehr auszureichen schienen, um die vorgesehene Zahl der Entlassungen durchzusetzen, ließ VW die „indirekte“ Entlassung durch das Arbeitsamt anwenden. Im Frühjahr 1975 weigerte sich z.B. das Arbeitsamt Kassel rund dreihundert türkischen Arbeitern, die Aufhebungsverträge abgelehnt hatten,

die Arbeitserlaubnis zu verlängern. VW und Arbeitsamt kooperierten dabei direkt miteinander. Zynisch schreibt das Arbeitsamt den Anwälten der türkischen Arbeiter: „Bei der gegebenen Sach- und Rechtslage war es für jeden ausländischen Arbeitnehmer offenkundig, welches Risiko er eingeht, wenn er von dem Abfindungsangebot des Volkswagenwerkes keinen Gebrauch macht“. Es beschreibt damit die rechtlose Rolle der ausländischen Arbeiter als Arbeitermaterial und „Konjunkturpuffer“, die VW durchsetzen konnte.

Quelle: R. Dombos bzw. K. Dohse in Leviathan 4/76



VW streckt seine Finger aus

In der Nachkriegszeit gehören die Automobilkonzerne zu den vehementen Vertretern der „europäischen Einigung“. So auch VW. Frühzeitig werden arbeitsintensive Montagelinien in „Drittländer“ mit niedrigen Lohnstandards verlegt, aber auch die Finger in Europa ausgestreckt. Letzter Coup des Konzerns: die Übernahme der spanischen Seat-Werke. Vorstandsmitglied Dr. Frerk führt aus: „Unser eigenes Land ist nicht die Bundesrepublik, sondern ist Europa.“ Und weiter: „Unsere Mrd. DM, die wir in Seat investieren, um den europäischen Markt zu entwickeln und um die modernste Technologie, die hier in Wolfsburg geschaffen worden ist, auch an der südlichen Grenze der europäischen Gemeinschaft wirksam werden zu lassen, beweist, daß der gemeinsame Markt für unsere Unternehmenspolitik nicht eine Frage der Zukunft ist, sondern eine Realität der Gegenwart.“ Das sind klare Worte. VW ist mit der Übernahme von Seat in der Vernichtungskonkurrenz unter den Automobilkapitalisten ein Schritt nach vorne gelungen. Mit Seat hat der VW-Konzern auch 1500 Händler in Spanien übernommen. Der VW-Anteil am spanischen Automobilmarkt, der 1980 noch bei unter 1% lag, ist 1985 auf ca. 9% gestiegen.

Aber nicht nur die Übernahme ist bemerkenswert. VW ist es gelungen, die spanische Regierung zum Knecht des Konzerns zu machen. Seit der ersten Kooperation mit VW wurde das Werk mit 800 Mio. DM der staatseigenen INI Holding modernisiert, die Belegschaft von 32000 auf 23000 reduziert und bei der Übernahme ließ sich VW eine weitere Reduzierung auf 19000 bis 1990 zusichern. Die spanische Regierung mußte Schulden in Höhe von drei Mrd. DM übernehmen. VW ist zufrieden. 800 DM billiger wird beispielsweise der Polo in Spanien produziert. Geplant ist, eine weitere Fertigungsfabrik bei Barcelona aufzubauen. Das ganze Ding, so wird der Vorstand nicht müde auszurufen, sichere Arbeitsplätze hier. Gewerkschaftliche Kritik an dieser Art Expansion wird nicht laut. Ganz im Gegenteil, die „in Deutschland gewachsene VW-Philosophie der kooperativen Konfliktbewältigung“ beginne auch in den Tochtergesellschaften Früchte zu tragen“, bemerkt der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Hiller. Ein Export des „sozialen Modells“ von VW liegt für den Vorstand allerdings nicht drin. Die „Botschaft der Personalphilosophie“ faßte Arbeitsdirektor Briam auf einer VW-Konferenz des IMB (Internationaler Metallarbeiterbund) recht klar zusammen. Jede Volkswagengesellschaft habe ihre eigene nationale Identität zu erringen und zu bewahren. Vor allem im Arbeits- und Sozialwesen sei es nicht möglich, Verhaltensprinzipien zu

VW: Imperialistischer Ausbeuter in Brasilien

Vor einigen Wochen schmückte die Nachricht „VW verkauft brasilianische Rinderfarm“ die BRD-Presse. Die schlechtesten Arbeitsbedingungen und Löhne der zumeist von Leihfirmen angeworbenen und wie Lohnsklaven gehaltenen Arbeiter der Farm riefen Proteste der Gewerkschaften, national wie international, hervor. Die Vernichtung von Tausenden von Hektar Urwald rief ebenfalls die Umweltschützer auf den Plan.

Der VW-Konzern rühmt sich gerne seiner angeblichen „entwicklungs- und sozialpolitischen“ Wohltaten in Brasilien. Wie wenig davon wahr ist wurde einmal mehr deutlich auf der letztjährigen Versammlung von Metallgewerkschaften aus den VW-Werken. Die brasilianischen Delegierten verurteilten die Vorreiterrolle von VW do Brasil bei der Unterdrückung der Gewerkschaften und ihrer Forderungen. Die VW-Geschäftsleitung macht Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Tarifverträgen, verweigert Absprachen über Lohn Tabellen und die medizinische Versorgung und übt durch Entlassungen und Drohungen massiven Druck aus. Der Präsident des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, Rebhan, warf VW in Brasilien eine „konsequente gewerkschaftsfeindliche Politik“ vor. VW verhalte sich gegenüber Arbeitnehmern, Betriebsräten und Gewerkschaften so anmaßend und aggressiv, als glaubte es, Brasilien wäre noch immer eine Militärdiktatur.

Bereits 1953 startete der VW-Konzern zur Konkurrenzschlacht mit den US-Automobilkonzernen in Brasilien, ab 1957 mit eigener Produktionsstätte, die im wesentlichen mit alten Anlagen aus der BRD bestückt wurde. VW spielte eine Vorreiterrolle bei der verschärften Ausbeutung der Automobilarbeiter und steigerte die Pro-Kopf-Leistung bis Mitte der siebziger Jahre – immer rund 50 Prozent über der Konkurrenz – auf das Niveau in der BRD. Seither verteidigte VW do Brasil erfolgreich die Marktführerschaft in Brasilien und in ganz Südamerika. Im Konzert mit anderen Konzernen wechselte VW do Brasil jedes Jahr bis zu 25% der Belegschaft aus, so daß die Betriebszugehörigkeit bis Ende der 70er Jahre durchschnittlich drei bis fünf Jahre nicht überschritt. Der gesetzliche Mindestlohn, der 1959 noch bei umgerechnet rund 500 DM lag, sank 1976 auf 175 DM und 1985 auf 120 DM. VW do Brasil zahlte den Arbeiter durchschnittlich nur das Zwei- bis Dreifache eines Mindestlohnes. 1975 betrug der Durchschnittslohn gerade ein Viertel von dem eines VW-Arbeiters in der BRD.

1973 führte VW das Zweischichtsystem ein und zwang die Arbeiter zu vermehrter Überstundenarbeit. 60 und mehr Stunden pro Woche, trotz der gesetzlichen Arbeitszeit von 48 Std., waren die Regel.

Seit der Reorganisierung der brasilianischen Gewerkschaften Ende der 70er Jahre und den zunehmenden Streiks insbesondere in der Automobilindustrie setzte VW do Brasil wie kaum ein anderer Konzern fast gegen jeden Streik Polizei und Militär ein. 1979 wurde auf Drängen von VW und anderer Automobilkonzerne das Gewerkschaftsvermögen beschlagnahmt und die Gewerkschaftsführung abgesetzt und inhaftiert. Wiederum in der Vorreiterrolle führte VW do Brasil, um den wachsenden Einfluß der Gewerkschaften zurückzudrängen, eine „Arbeitnehmervertretung“ ein. Diese durfte nur zur Hälfte mit Gewerkschaftsmitgliedern besetzt sein, wählen durften nur längerbeschäftigte VW-Lohnabhängige. Nur knapp über die Hälfte der Beschäftigten beteiligten sich an der Wahl. Die VW-Geschäftsleitung mußte die Rechte der „Arbeitnehmervertretung“ erweitern. Die Gewerkschaften erhöhten beständig ihren Einfluß, auch in der „Arbeitnehmervertretung“. Seit 1984 erkämpften die VW-Arbeiter Sonderzahlungen, Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung. Andererseits konnten sie nicht verhindern, daß die VW-Geschäftsleitung die Beschäftigtenzahl in den letzten sieben Jahren um fast 16000 abbaute und den Dreischicht-Betrieb in Montagebereichen einführte. Allein im letzten Jahr entließ VW über 1000 Arbeiter, darunter Dutzende von Gewerkschaftsfunktionären.

Quellenhinweis: Brasilien-Nachrichten: VW do Brasil, Entwicklungshilfe im besten Sinne?; ders.: Gewerkschaften in Brasilien



übertragen. Das deutsche Modell der Mitbestimmung und Mitverantwortung ... sei nicht exportierbar. Damit bleibt den Schwarzen in Azania absolute Rechtlosigkeit und Unterdrückung und den inländischen VW-Arbeitern das Betriebsverfassungsgesetz.

Internationalisierung der Tarifpolitik

Was im Gegenzug allerdings gut importierbar ist, erläutert der Vorstandsvorsitzende Hahn auf die verschärfte Weltmarktkonkurrenz eingehend. „Es wird schwierig sein, auf die Dauer mit unserer Kostenstruktur auf dem Weltmarkt preislich wettbewerbsfähig zu bleiben.“ Lange hätte gegolten, daß deutsche Fahrzeuge einen überlegenen technischen Stand eingenommen hätten. „Vielleicht der entscheidende Wettbewerbsvorteil, der auch manchen Standortnachteil ausgleicht.“ Das sei heute nicht mehr gültig. Die Schlußfolgerung ist eindeutig. „Ich bezweifle, daß wir es weiter riskieren können, nur aus einer nationalen Sicht und nur aus nationalen Sorgen heraus Tarifpolitik zu betreiben.“ Bei den jetzt schon bestehenden Arbeitszeit-, Lohn- und Preisdifferenzen sei nicht mehr Beschäftigung zu erkämpfen. Hahn wendet sich auch gegen protektionistische Forderungen gegenüber der japanischen Automobilindustrie, da VW zu über 60% vom Export abhängig ist. Mit dieser Kampfansage an den Lohnstandard bei VW hat Hahn sich allerdings auf ein konfliktträchtiges Feld begeben. Gibt es nicht einen weniger brisanten Bereich, wo für Wettbewerbsvorteile und Arbeitsplätze gestritten werden kann?

„Investitionen in Humankapital“

„Motivierte Menschen sind ein Wettbewerbsvorteil. Es ist sinnvoller diesen zu nutzen, als in das Klagelied über die japanischen Lohnkosten einzustimmen.“ (Arbeitsdirektor Briam – Gewerkschafter 1/87) Auf dem Weg zum motivierten, sich mit dem Betrieb identifizierenden „Mitarbeiter“ hat man bei VW die Qualitätszirkel entdeckt. 1980 wurden die ersten Werkstattkreise eingerichtet. Heute sind ca. 560 durchgeführt und 1,2 Mio. DM wurden an Prämien ausgezahlt. Der Vorstand rechnet dagegen mit Einsparungen von knapp vier Mio. DM auf Jahresbasis. Über die „verstärkte Nutzung von Erfahrung und Wissen der Arbeitnehmer“, über die „Aktivierung brachliegender Kreativität“ in Kreisen, wo die Stimme von jedem zählt und im Konsens Entscheidungen fallen, wird hier Betriebsgemeinschaft produziert. Vor allem aber können hier Leistungsreserven und Erfahrungswissen mobilisiert werden, an das man mit herkömmlichen Methoden der Leistungsmessung u.ä. nicht herankommt. Der Betriebsrat hat zu diesen Qualitätszirkeln eine Betriebsvereinbarung mit recht weitreichenden Beteiligungsrechten für den Betriebsrat abgeschlossen. Allerdings ist es der Geschäftsleitung gelungen, sowohl in dieser Vereinbarung als auch in dem Tarifvertrag (TV) zur sozialen Sicherung bei Rationalisierungsmaßnahmen den Betriebsrat zur Anerkennung der Wettbewerbsfähigkeit als der zentralen Frage zu bewegen. „Mit VW-Zirkeln sollen folgende Ziele erreicht werden: – Verbesserung der Qualität der eigenen Arbeit, – Aufrechterhaltung und Verbesserung der

Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens ...“ (Betriebsvereinbarung zu Qualitätszirkeln). „Die Tarifvertragsparteien schließen diesen TV ab in dem Bewußtsein, – daß zur Sicherung der Arbeitsplätze die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens unverzichtbar ist; – daß deshalb die hierfür erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen des Unternehmens auch im Arbeitnehmerinteresse sind; – daß jedoch die betroffenen Arbeitnehmer von den Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen soweit wie möglich geschützt werden müssen.“ (Präambel des Tarifvertrages). So ist ein Blankoscheck für bedingungslose Rationalisierung unterschrieben. Weißberger, Leiter der Zentralplanung bei VW sagt auf die Frage, wie die Fabrik im Jahr 2000 aussehen wird, worauf sich die Belegschaft nach Rationalisierungsmaßnahmen zwecks Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit einzustellen hat: „Möglicherweise wird die hohe Kapitalintensität der Maschinen im Jahr 2000 auch Schichtsysteme erfordern, die eine Nutzung ... während 24 Stunden am Tag und an sieben Tagen in der Woche zulassen.“ – (ard, bef, gka, hah, mal, rog, sie, Mitglieder der DK AG Konzernpolitik des BWK LV Nds./Bremen und Mitglieder der Volksfront LV Nds.)

Quellenhinweise: „Autogramm“ (VW-Werkszeitung); R. Doleschal u.a., Wohin läuft VW, Reinbek 1982; Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu den Stätten des Widerstands ..., Nds. I, Köln 1984; U. Kubisch, Aller Welts Wagen, Berlin 1986; K.-J. Siegfried, Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk 1939 – 1945, Ffm 1986

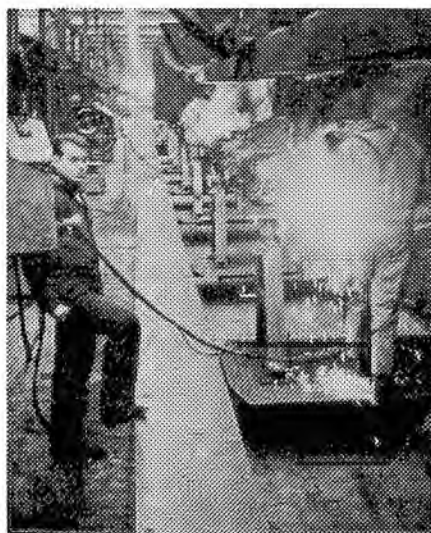
Ein halbes Berufsleben arbeiten bei VW

Kassel. „Meine Arbeit, das Bandschweißen, trat ich nach dem Werkurlaub 1964 an ... Am Band arbeiteten ca. 120 Mann. Es war durch Stoffbespannung in Kabinen eingeteilt ... Jeweils drei Mann arbeiteten zusammen, von denen immer zwei am Band waren, der dritte hatte für eine halbe Stunde Pause. Dadurch mußte schneller gearbeitet werden, aber durch die internen Pausen war die Arbeit erträglicher. Die Leistung blieb unverändert. Die Kameradschaft am Band war hervorragend: Wenn einer mal ein Loch schweißte, wurde das vom nächsten stillschweigend ausgebessert ... Es ging auch nicht immer so ganz stur und ernst zu: ... Während einer Bandpause haben wir einmal das Band festgeschweißt, was zum längeren Ausfall führte. Die Suche nach dem Schuldigen beim Hallenchef war ergebnislos. Die ganze Meute hielt eisern zusammen ... Ende 1964 kamen die ersten

Kostenstellenleiter. Sie hatten die Aufgabe, das Band zu rationalisieren. Die Verhältnisse änderten sich schlagartig. Es wurden nach und nach Leute wegrationalisiert, so daß immer weniger Leute am Band standen. Die gleiche Leistung wurde weiterhin verlangt. Die Stoffkabinen wurden entfernt. Die Folgen waren anfangs verblitzte Augen und verbrannte Haut ... Dann erfolgte der Übergang von Bandarbeit zu Maschinenarbeit ... Zur Erzielung hoher Vorgabezeiten wurden oft die besten Leute an die Maschinen gestellt. Nach Einarbeitung kamen dann andere Kollegen, von denen dieselbe Leistung verlangt wurde. Durch diese Art ist der Arbeiter selbst zum Roboter geworden. Die Belastung ist körperlich sehr groß und monoton. Der Leistungsdruck wird so groß, daß die Solidarität sehr leidet. Eine Unterhaltung ist kaum noch möglich ... Zusammenfassend kann ich sagen, daß zu allen Zeiten schwer und hart gearbeitet werden mußte ... Auf die Frage, ob die Arbeit im Laufe von 20 Jahren mensch-

licher und leichter geworden ist, kann ich sagen: Trotz neuester Maschinen und Roboter ist der Mensch nicht höher bewertet und die Arbeit nicht leichter und menschlicher geworden als vor einem halben Berufsleben.“

aus: Buhmann u.a., Geisterfahrt ins Leere, Hamburg 1984, S. 164f





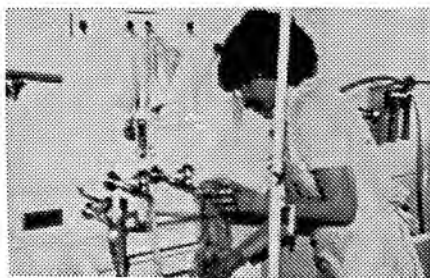
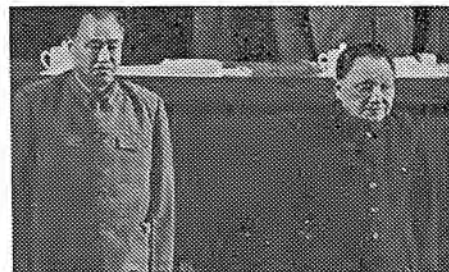
Metalltarifkampf

Mit der Bildung von Unterstützungskomitees für den Fall eines Streiks und einer Aussperrung durch die Kapitalisten scheint sich der Tarifkampf in der Metallindustrie zuzuspitzen. In Nordwürttemberg hat die IGM das Scheitern erklärt. Der IGM-Vorstand hat aber gleichzeitig einem Spitzengespräch zugestimmt, in NRW wird wei-

ter verhandelt, und aus Baden-Württemberg wird von weitreichenden inoffiziellen Zugeständnissen der IGM zu einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeit berichtet. Dennoch scheint ein Streik nicht ausgeschlossen, wenn die Kapitalisten zu übermütig werden. Welche Ziele verfolgen die Kapitalisten, und an welchen Punkten besteht Aussicht auf eine erfolgreiche Gegenwehr?

VR China: Weiter mit den Wirtschaftsreformen?

Die jetzt zuende gegangene Wirtschaftstagung des Nationalen Volkskongresses, des Parlaments der Volksrepublik China, hat u.a. den Staatshaushalt für das Jahr 1987 verabschiedet. Die vorher angekündigte Beschlussfassung über das Konkursgesetz und das Unternehmensgesetz wurde jedoch vertagt. Beide Gesetze sollen die Selbständigkeit der Unternehmen und deren Marktorientierung steigern. Auch die Experimente mit Finanz- und Aktienmärkten sollen vorerst gestoppt werden. Viele Diskussionsredner kritisierten auf der diesjährigen Wirtschaftstagung des Nationalen Volkskongresses die Ergebnisse der Politik der Öffnung zum Westen.



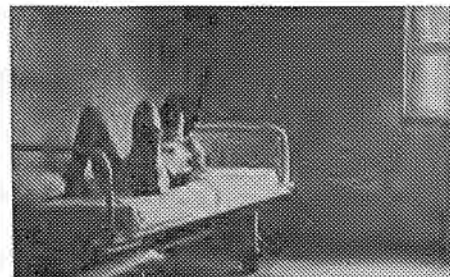
Gegen schlechte Ausbildung

Über 100 Krankenpflegeschülerinnen und -schüler am Städtischen Klinikum in Karlsruhe haben sich in einem Brief an die Öffentlichkeit gewandt, um auf die immer schlechter werdenden Ausbildungsbedingungen und den verstärkten Einsatz auf den Stationen aufmerksam zu machen. Sie wenden sich gegen die Unterversorgung mit Lehr-

personal und den Personalmangel im Pflegedienstbereich. Der zuständige Klinikdezernent der Stadt hat den Schülerinnen und Schülern Vergehen gegen die Dienstordnung vorgeworfen; bzgl. der Vorwürfe hat er sich mit „Geldmangel“ herausreden und die Examinierten gegen die Schüler aufbringen wollen. Personalrat und ÖTV-Betriebsgruppe unterstützen die Forderungen.

Behindertenpolitik: Faschistische Konzepte „neu beerbt“

In den Behindertenwerkstätten herrschen akkordähnliche Arbeitsbedingungen ohne tarifliche Rechte. Diesen besonderen Arbeitsmarkt baut die CDU systematisch aus. Herhalten sollen dafür verstärkt die psychisch Kranken. In den Psychiatrischen Krankenhäusern soll die Arbeitstherapie ausgeweitet werden. Zu diesem Zweck werden faschistische Theorien neu aufgewärmt. Der Kranke wird unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit seiner Arbeitskraft betrachtet. Selbst als fortschrittlich geltende Professoren propagieren dies kritiklos. Die Ortsgruppe Lüneburg der Volksfront veröffentlichte ein Extra-Blatt zur reaktionären Behindertenpolitik.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhäfte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Leichenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küster. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP